20 JAHRE DDR

20 JAHRE KAMPF UM FRIEDEN UND EUROPÄISCHE SICHERHEIT



EINE CHRONIK

HERAUSGEGEBEN VOM DEUTSCHEN INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE · BERLIN 1969

AUTORENKOLLEKTIV:

EVEMARIA LANGE

SONJA SEBALD

EVA NOACK

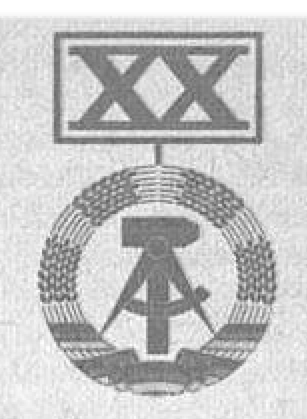
RUDOLF HANDKE

ALEXANDER KÖPPEN

Abkürzungsverzeichnis: ddz = „Dokumentation der Zeit"; (W) = Wortlaut; (A) = Auszug. Die hinter ddz angeführten Ziffern (ddz 4/174) geben die Nummer der Zeitschrift und die Seitenzahl an (Nr. 4, S. 174).

Ag 207/227/69 (140) ND 23 464

AUS DEN THESEN



20 Jahre

Deutsche Demokratische Republik

„Stolz und zukunftsgewiß begehen wir, die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, den 20. Jahrestag der Gründung unseres Staates, des ersten sozialistischen Staates deutscher Nation. Großes haben wir vollbracht beim Aufbau eines neuen Lebens, einer neuen Gesellschaft. Neue, noch größere Aufgaben haben wir uns gestellt und ihre Lösung zielbewußt in Angriff genommen.

Wir haben die sozialistische Epoche deutscher Geschichte eröffnet. In Gestalt unseres Staates und der Leistungen seiner Bürger erweist der Sozialismus nun auch in Deutschland seine alles erneuernde, menschenverändernde Kraft — jene Kraft, die seit den Tagen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die Welt von Grund auf verwandelt hat und weiter verwandelt. Die Deutsche Demokratische Republik weist der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus ...

Auf dem Boden der damaligen sowjetischen Besatzungszone nahm die Arbeiterklasse 1945 die geschichtliche Chance wahr, die sich aus der heroischen Befreiungstat der sozialistischen Sowjetunion und am Ende des blutigen faschistischen Terrorregimes ergab. Unter Führung der Arbeiterklasse, in konsequenter Verwirklichung des Aufrufs des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 und der Gründungserklärung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 14. Juli 1945 nahmen die werktätigen Massen die antifaschistisch-demokratische Revolution in Angriff. Das einheitliche Handeln aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte des Volkes setzte eine politisch geeinte Arbeiterklasse voraus. Es war eine geschichtliche Tat, daß sich im April 1946 in der sowjetischen Besatzungszone KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vereinigten. Erst auf Grund dieser Einheit konnte sich der Block der demokratischen Parteien erfolgreich entwickeln und große Erfolge erzielen ...

Das erklärte Ziel der fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes bestand von Anbeginn darin, die Macht der Monopole, der Kriegsverbrecher und Junker in g a n z Deutschland zu brechen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und ihre Verbündeten setzten sich entschlossen für ein einheitliches demokratisches Deutschland ein.

Die USA und die beiden anderen imperialistischen Besatzungsmächte jedoch betrieben in ihren Besatzungszonen gemeinsam mit der westdeutschen Großbourgeoisie eine aktive Politik der Restauration des Imperialismus und Militarismus. Bewußt brachen sie das Potsdamer Abkommen und die in ihm enthaltene Verpflichtung für einen demokratischen Neubeginn in ganz Deutschland.

Wenigstens in einem Teil Deutschlands sollte die Macht des am Boden liegenden deutschen Monopolkapitals gerettet werden. Wenigstens der westliche Teil Deutschlands sollte als reaktionäres Bollwerk des Kampfes gegen die demokratischen Bewegungen und gegen die sozialistischen Staaten in Europa wiedererstehen. Aus ihrem egoistischen Klasseninteresse heraus verschacherten die westdeutschen Imperialisten die nationalen Interessen an die USA-Monopole. Mit Hilfe rechter Führer der Sozialdemokratie spalteten die Imperialisten schrittweise die Westzonen und Westberlin vom deutschen Nationalverband ab. Sie zimmerten im September 1949 die westdeutsche Bundesrepublik zusammen, in der alle reaktionären Grundlinien der deutschen Geschichte, der militante Antikommunismus und der Neofaschismus erneut hervortraten. Der westdeutsche Separatstaat war von Beginn an ein Produkt der internationalen Spannungen. Mit ihm entstand erneut ein gefährlicher Kriegsherd in Europa.

Als Antwort auf diese Spaltung Deutschlands und mit dem erklärten Ziel, dem deutschen Imperialismus ein für allemal den Weg zu versperren, schufen die patriotischen Kräfte des deutschen Volkes am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik. Sie entstand als der historisch legitimierte deutsche Staat. An seiner Spitze standen jene beiden Männer, deren Händedruck vom 21. April 1946 die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung besiegelt hatte — Wilhelm Pieck als Präsident und Otto Grotewohl als Ministerpräsident. Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik nahm eine alte humanistische Idee, der Gedanke von der Volkssouveränität, reale Gestalt an, wurde das Selbstbestimmungsrecht des Volkes verwirklicht. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war ein Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Volkes, ein Wendepunkt auch für die Geschichte Europas. Sie war die schwerste Niederlage des deutschen Imperialismus seit seinem Fiasko im zweiten Weltkrieg ...

Wenngleich dank dem grundlegend veränderten internationalen und nationalen Kräfteverhältnis die sozialistische Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik frei blieb von Krieg und Bürgerkrieg, so war unser Weg doch alles andere als ein bequemer, friedvoller Spaziergang auf glatter Landstraße. Der Imperialismus hat keine Stunde ausgelassen und kein Mittel gescheut, um das Kräfteverhältnis wieder zu seinen Gunsten zu verändern und die verlorenen Positionen zurückzugewinnen. Welche Heerscharen professioneller Antikommunisten werden seit 20 Jahren gegen die DDR aufgeboten! Wie viele Milliarden Mark wurden für konterrevolutionäre Wühlarbeit, Unruhestiftung und systematische Schädigung unserer sozialistischen Wirtschaft aufgewandt! Keine Methode der Diskriminierung, der schmutzigsten Verleumdung, der wirtschaftlichen Blockade, des Menschenraubes und der offenen Ausplünderung, die nicht gegen die DDR angewandt

worden wäre! Und das alles mit dem einen Ziel, die erste sozialistische Volksmacht auf deutschem Boden zu erschüttern und zu Fall zu bringen. Nachdem das erklärte Ziel des westdeutschen Imperialismus, die Deutsche Demokratische Republik im Frontalangriff aufzurollen und dem imperialistischen Machtbereich einzugliedern, 1961 endgültig gescheitert war, gingen die herrschenden Kreise in Bonn zur verstärkten ideologischen Diversionstätigkeit und psychologischen Unterwanderung durch Anwendung immer raffinierterer Mittel und Methoden über. Damit spitzten sie die Auseinandersetzung zwischen den beiden Gesellschaftssystemen auf deutschem Boden noch weiter zu. Sie trugen neue gefährliche Spannungsfaktoren in das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten hinein. Von ihrem Ziel, den deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat zu unterminieren, sind sie allerdings weiter entfernt denn je...

Das strategische Ziel der DDR ist es, Sicherheit und Frieden zu gewährleisten, damit die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus erfolgreich gemeistert werden können. Sicherheit und Frieden erwachsen zutiefst aus dem Wesen und den Zielen der sozialistischen Gesellschaftsordnung, in der es keinerlei Kräfte gibt, die ein Interesse an Aufrüstung, Aggression, Expansion oder Unterdrückung anderer Völker haben.

Es ist eine Tatsache von welthistorischem Rang, daß die DDR als erster deutscher Staat ein für allemal mit jeglicher Aggressionspolitik Schluß gemacht hat. Tatsache ist, daß die DDR als erster deutscher Staat nicht nur keinerlei Gebietsforderungen stellt, sondern die Anerkennung der bestehenden Grenzen und die gleichberechtigte Teilnahme aller europäischen Staaten an einem System der kollektiven Sicherheit zu einem Grundsatz ihrer Außenpolitik erhob.

Sie entwickelte ein konstruktives Programm für eine dauerhafte europäische Friedensordnung: Anerkennung des bestehenden territorialen Status quo; Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten; Unterzeichnung des Vertrages über Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen durch alle europäischen Staaten, vor allem auch durch die Bundesrepublik; Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO und ihre Organisationen; Abschluß eines Vertrages über die Nichtanwendung von Gewalt in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und Abschluß eines Vertrages über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Dieses Programm steht im vollen Einklang mit der Bukarester Deklaration der europäischen sozialistischen Staaten von 1966, mit den von den kommunistischen und Arbeiterparteien Europas in Karlovy Vary 1967 unterbreiteten Vorschlägen sowie den Vorstellungen, die von vielen bürgerlichen Politikern entwickelt wurden...

Die Existenz der DDR und ihre sozialistische Friedenspolitik im festen Bündnis mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten sind wesentliche Grundlagen dafür, daß trotz der aggressiven Politik des westdeutschen Imperialismus das deutsche Volk und die Völker Europas nach dem zweiten Weltkrieg die längste Friedensperiode im 20. Jahrhundert erleben konnten..."

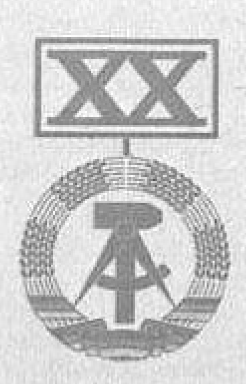
Neues Deutschland, Berlin, 16. Januar 1969 (W).

Nachstehende Chronik der wichtigsten Dokumente und Vorschläge seitens der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland sind der Beweis einer zwanzigjährigen konsequenten Friedenspolitik, die sich in folgende Etappen gliedert: 1949 — 1960: Das Ringen der Deutschen Demokratischen Republik um die Erhaltung des Friedens; für die Schaffung eines einheitlichen und demokratischen Nationalstaates; für die Bändigung des westdeutschen Militarismus und die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik.

(Partei- und Staatsführung der DDR vertraten bis zur Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO die Auffassung, daß der Imperialismus und Militarismus in einem einheitlichen deutschen Staat in einer offenen demokratischen Auseinandersetzung überwunden werden kann. Im Vordergrund stand daher die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages und der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands durch freie und gesamtdeutsche Wahlen. Infolge der Eingliederung Westdeutschlands in den aggressiven NATO-Pakt und der antinationalen Konzeption der regierenden Kräfte in Bonn war eine Wiedervereinigung beider deutscher Staaten als unmittelbare Aufgabe nicht realisierbar. Unter diesen Bedingungen wurde die Sicherung des Friedens zum Hauptinhalt der Deutschlandfrage. Gleichzeitig wurde eine Konzeption der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten entwickelt und der Vorschlag zur Bildung einer Konföderation unterbreitet. Als der westdeutsche Imperialismus 1960 den Gegenangriff auf die DDR proklamierte, mußte die DDR entsprechend ihrem geschichtlichen Auftrag sicherstellen, daß nie mehr von deutschem Boden ein Krieg ausgehen kann.)

1960 bis zur Gegenwart: Der Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für eine dauerhafte europäische Friedensordnung; für die Entwicklung gleichberechtigter internationaler Beziehungen und für die Normalisierung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten und zwischen der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin.

20 JAHRE DDR



EINE CHRONIK

7. 10. 49: Gründung der Deutschen Demokratischen Republik — Manifest des Deutschen Volksrates: Für Einheit — Frieden — Souveränität

„... Am 7. Oktober 1949 konstituierte sich aus dem Deutschen Volksrat, der aus den allgemeinen deutschen Wahlen zum III. Deutschen Volkskongreß hervorgegangen war und demgemäß dazu jede demokratische Legitimation besaß, die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. Ihre Konstituierung erfolgte auf Grund der vom III. Deutschen Volkskongreß am 30. Mai 1949 bestätigten, am 19. März 1949 vom Deutschen Volksrat beschlossenen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, die am gleichen Tag der Konstituierung der Provisorischen Volkskammer von dieser zum Gesetz erhoben und in Kraft gesetzt wurde ..."
(Handbuch der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Kongreß Verlag, Berlin 1957.)

Der Deutsche Volksrat legt in seinem Manifest „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland" die Ziele und Aufgaben für den Kampf um ein einheitliches demokratisches Deutschland dar: Abschluß eines gerechten Friedensvertrages; Wiederherstellung der Souveränität; Abzug der Besatzungstruppen; Kampf gegen die Unterdrückung Westdeutschlands und die Aggressionspläne der Militärblöcke.

In dem Manifest heißt es u. a.:

„... Den Wünschen aller Schichten der Bevölkerung entsprechend, hält es der Deutsche Volksrat für erforderlich, die Ziele der Nationalen Front des demokratischen Deutschland knapp und klar aufzuzeigen:

1. Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands durch:
Beseitigung der Konstruktion eines westdeutschen Eigenstaates, Aufhebung des Ruhrstatuts,
Aufhebung der Saarautonomie,
Errichtung einer gesamtdeutschen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.
2. Schnellster Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland. Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland innerhalb einer festzusetzenden kurzen Frist nach Unterzeichnung des Friedensvertrages.
3. Volle und unbedingte Anerkennung der Potsdamer Beschlüsse über die Demokratisierung und Entmilitarisierung sowie der in ihnen festgelegten Verpflichtungen Deutschlands gegenüber anderen Völkern.
4. Wiederherstellung der vollen Souveränität der deutschen Nation unter Anerkennung des Rechts auf selbständige Außenpolitik und selbständigen Außenhandel.
Freie und unabhängige Entwicklung des deutschen demokratischen Staates und des deutschen Volkes nach Abschluß des Friedensvertrages."

(Die Deutsche Demokratische Republik im Kampf um die Einheit Deutschlands. Herausgegeben vom Amt für Information der DDR, o. J., S. 9 - 13.)

11. 10. 49: Wilhelm Pieck: Durch Erfüllung des Potsdamer Abkommens Sicherheiten in ganz Deutschland schaffen

In einer Rede auf der gemeinsamen Sitzung der Provisorischen Volkskammer und der Provisorischen Länderkammer gibt der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, folgende Versicherung ab:

„... Wir werden gewissenhaft die Verpflichtungen erfüllen, die uns das Potsdamer Abkommen auferlegt, wodurch wir uns wieder das Vertrauen der Welt erobern und uns in die Gemeinschaft der friedliebenden demokratischen Völker einreihen wollen.
Dazu aber ist es notwendig, daß wir für die Erfüllung dieser Verpflichtungen Sicherheiten in ganz Deutschland schaffen und der Politik ein Ende zu machen suchen, durch die im Westen Deutschlands die faschistischen und militaristischen Kräfte wieder die Oberhand gewinnen und durch die die Vorbereitung für eine neue Aggression getroffen wird ..."

(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 19 [A].)

12. 10. 49: Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl: DDR wird Weg des Friedens, der Demokratie und der Freundschaft mit allen Völkern beschreiten

Auf der 3. Sitzung der Provisorischen Volkskammer erklärt Ministerpräsident Otto Grotewohl, daß die Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik Ausdruck des unerschütterlichen Willens ist, die nationale Not zu überwinden. Die Regierung der DDR wird den Weg des Friedens, der Demokratie und der Freundschaft mit allen Völkern in Übereinstimmung

mit dem Potsdamer Abkommen beschreiten. Das Manifest der Nationalen Front vom 7. Oktober 1949 ist zugleich nationales Ziel der Regierungspolitik.

Wörtlich erklärt Otto Grotewohl:

„... Die drohende Gefahr eines imperialistischen Krieges hat uns mit gebieterischer Notwendigkeit die Aufgabe gestellt, für den Kampf zur Wiedervereinigung Deutschlands, für den demokratischen Neuaufbau und für den Frieden eine wirkungsvolle und starke Führung zu schaffen. Dazu haben wir die Deutsche Demokratische Republik konstituiert und die Provisorische Regierung gebildet.

Die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist sich dabei dessen bewußt, daß sie ihre Aufgabe nur erfüllen kann, wenn sie einen neuen Weg, den Weg des Friedens und der Demokratie beschreitet.

Zwei Weltkriege in einer Generation hat der deutsche Imperialismus dem deutschen Volk gebracht. Das darf sich nicht mehr wiederholen. Alle fortschrittlichen Kräfte müssen vereint dafür sorgen, daß nie wieder der deutsche Imperialismus in seinem Drang nach Eroberung die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes zerstören kann.

In diesem Sinne nimmt die Regierung den Auftrag der Volkskammer an. Sie wird ihn durchführen in völliger Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz und den sonstigen gemeinsamen Deklarationen der Alliierten. Die Regierung ist sich dabei der ganzen Schwere der Schuld und der Verantwortung bewußt, die das deutsche Volk dadurch auf sich lud, daß es blind der aggressiven Kriegspolitik der nationalsozialistischen Machthaber gefolgt ist und daß es die furchtbaren Verbrechen duldete, die im zweiten Weltkrieg an den Völkern Europas und besonders an den Völkern der Sowjetunion begangen wurden.

Der neue Weg ist der Weg der Demokratie, des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern ..."
(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 19 - 20 [A].)

24. 10. 49: Bereitschaft der DDR zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit allen Ländern

Der neue Weg des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates zeigte sich auch in der Bereitschaft der DDR, mit allen Ländern diplomatische Beziehungen auf den Grundlagen der gegenseitigen Achtung und Gleichberechtigung aufzunehmen. Die Erklärung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten über Aufnahme diplomatischer Beziehungen lautet auszugsweise wie folgt:

„... Die Deutsche Demokratische Republik ist bereits von der UdSSR, deren Gewicht in den internationalen Beziehungen von entscheidender Bedeutung ist, sowie von anderen Staaten anerkannt worden. Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und diesen Staaten sind aufgenommen.

In dem Bestreben,
die dem deutschen Volk im Potsdamer Abkommen zugesicherte Möglichkeit, wieder einen Platz unter den freien und friedlichen Völkern einzunehmen, zu verwirklichen, den Frieden zu festigen und

freundschaftliche Beziehungen mit und unter allen Nationen zu pflegen und zu fördern, erachtet die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Herstellung normaler diplomatischer, wirtschaftlicher und sonstiger Beziehungen zwischen der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und jeder Regierung, die bereit ist, mit der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Boden der gegenseitigen Achtung und Gleichberechtigung solche Beziehungen aufzunehmen, im Interesse beider Seiten für erwünscht und notwendig."

(Tägliche Rundschau, Berlin 25. Oktober 1949.)

(Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Bd. I, Verlag Rütten & Loening, Berlin 1954, 1. Aufl., S. 37 bis 39.)

15. 2. 50: Kampfprogramm der Nationalen Front für dauerhaften Frieden

Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland beschließt sein Kampfprogramm, in dem es u. a. heißt:

„... Die Nationale Front des demokratischen Deutschland kämpft für einen dauerhaften Frieden, Herstellung der Einheit des demokratischen Deutschland, Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und Abzug der Besatzungstruppen innerhalb einer festzusetzenden Frist ..."

(ddz 4/174.)

20. — 24. 7. 50: III. Parteitag der SED legt Prinzipien der Friedenspolitik dar und beschließt Manifest an das deutsche Volk

In seinem Referat auf dem III. Parteitag legt Wilhelm Pieck die Prinzipien der Friedenspolitik der DDR dar: Kampf für den Frieden, für das Verbot der Atomwaffe; Nichtanerkennung der Verpflichtungen und Abkommen, die auf die Einbeziehung Deutschlands in einen neuen Krieg und in aggressive Kriegsblocks — einschließlich des Europarats, des Nordatlantikpaktes und des Schuman-Plans — gerichtet sind; Unterstützung aller Kräfte in der ganzen Welt, die für den Frieden, die Gleichberechtigung und Freundschaft zwischen den Völkern eintreten; Kampf für den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungstruppen; Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage; Freundschaft mit der Sowjetunion und der Volksrepublik China, den Volksdemokratien und mit allen Ländern, die eine Friedenspolitik betreiben und die nationalen Interessen des deutschen Volkes anerkennen; Anerkennung des Potsdamer Abkommens, strenge Einhaltung internationaler Verpflichtungen, Zugang zu den Weltmärkten und allseitige Stärkung der DDR als Bollwerk des Friedens und der Demokratie in Deutschland.

Zum Abschluß seiner Beratungen beschließt der III. Parteitag der SED ein Manifest an das deutsche Volk. (Wortlaut siehe Beschlüsse und Dokumente des III. Parteitages der SED, Berlin 1950.)

22. 9. 50: DDR protestiert gegen fortgesetzte Verletzung des Potsda-

mer Abkommens durch die Westmächte und ruft zum nationalen Widerstand gegen die geplante Einbeziehung Westdeutschlands in den aggressiven NATO-Pakt auf

In einem Kommuniqué nimmt der Ministerrat zu den von den Außenministern der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Französischen Republik am 19. September in New York gefaßten Beschlüssen über ihre Deutschlandpolitik Stellung:

„... Diese schwerwiegenden Verletzungen des Potsdamer Abkommens sind Glieder in der Kette der aggressiven anglo-amerikanischen Operationen gegen alle demokratischen friedliebenden Völker ... Daraus ergeben sich ernste Folgerungen für das deutsche und alle anderen friedliebenden Völker:

a) Unter Bruch des Abkommens von Potsdam widersetzen sich die westlichen Okkupanten mit den Mitteln des Terrors der Wiederherstellung der deutschen Einheit.

b) Unter Bruch des Abkommens von Potsdam beziehen sie Westdeutschland in ihr strategisches Aufmarschgebiet ein und bedrohen damit unmittelbar die nationale Existenz des deutschen Volkes, das sie in einen neuen Krieg hineinziehen wollen.

c) Durch die Vermehrung ihrer Truppen in Deutschland vollziehen sie, unter Verletzung des Völkerrechts und des Abkommens von Potsdam, den weitreichenden Akt einer militärischen Intervention.

d) Durch diese Maßnahmen bedrohen sie von deutschem Boden aus den Weltfrieden und alle Völker, die den Frieden wollen.

Indem die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf diese Tatbestände hinweist, erklärt sie im Namen des ganzen deutschen Volkes:

Das deutsche Volk besteht unbeirrbar auf die Erfüllung des Potsdamer Abkommens.

Das deutsche Volk besteht auf einen Friedensvertrag, auf Gewährung der uneingeschränkten Souveränität und auf Räumung seines Staatsgebietes und lehnt betrügerische Wortspiele über eine angebliche Beendigung des Kriegszustandes ab.

Das deutsche Volk anerkennt niemals die westlichen Entscheidungen und Maßnahmen, die allein der Kriegsvorbereitung dienen und den nationalen Interessen widersprechen.

Die Verantwortung für die Folgen dieser provokatorischen Kriegspolitik liegt bei den westlichen Okkupanten und ihren deutschen Helfern wie Adenauer und Schumacher, die deutsche Menschen in fremde Armeen eingliedern wollen, um das deutsche Volk in einen neuen Krieg zu treiben.

Der Ministerrat beschließt, die Regierungen der Staaten, die diplomatische Beziehungen mit der Deutschen Demokratischen Republik unterhalten, von dieser Auffassung der Regierung in Kenntnis zu setzen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ruft das deutsche Volk und insbesondere die Bevölkerung in Westdeutschland auf, den nationalen Widerstand gegen Remilitarisierung und Aggression zu entfalten, in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland Demokratie und Freiheit für Deutschland zu verteidigen, um dem deutschen Volk Frieden und Einheit zu sichern. Ein Krieg wäre das Ende unseres Volkes. Wir aber wollen leben und aufbauen für eine

bessere Zukunft in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern."
(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 21 [W].)

25. 10. 50: DDR begrüßt Forderungen der Prager Außenministerkonferenz an Westmächte nach Rückkehr zur Politik von Potsdam

Der Ministerrat der DDR begrüßt in einem Beschluß die Erklärung der Konferenz der acht Mächte in Prag vom 20. bis 21. Oktober, in der die Sowjetunion, die europäischen Volksdemokratien und die DDR die New-Yorker Beschlüsse der Westmächte verurteilen und eine Politik der Rückkehr zu Potsdam fordern:

„... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik macht sich die Vorschläge der Prager Außenministerkonferenz in vollem Umfange zu eigen, die eine friedliche Regelung für das deutsche Volk vorsehen und vorschlagen:

1. daß die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion eine Erklärung abgeben, keine Remilitarisierung Deutschlands und keine Einbeziehung Deutschlands in irgendwelche Aggressionspläne zuzulassen und die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens zur Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates zu verwirklichen;
2. daß alle Beschränkungen der deutschen Friedenswirtschaft aufgehoben werden und die Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials verhindert wird; ...

Gemäß der in Prag eingegangenen Verpflichtung, alles zu tun, was die Lösung dieser unaufschiebbaren Aufgaben im Interesse der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit erleichtert, erklärt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Bereitschaft zur Mitwirkung bei der Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates ..."
(Dokumente der Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1954, Bd. I, S. 318 [W].)

15. 11. 50: Regierungserklärung von Ministerpräsident Otto Grotewohl nach den Volkswahlen 1950: DDR setzt Friedenspolitik fort

Die nach den Volkswahlen vom 15. Oktober neugebildete Regierung der DDR verkündet in ihrer ersten Regierungserklärung vor der Volkskammer die unveränderte Fortsetzung ihrer Politik des Friedens:

„... Zu den Grundsätzen der Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gehört neben dem Kampf für das einheitliche Deutschland vor allem der Kampf für den Frieden. Darum unterstützt die Regierung die Vorschläge, die sich gegen die Anwendung der Atomwaffe und gegen jegliche Kriegspropaganda aussprechen und die für die Einschränkung der Kriegsrüstungen eintreten. Alle Verpflichtungen und Abkommen aber, die Deutschland in einen neuen Krieg und in aggressive Kriegsblocks, wie den Europarat, den Nordatlantikpakt, den Schuman-Plan oder andere Angriffspläne, einbeziehen sollen, sind ein Verbrechen am deutschen Volk. Die Regierung der Deutschen Demokra-

tischen Republik und das deutsche Volk werden keine dieser Verpflichtungen jemals als rechtskräftig anerkennen ..."
(Dokumente der Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1954, Bd. I, S. 169 [W].)

30. 1. 51: Appell der Volkskammer an den westdeutschen Bundestag zur Deutschlandfrage

Die Volkskammer der DDR wendet sich an den westdeutschen Bundestag mit dem Vorschlag, daß Vertreter beider Parlamente Verhandlungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates aufnehmen. Der Rat soll paritätisch zusammengesetzt sein und vor allem Verhandlungen über folgende Fragen führen: die Wiedervereinigung Deutschlands, die zahlenmäßige Stärke, Bewaffnung und Standortverteilung der Polizei in ganz Deutschland; über ein Verbot der Remilitarisierung Deutschlands und der Bildung von Militärformationen; über die Vorbereitung und Durchführung gesamtdeutscher Wahlen; über die Vorbereitung eines Friedensvertrages und die Ausdehnung des Handels zwischen beiden deutschen Staaten.
In dem Appell heißt es u. a.:
„... Die deutschen Männer und Frauen sind sich der großen Gefahr bewußt, die ihnen durch die Remilitarisierung und Kriegsvorbereitung droht. Das deutsche Volk will die Erhaltung des Friedens und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Es fordert darum die Anspannung aller Kräfte, um eine Einigung der Deutschen zur Wahrnehmung der Lebensinteressen unseres Volkes zu erzielen. Getragen von diesem Willen des deutschen Volkes wendet sich die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik an den Bundestag der Bundesrepublik Deutschland mit dem Vorschlag, gemeinsam einen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat einzuberufen, um eine Verständigung über alle Fragen herbeizuführen, die zur Sicherung des Friedens und zur Wiedervereinigung Deutschlands zu lösen sind. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik erklärt sich bereit, im Geiste ehrlicher Verständigung die Verhandlungen über alle Fragen zu führen, die mit der Schaffung und den Aufgaben des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates verbunden sind ..."
(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 24—25 [A].)

2. 3. 51: Volkskammer schlägt Bundestag gemeinsame Schritte vor

Anläßlich der Tagung der Stellvertreter der Außenminister der vier Großmächte in Paris, die sich mit der Vorbereitung einer neuen Viererkonferenz befaßt, richtet die Volkskammer der DDR einen dringenden Appell an den Bundestag in Bonn. Darin wird vorgeschlagen, der Pariser Konferenz einen gemeinsamen Vorschlag der beiden deutschen Parlamente über die Grundlagen eines Friedensvertrages zu überreichen:
„... Der Friedensvertrag sollte auf folgenden Grundlagen beruhen: Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands, Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, Gewährung eines freien Außen-

handels und freier Entwicklung der Produktion für friedliche Zwecke, Abzug der Besatzungstruppen ein Jahr nach Unterzeichnung des Friedensvertrages. Da der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland die wichtigste Frage für das gesamte deutsche Volk ist, appelliert die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik an den Bundestag der Deutschen Bundesrepublik, der bisher nicht auf den Appell der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vom 30. Januar geantwortet hat, alle formalen Bedenken zurückzustellen und bis zum 4. März 1951 auf diesen Vorschlag zu antworten. Die Dringlichkeit dieses Ersuchens ergibt sich aus der Tatsache, daß die Vorkonferenz der Außenministerkonferenz der vier Großmächte bereits am 5. März in Paris beginnt ..."
(Die Deutsche Demokratische Republik im Kampf um die Einheit Deutschlands. Herausgegeben vom Amt für Information der DDR, Berlin o. J., S. 40.)

5. 3. 51: Präsidium der Volkskammer an die vier Großmächte

„Da der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland die wichtigste Frage für das gesamte deutsche Volk ist, wendet sich das Präsidium der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierungen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Großbritanniens und Frankreichs mit dem Ersuchen, ihre Vertreter auf der in Paris stattfindenden Vorkonferenz für die Ausarbeitung der Tagesordnung der Konferenz der Außenminister dieser Regierungen zu beauftragen, auf die Tagesordnung der Konferenz der Außenminister die Frage der Vorbereitung und des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland noch im Jahre 1951 zu setzen. Der Friedensvertrag sollte auf folgenden Grundlagen beruhen: Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands, Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, Gewährung eines freien Außenhandels und freier Entwicklung der Produktion für friedliche Zwecke. Abzug der Besatzungstruppen ein Jahr nach Unterzeichnung des Friedensvertrages ..."
(ddz 15/603.)

14. 3. 51: Aufruf Otto Grotewohls zum Kampf für die friedliche Lösung der deutschen Frage

In seiner Regierungserklärung protestiert Otto Grotewohl gegen die Bonner Kriegspolitik, die Deutschland immer mehr spaltet und die soziale Lage der westdeutschen Bevölkerung mit Steuer- und Preiserhöhungen zusehends verschlechtert.
Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik ruft alle Deutschen mit folgenden Worten zum gemeinsamen Kampf für die friedliche Lösung der deutschen Frage auf:

„... Um Deutschland vor Krieg und Vernichtung zu bewahren, muß das Volk sein machtvolles Wort für Frieden, Einheit und Demokratie sprechen.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik kämpft, auf das innigste mit dem gesamtdeutschen Volk verbunden, weiterhin entschlossen für den friedlichen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands. Die Regierung ruft alle Frie-

densausschüsse auf, ihre Arbeit zu verstärken. Die Regierung ruft das Volk auf, seine Verbundenheit mit den Beschlüssen des Weltfriedensrates zu bekunden:
für einen Friedenspakt zwischen den Großmächten, für die Durchführung einer Volksabstimmung gegen die Remilitarisierung,
für den Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951, für die Errichtung eines gesamtdeutschen Konstituierenden Rates als Voraussetzung für eine friedliche Lösung der deutschen Frage ..."

(Otto Grotewohl: Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Dietz Verlag, Berlin 1954, Bd. II, S. 335—336.)

9. 5. 51: Volkskammer der DDR beschließt Volksbefragung

Entsprechend dem Vorschlag des Hauptausschusses für Volksbefragung in Düsseldorf an die Regierung der DDR, eine Volksbefragung über die Remilitarisierung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages im Gebiet der DDR durchzuführen, stimmt die Volkskammer einem von der Regierung vorgelegten Vorschlag zu, in der DDR vom 3. bis 5. Juni 1951 eine Volksbefragung durchzuführen, wobei die Wahlberechtigten über folgende Fragen entscheiden sollen:

„... Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951?"

(ddz 17/715.)

3. — 5. 6. 51: DDR-Bevölkerung stimmt gegen Remilitarisierung — für Friedensvertrag

Bei einer Wahlbeteiligung von 99 Prozent stimmen 97 Prozent der Bevölkerung über 16 Jahre gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland.

(s. ddz 18/773.)

15. 9. 51: Forderung nach freien Wahlen für eine Deutsche Nationalversammlung

Nach einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl beschließt die Volkskammer einen Appell an den westdeutschen Bundestag und an alle Deutschen über die Durchführung freier Wahlen für eine Nationalversammlung.

Darin heißt es:

„... Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ist der Auffassung, daß Wahlen zu einer Deutschen Nationalversammlung dringend notwendig und möglich sind, daß solche Wahlen unter gleichen Bedingungen für ganz Deutschland durchgeführt werden müssen, wobei für alle Staatsbürger die Freiheit und Gleichheit der Person, für alle demokratischen Parteien und Organisationen die gleiche Betätigungsfreiheit gewährt und gesichert werden müssen. Die demokratischen Parteien und Organisationen müssen das Recht haben, eigene Kandidatenlisten aufzustellen und nach eigenem Ermessen Listenverbindungen einzugehen und Wahlblocks zu bilden ..."

(ddz 22/9774.)

(Die Deutsche Demokratische Republik im Kampf um die Einheit Deutschlands. Herausgegeben vom Amt für Information, Berlin, o. J.)

10. 10. 51: Erneuter Appell an den Bundestag

In einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und in einem Appell der Volkskammer wird von den Abgeordneten des Bundestages Antwort auf den Vorschlag zu gesamtdeutschen Beratungen gefordert. Zugleich erhebt die Volkskammer in einer einstimmig angenommenen Erklärung Protest gegen die Verhandlungen Adenauers mit den westlichen Hochkommissaren über die Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO.

In dem Appell der Volkskammer an den Bundestag heißt es u. a.:

„... Die Volkskammer erwartet vom Bundestag eine klare Antwort auf die beiden Fragen, die von der Volkskammer in ihrem Appell vom 15. September 1951 gestellt wurden, und zwar:

a) Ist der Bundestag damit einverstanden, daß in der nächsten Zeit eine gesamtdeutsche Beratung aus Vertretern West- und Ostdeutschlands für die Erörterung der lebenswichtigen Fragen des deutschen Volkes durchgeführt wird?

b) Ist der Bundestag damit einverstanden, daß in dieser gesamtdeutschen Beratung zwei Fragen erörtert werden, und zwar: die Abhaltung freier, gesamtdeutscher Wahlen mit dem Ziel der Bildung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands und die Frage der Beschleunigung eines Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland? ..."

(ddz 22/993 und 1000.)

(Sitzungsprotokoll der Volkskammer der DDR. Berlin, 10. Oktober 1951.)

11. 12. 51: Regierungsdelegation der DDR protestiert vor den Vereinten Nationen gegen „Generalvertrag"

Zur Unterzeichnung des sogenannten Generalvertrages zwischen den drei Westmächten und Westdeutschland gibt der Stellvertreter des Ministerpräsidenten der DDR, Dr. Lothar Bolz, vor dem Zweiten Politischen Ausschuß der Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Erklärung ab:

„... Die Unterzeichnung der Abmachungen über den Generalvertrag am 22. November 1951 in Paris durch Adenauer ist ein Akt, der in der Geschichte des deutschen Volkes keine Parallele gleichen nationalen Verrats findet. Die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs wollen sich durch den Generalvertrag und die vorgesehenen Zusatzabkommen mit der westdeutschen Regierung Sonderrechte vorbehalten, die nicht die Aufhebung, sondern die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes auf unabsehbare Zeit bedeuten ...

Wenn in diesem Zusammenhang von einer angeblichen ‚Verteidigung' des Westens gesprochen wird, so kann dies niemanden täuschen. Wie die Erfahrungen der Geschichte lehren, treten die Aggressoren und Kriegsbrandstifter immer unter der Maske der Verteidigung auf ..."

(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 27 — 28 [A].)

9. 1. 52: Entschließung der Volkskammer der DDR für den friedlichen Weg zur Einheit Deutschlands

„Die Deutsche Nation befindet sich in höchster Gefahr. Die Vereinba-

rungen Adenauers über den Generalvertrag bedeuten die Eingliederung Westdeutschlands in das Atlantikpaktsystem. Die damit bewirkte Vertiefung der Spaltung Deutschlands und die Vorbereitung eines neuen Weltkrieges sind ein Schlag gegen das ganze deutsche Volk.
Der Schuman-Plan einer westeuropäischen Montan-Union soll die Grundlage für die Entwicklung der deutschen Rüstungsindustrie schaffen, während der Generalvertrag mit seinen Zusatzabkommen die endgültige Remilitarisierung Westdeutschlands vollenden soll. Wer ‚ja' sagt zum Generalvertrag, der verzichtet auf den Friedensvertrag und auf die Zurückziehung der Besatzungstruppen, der verzichtet auf die Souveränität Deutschlands und bestätigt die Remilitarisierung Westdeutschlands, die zum dritten Weltkrieg führen muß. Ein dritter Weltkrieg würde sich auf dem Boden Deutschlands abspielen und dem deutschen Volk Elend und Tod bringen ...
Gegen die Verwirklichung dieser schändlichen Absichten müssen sich alle friedliebenden Menschen in Deutschland vereinigen ..."
(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 29 [A].)

16. 4. 52: ZK der SED beschließt Ruf an die Nation

In einem Appell des Zentralkomitees der SED wird das deutsche Volk zur sofortigen Entscheidung gegen den Generalkriegsvertrag (EVG), für den Friedensvertrag, gegen die Fortdauer der Spaltung und für die Wiedervereinigung aufgerufen.

Aus dem Appell:
„... Bürger in allen Teilen Deutschlands! Deutsche! Jetzt gilt es zu durchkreuzen, daß mit der Unterzeichnung des Generalkriegsvertrages vollendete Tatsachen geschaffen werden, die verhängnisvolle Auswirkungen für Deutschland haben. Heute können noch zwei im wesentlichen unzerstörte Teile Deutschlands auf friedliche Weise vereinigt werden. Und morgen? Jeder Deutsche versteht, daß im Falle der Unterzeichnung des Generalkriegsvertrages, im Falle einer qualvollen Zeit der tiefsten Spaltung die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes viel schwerer und langwieriger sein würde.
Daher stellt die gegenwärtige Stunde alle Deutschen vor die weittragende Entscheidung:
Entweder Abschluß eines Friedensvertrages der vier Großmächte mit Deutschland — das ist der Friede.
Oder Adenauers Generalkriegsvertrag — das ist die Aufrichtung der Militärdiktatur in Westdeutschland und die erhöhte Kriegsgefahr ..."
(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 30 [A].)

17. 4. 52: Aufruf des Ministerrats gegen Generalvertrag — für Friedensvertrag

Der Ministerrat der DDR fordert das deutsche Volk zum Kampf gegen den Generalkriegsvertrag, für einen Friedensvertrag und die Wiedervereinigung durch freie Wahlen auf. (s. ddz 28/1265.)

9. — 12. 7. 52: II. Parteikonferenz der SED

Der historische Beschluß der II. Parteikonferenz der SED über den Aufbau des Sozialismus in der DDR schafft die Voraussetzung für eine verstärkte Fortsetzung der Friedenspolitik der DDR sowie die Garantie für die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden, demokratischen Staat.

Aus dem Beschluß der II. Parteikonferenz:

„... Der Kampf um den Friedensvertrag und gegen den von der Bonner Vasallenregierung unterzeichneten Generalkriegsvertrag erfordert, daß das deutsche Volk unter Führung der Arbeiterklasse die Sache der Erhaltung des Friedens und der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, die Schaffung eines einigen, demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Deutschlands in seine eigenen Hände nimmt ..."

(Protokolle der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der SED, Berlin 1952.)

5. 9. 52: Volkskammer protestiert gegen Ratifizierung des Generalkriegsvertrages

In einem Aufruf an das deutsche Volk fordert die Volkskammer, sich über alle Schranken der Parteien, Weltanschauungen und Konfessionen hinweg zur gemeinsamen nationalen Tat gegen die Ratifizierung des Generalkriegsvertrages zu einigen. Sie verlangt die Einberufung einer Viermächtekonferenz unter Teilnahme von Vertretern Ost- und Westdeutschlands zum Abschluß eines Friedensvertrages. Die Volkskammer beschließt, eine Delegation der Volkskammer zum Präsidenten des Bundestages, Dr. Ehlers, nach Bonn zu entsenden. (s. ddz 33/1487 und 1495.)

19. 9. 52: Volkskammerdelegation in Bonn

Eine Delegation der Volkskammer der DDR überreicht dem Präsidenten des Bundestages, Dr. Ehlers, in Bonn ein Schreiben an alle Abgeordneten des Bundestages. Darin wird ein freier Meinungsaustausch über folgende Fragen gefordert: Entsendung von Vertretern der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik zur Teilnahme an einer Viermächtekonferenz über die friedliche Regelung aller Deutschland betreffenden Fragen und Bildung einer deutschen Prüfungskommission für freie gesamtdeutsche Wahlen.

In dem Brief heißt es:

„... Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hält es für notwendig, unverzüglich Maßnahmen zur Vorbereitung allgemeiner freier Wahlen für eine deutsche Nationalversammlung zu ergreifen, damit endlich ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschland geschaffen wird. Um keine Zeit zu verlieren und die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zu beschleunigen, ist es unerläßlich, bereits jetzt die Kommission zur Prüfung der Bedingungen für freie Wahlen in ganz Deutschland aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zu bilden. Es ist selbstverständlich, daß diese Kommission die Möglichkeit haben muß, in allen Teilen Deutschlands ungehindert tätig zu sein ..."

(Geschichtliche Zeit-Tafeln III, freie gesamtdeutsche Wahlen, deut-

sche Saar, Europa 1954/55. Kongreß-Verlag, Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Berlin 1955, S. 19.)

20. 3. 53: Gegen die Ratifizierung des Generalkriegsvertrages

In einem gemeinsamen Appell verurteilen die Volkskammer und die Länderkammer der DDR die Ratifizierung des Generalvertrages und des EVG-Vertrages durch den Bundestag. Sie rufen zum Kampf gegen die Durchführung dieser Verträge auf:

„... Die vom Bonner Bundestag ratifizierten Verträge vertiefen die Spaltung Deutschlands. Sie sind ein Verbrechen gegen die friedlichen nationalen Interessen des deutschen Volkes, ein furchtbares Attentat auf den Frieden in Europa. Für das deutsche Volk sind die Schandverträge von Bonn und Paris nichtig! Die Kriegsverträge von Bonn und Paris verstoßen gegen Recht und Gesetz ...“
(s. ddz 46/2368.)

10. 4. 53: Volkskammer fordert Viermächtekonferenz

In einer Botschaft an das britische Unterhaus fordert das Präsidium der Volkskammer die Einberufung einer Viermächtekonferenz über den Friedensvertrag und die Wiedervereinigung Deutschlands.
(s. ddz 46/2368.)

15. 7. 53: Erklärung des Ministerrats der DDR: „Deutsche an einen Tisch“

In einer Erklärung des Ministerrats der DDR werden erneut gesamtdeutsche Verhandlungen zur friedlichen Lösung der deutschen Frage vorgeschlagen:

„... Das ganze deutsche Volk erwartet die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Deshalb erheben wir erneut unsere Forderung: ‚Deutsche an einen Tisch!‘“
(ddz 53/2970.)
(Geschichtliche Zeit-Tafeln III, freie gesamtdeutsche Wahlen, deutsche Saar, Europa 1954/55. Kongreß-Verlag, Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Berlin 1955, S. 59 — 61.)

26. 8. 53: Erneuter Verständigungsvorschlag der DDR

Die Volkskammer erklärt ihre Bereitschaft, gemeinsam mit dem westdeutschen Bundestag eine provisorische gesamtdeutsche Regierung zu bilden, die sofort mit den Vorbereitungen für die Abhaltung allgemeiner freier deutscher Wahlen beginnen soll:

„... Die deutsche Nation will die Spaltung Deutschlands überwinden. Sie will ein einheitliches, unabhängiges, demokratisches und friedliebendes Deutschland und den Abschluß eines Friedensvertrages mit einem solchen Deutschland. Dazu muß in nächster Zeit eine Friedenskonferenz einberufen werden, wobei die Beteiligung von Vertretern Deutschlands in allen Stadien der Vorbereitung eines Friedensvertrages und auf der Friedenskonferenz selbst gewährleistet werden muß. Im Wege der Verständigung der Deutschen untereinander muß ferner unverzüglich eine Provisorische Gesamtdeutsche Regierung gebildet werden. Die Provisorische Gesamtdeutsche Regierung soll als eine ihrer Hauptaufgaben freie gesamtdeutsche Wahlen vorbereiten und durchführen, in deren Ergebnis unser Volk selbst, ohne fremde Ein-

mischung, die Frage des staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufbaus des einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands, unter Ausschaltung aller großkapitalistischen Monopole (Kartelle usw.) lösen soll ..."
(Geschichtliche Zeit-Tafeln III, freie gesamtdeutsche Wahlen, deutsche Saar, Europa 1954/55. Kongreß-Verlag, Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Berlin 1955, S. 62 — 64.)

16. 12. 53: DDR fordert Teilnahme deutscher Vertreter an Berliner Außenministerkonferenz

Der amtierende Ministerpräsident Walter Ulbricht begrüßt in einer Regierungserklärung die Konferenz der Außenminister der vier Mächte in Berlin und wendet sich an die vier Mächte mit dem Vorschlag, Vertreter der beiden deutschen Staaten bei der Beratung der deutschen Frage hinzuzuziehen. (s. ddz 61/3838.)

24. 12. 53: Magistrat von Groß-Berlin für Schaffung einer Atmosphäre des Friedens und der Demokratie in ganz Berlin

Der Oberbürgermeister von Berlin, Friedrich Ebert, übermittelt dem Präsidenten des Westberliner Abgeordnetenhauses, Dr. Otto Suhr, ein Schreiben, dem sieben Vorschläge der Volksvertretung von Groß-Berlin beigefügt sind, deren Verwirklichung in ganz Berlin eine Atmosphäre des Friedens und der Demokratie schaffen würde.
(Wortlaut siehe Dokumentation zur Westberlinfrage. Verlag Zeit im Bild, Dresden, o. J.)

13. 1. 54: Schreiben der Volkskammer an den Bundestag

Das Präsidium der Volkskammer schlägt in einem Schreiben dem westdeutschen Bundestag vor, daß Vertreter aus beiden Teilen Deutschlands sich an die Berliner Außenministerkonferenz mit dem Ersuchen wenden, bei den Beratungen über Deutschland hinzugezogen zu werden.
In dem Schreiben wird erklärt:
„... Das deutsche Volk hat vor allem ein Lebensinteresse daran, daß die Berliner Konferenz die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Herstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage der Lösung einen wesentlichen Schritt näherbringt ... Im Ergebnis seiner Beratungen schlägt das Präsidium der Volkskammer dem Deutschen Bundestag vor, daß Vertreter der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sich an die Berliner Außenministerkonferenz mit dem Ersuchen wenden, die Vertreter beider Teile Deutschlands zu den Beratungen der Konferenz über den Friedensvertrag mit Deutschland und über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands hinzuzuziehen. Das Präsidium der Volkskammer hält es darüber hinaus für besonders wünschenswert, daß die Vertreter beider Teile Deutschlands schon vorher zusammentreten ..."
(ddz 64/4099.)

30. 1. 54: Memorandum der DDR an Berliner Außenministerkonferenz

Die Regierung der DDR legt in einem Memorandum an die Kon-

ferenz der Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Berlin ihren Standpunkt zur Lösung der Deutschlandfrage dar und schlägt vor:

„... Noch im Jahre 1954 wird eine Konferenz aller Staaten, deren Streitkräfte am Kriege gegen Deutschland teilgenommen haben, zur Erörterung eines Friedensvertrages mit Deutschland einberufen. An dieser Konferenz nehmen Vertreter der Gesamtdeutschen Provisorischen Regierung teil. Vertreter der vier Großmächte erarbeiten unter Mitwirkung der Gesamtdeutschen Provisorischen Regierung den Entwurf eines Friedensvertrages, der dieser Konferenz vorgelegt wird.

Das Interesse der nationalen Unabhängigkeit und der demokratischen, friedlichen Entwicklung Deutschlands erfordert, daß Deutschland an keine Militärpakte gebunden wird und die Verträge von Bonn und Paris annulliert werden.

Die Gesamtdeutsche Provisorische Regierung, die durch die Parlamente der beiden Teile Deutschlands unter Teilnahme der demokratischen Parteien und Organisationen von den Deutschen selbst gebildet wird, hat die Aufgabe der Vorbereitung und Durchführung gesamtdeutscher, allgemeiner, freier, geheimer, demokratischer Wahlen zu einer Nationalversammlung. Entsprechend dem Inhalt des Potsdamer Abkommens wird die Gesamtdeutsche Provisorische Regierung von den vier Großmächten unterstützt.

Spätestens ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland werden alle Besatzungstruppen Deutschland verlassen und alle ausländischen Militärstützpunkte in Deutschland beseitigt.

Bis zum Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland dürfen keine militärischen deutschen Streitkräfte aufgestellt und keine militärischen Aufrüstungen Deutschlands vorgenommen werden.

In ausländischen militärischen oder halbmilitärischen Einrichtungen, auch wenn sie sich auf deutschem Boden befinden, dürfen deutsche Staatsbürger weder Dienst tun, noch in anderer Form mitwirken.

In Deutschland werden keine Massenvernichtungswaffen, wie Atom- und bakteriologische Waffen, entwickelt, hergestellt oder stationiert ..."

(ddz 65/4199.)

3. 2. 54: Volksabstimmung über die EVG-Verträge gefordert

Nach Entgegennahme einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl begrüßt die Volkskammer in einer Entschließung den Regierungsvorschlag, in ganz Deutschland eine Volksabstimmung über die Kriegsverträge von Bonn und Paris durchzuführen:

„... Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik erklärt:

Das Hauptanliegen des deutschen Volkes ist die Schaffung eines Friedensvertrages mit Deutschland. Ein Friedensvertrag setzt voraus, daß die Kriegsverträge von Bonn und Paris verworfen werden. Man kann nicht gleichzeitig für Kriegsverträge und für freie Wahlen sein, weil der Krieg den Frieden und die Freiheit ausschließt. Wer vorgibt, beides zu vertreten, betrügt das deutsche Volk ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 4. Februar 1954.)

11. 2. 54: DDR erklärt Bereitschaft zur Mitwirkung an einem System der kollektiven Sicherheit in Europa

Das Präsidium des Ministerrates der DDR begrüßt in einer Erklärung den vom Außenminister der UdSSR auf der Berliner Konferenz der Außenminister der vier Großmächte am 10. Februar 1954 unterbreiteten Vorschlag zur Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems:

„... Die Bevölkerung Ost- und Westdeutschlands wünscht nichts sehnlicher als die Erhaltung des Friedens und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands. Der Vorschlag W. M. Molotows, die Besatzungstruppen innerhalb von sechs Monaten aus Deutschland abzuziehen und der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zur Bewachung der Grenzen die Verfügung über die erforderlichen Polizeieinheiten zu gestatten, gewährleistet die Neutralisierung Deutschlands und schafft günstige Voraussetzungen für die friedliche Lösung der Deutschlandprobleme im Interesse der Festigung des Friedens in Europa. Das ist ein wahrhaft erlösender Vorschlag, die strittigen Fragen Deutschlands und Europas auf friedlichem Wege zu regeln.

Der Friede in Europa könnte für eine lange Periode gesichert und jede Aggression verhindert werden, wenn entsprechend dem Vorschlag des sowjetischen Außenministers die europäischen Staaten durch einen Vertrag ein System der kollektiven Sicherheit für ganz Europa schaffen. Das würde die Spaltung Europas in gegeneinanderstehende Staatengruppierungen und damit die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen ausschließen ...

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt in voller Übereinstimmung mit den wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes ihre Bereitwilligkeit, an einem solchen System der kollektiven Sicherheit in Europa mitzuwirken ..."

(Tägliche Rundschau, Berlin, 12. Februar 1954.)

(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 37 [A].)

16. 2. 54: ZK der SED für gemeinsame Beratungen der Arbeiter in beiden Teilen Deutschlands

Das Zentralkomitee der SED richtet einen Brief an den Parteivorstand und alle Mitglieder der SPD. In ihm wird im Zusammenhang mit dem von der Sowjetunion auf der Berliner Außenministerkonferenz vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland auf die zwiespältige Haltung der Führung der SPD hingewiesen.

In diesem Brief appelliert das ZK der SED

„... im Bewußtsein der großen Verantwortung, die alle deutschen Arbeiter gemeinsam an diesem Wendepunkt der Geschichte unseres Volkes und Europas tragen, an die Führung und Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sich nicht länger der Notwendigkeit gesamtdeutscher Beratungen zu verschließen. Die Ablehnung solcher Beratungen würde die Unterstützung der militaristischen Kräfte bedeuten ... Es liegt im ureigensten Inter-

esse auch aller sozialdemokratischen Arbeiter und im Interesse der Erhaltung des Friedens, endlich alle Kräfte gegen den gemeinsamen Feind zu konzentrieren, gegen die Militaristen und Revanchepolitiker in Westdeutschland. Es ist an der Zeit, daß sich überall die Arbeiter im Kampf gegen die Annahme des Wehrgesetzes, gegen den Militarismus und seine Organisationen zusammenschließen.
Es ist notwendig, gemeinsam jeder Kriegspropaganda entgegenzutreten und die Verbreitung militaristischer Literatur zu verhindern. Es ist notwendig, die Arbeiterklasse und die ganze Bevölkerung zu mobilisieren, damit sie die Verträge von Bonn und Paris nicht anerkennen und ihre Durchführung verhindern. Der beste Weg, damit die Meinung des Volkes über Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen oder Bonner und Pariser Verträge zum Ausdruck gebracht wird, wäre die Durchführung einer Volksabstimmung ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 17. Februar 1954.)
(ddz 66/4312.)

20. 2. 54: Nationalrat für demokratische Volksabstimmung

Der Nationalrat der Nationalen Front nimmt zum Verlauf der Berliner Außenministerkonferenz Stellung und fordert eine demokratische Volksabstimmung in ganz Deutschland mit der Frage: Sind Sie für die Verträge von Bonn und Paris oder für den Friedensvertrag?
In diesem Aufruf heißt es u. a.:
„... Adenauer will die amerikanische Lösung der deutschen Frage durch die zwangsweise Eingliederung Deutschlands in die EVG.

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland will die deutsche, die friedliche Lösung der Deutschlandfrage ...
Wer für den Friedensvertrag mit Deutschland kämpft, ist für die demokratische Einheit Deutschlands. Wer die Kriegsverträge von Bonn und Paris verteidigt, ist für die andauernde Spaltung unseres Vaterlandes und für den deutschen Bruderkrieg. Sache des deutschen Volkes ist der aktive Beitrag für die Gewährleistung der Sicherheit in Europa. Wer die EVG und damit die Bildung einer militärischen Gruppierung der Mächte in einem Teil Europas gegen den anderen Teil unterstützt, fördert die Kriegsgefahr. Wer für einen Gesamteuropäischen Vertrag und für die kollektive Sicherheit in Europa eintritt, hilft den Frieden in Europa festigen.
Die Außenministerkonferenz ist beendet, aber die großen Aufgaben der Erhaltung und Festigung des Friedens sind nicht von der Tagesordnung abgesetzt. Der Kampf für die friedliche und demokratische Wiedervereinigung unseres Vaterlandes geht mit größerer Kraft weiter ..."
(Vorwärts, Berlin, 22. Februar 1954.)
(ddz 66/4322.)

24. 2. 54: Otto Grotewohl erneut für gesamteuropäisches kollektives Sicherheitssystem

In einer Regierungserklärung zur Lage nach der Berliner Außenministerkonferenz setzt sich Ministerpräsident Otto Grotewohl erneut für die Bildung eines gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitssystems ein.
Er erklärt u. a.:

„... Die zukünftige deutsche Politik muß Garantien für die Sicherheit der Völker bieten.
Solche Garantien sind: ...
1. Ein einheitliches Deutschland muß demokratisch und friedliebend sein. Für antidemokratische Kräfte und Gruppierungen militaristischer und faschistischer Organisationen darf kein Platz in Deutschland sein. Monopole dürfen keinerlei Einfluß auf die deutsche Politik ausüben.
2. Deutschland darf keine militärischen Bündnisse schließen.
3. Eine deutsche Verteidigungsarmee wird nur in den zugebilligten Grenzen notwendig sein und zugelassen werden.
4. Es müssen Sicherheitsgarantien für die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder vor einer deutschen Aggression gegeben werden und
5. auch entsprechende Sicherheitsgarantien für die westlichen Nachbarstaaten Deutschlands geschaffen werden ...
Wir sind der Meinung, daß die Sicherheit in Europa und die Erhaltung des Friedens nur auf dem Wege kollektiver Bestrebungen aller friedliebenden Staaten möglich sind, und erklären darum, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die vom ersten Tage ihres Bestehens an eine konsequente Politik des Friedens und der Zusammenarbeit der Völker verfolgt, bereit ist, an einem solchen System der kollektiven Sicherheit in Europa mitzuwirken. Wir sind der Meinung, daß dies den nationalen Interessen des deutschen Volkes nicht widerspricht ...“
(Neues Deutschland, Berlin, 25. Februar 1954.)
(ddz 67/4409.)

27. 3. 54: Erklärung des Ministerrates: Souveräne DDR verfolgt Politik der Demokratie, des Friedens und der Sicherheit

Zu der am 25. März 1954 veröffentlichten Erklärung der UdSSR über die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR stellt der Ministerrat fest:

„... Die Deutsche Demokratische Republik wird mit der UdSSR sowie mit anderen Staaten die gleichen Beziehungen unterhalten, wie sie unter souveränen Staaten üblich sind ... Die DDR ist jetzt ein souveräner Staat, der in Übereinstimmung mit den Viermächtevereinbarungen eine Politik der Demokratie, des Friedens und der Sicherheit in Europa durchführt ...“ *(ddz 69/4623.)*

31. 3. — 6. 4. 54: Grundsatzerklärung des IV. Parteitages der SED

Der IV. Parteitag der SED nimmt eine Grundsatzerklärung „Der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation“ an, in der es u. a. heißt:

„... Soll Deutschland in Frieden leben, dann muß der Pariser EVG-Vertrag und der Bonner Generalvertrag fallen und die Remilitarisierung Westdeutschlands verhindert werden. Soll Deutschland endlich eins werden, dann muß die auf Deutschlands Spaltung berechnete amerikanische Einmischung und Vorherrschaft in Westdeutschland ein Ende haben und das Besatzungsstatut außer Kraft gesetzt werden. Die Wiedervereinigung Deutschlands kann nur erfolgen, wenn die Deutschen selbst gemeinsam dafür kämpfen. Die Wiedervereinigung Deutschlands kann nur auf demokratischem Wege erfolgen. Darum ist und bleibt

das höchste Gebot unserer Zeit: Deutsche an einen Tisch ..."
(Protokolle der Verhandlungen des IV. Parteitages der SED, Berlin 1954.)

6. 4. 54: Volkskammer für das Verbot der Massenvernichtungswaffen und der Atombombenexperimente

Das Präsidium der Volkskammer wendet sich an den westdeutschen Bundestag mit dem Vorschlag, einen gemeinsamen Beschluß zu fassen, der das Verbot der Massenvernichtungswaffen und ihrer experimentellen Erprobung fordert. (s. ddz 69/4613.)

15. — 16. 5. 54: Manifest des II. Nationalkongresses an alle Deutschen

Der II. Nationalkongreß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland setzt sich in seinem Manifest an alle Deutschen für die Ächtung der Massenvernichtungswaffen, für die Beseitigung der Bonner und Pariser Verträge und für die Herstellung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa ein und fordert eine Volksabstimmung über die Alternative EVG oder Friedensvertrag. Des weiteren unterbreitet der II. Nationalkongreß detaillierte Vorschläge für gesamtdeutsche Verhandlungen:

„... Der II. Nationalkongreß appelliert an alle staatlichen, gesellschaftlichen, religiösen, wissenschaftlichen und kulturellen Organisationen und Institutionen sowie an jeden Bürger in beiden Teilen Deutschlands:
Vereinigt euch in der gemeinsamen Forderung nach dem Verbot der Wasserstoffbombe und der Ächtung aller Massenvernichtungswaffen! Verlangt von euren Abgeordneten, daß sie diese Forderung in ihren Parlamenten vertreten! ...
Der II. Nationalkongreß appelliert an alle aufrechten Deutschen: Schafft die große und unüberwindliche gemeinsame Front aller Patrioten gegen EVG-Politik und Militarismus ...
Das Gebot der Stunde ist die Verwirklichung der großen nationalen Losung: Deutsche an einen Tisch! ...
Ein Patriot kann vieles erreichen — Millionen vereinter Patrioten sind eine unüberwindliche Kraft.
Jeder Anschlag auf den Verständigungswillen deutscher Menschen, jeder Terror und jede faschistische Provokation gegen die Kräfte der Verständigung und des Fortschritts ist ein Anschlag gegen die deutsche Nation, ein Verbrechen am Frieden.
Der II. Nationalkongreß appelliert an alle deutschen Patrioten im Osten und Westen unserer Heimat:
Setzt das unveräußerliche Recht des Volkes auf nationale Selbstbestimmung in ganz Deutschland durch! ..."
(ddz 71/4810.)

24. 5. 54: Präsidium des Nationalrates an Volkskammer und Bundestag

Im Auftrag des II. Nationalkongresses schlägt das Präsidium des Nationalrates in gleichlautenden Schreiben an die Volkskammer der DDR und an den westdeutschen Bundestag die Durchführung einer Volksbefragung über die Alternative EVG oder Friedensvertrag vor. (s. ddz 72/4926.)

26. 5. 54: Volksbefragung in der DDR beschlossen

Die Volkskammer beschließt ent-

sprechend dem Ersuchen des Präsidiums des Nationalrates die Durchführung einer Volksbefragung im Gebiet der DDR vom 27. bis 29. Juni zu der Frage „Für den Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen oder EVG-Vertrag und Generalvertrag und Belassung der Besatzungstruppen auf 50 Jahre?" (s. ddz 73/5021.)

27. — 29. 5. 54: Ergebnis der Volksbefragung: Für Friedensvertrag

Im Ergebnis der Volksbefragung im Gebiet der DDR werden 93 Prozent der gültigen Stimmen für den Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen abgegeben. (s. ddz 75/5220.)

4. 8. 54: Erneute Vorschläge der DDR an Bonn

Nach der Entgegennahme einer Regierungserklärung Ministerpräsident Otto Grotewohls über die Ergebnisse der Genfer Ostasienkonferenz und über neue Vorschläge zur Lösung der Deutschlandfrage beschließt die Volkskammer:

„...

1. sich mit dem Vorschlag an den Bundestag zu wenden, einen gemeinsamen Appell an die vier Großmächte zur Wiederaufnahme der unterbrochenen Deutschlandverhandlungen bei gleichberechtigter Teilnahme der Vertreter beider Teile Deutschlands zu richten und sie aufzufordern, bis zum Abschluß dieser Konferenz keine Schritte zur Einbeziehung eines oder der beiden Teile Deutschlands in irgendwelche militärischen Gruppierungen zu unternehmen;
2. in einem Appell der Bundesregierung gesamtdeutsche Verhandlungen zur Ausarbeitung eines gemeinsamen deutschen Standpunktes zur Lösung der Lebensfragen der Nation im Rahmen der europäischen Sicherheit vorzuschlagen."

(ddz 77/5367.)

3. 9. 54: Entschließung des Ministerrates der DDR zur Ablehnung des EVG-Vertrages durch die Französische Nationalversammlung

Nachdem sich die Französische Nationalversammlung am 30. August 1954 gegen die Ratifizierung des Vertrages der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ausgesprochen hatte, erklärt der Ministerrat der DDR:

„... Die Ablehnung des EVG-Vertrages ergibt neue Möglichkeiten für eine umfassende Regelung der Frage der Sicherheit in Europa und auch für die friedliche Lösung des Deutschlandproblems. Deshalb begrüßt die Regierung in voller Übereinstimmung mit der gesamten Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und mit der großen Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands die Ablehnung des EVG-Vertrages.

Die Politik Adenauers führt, wie die seines Vorgängers Hitler, in eine ausweglose Sackgasse, weil sie im Gegensatz zu den Lebensinteressen der östlichen wie der westlichen Nachbarn des deutschen Volkes steht und deren Widerspruch herausfordert. Die Lösung der deutschen Frage wie die Sicherheit in Europa erfordern aufrichtige und friedliche Beziehungen zu allen Nachbarstaaten Deutschlands.

Wenn jetzt versucht wird, die Wiederherstellung einer westdeutschen revanchistischen und militaristi-

schen Wehrmacht in anderer Form zu erreichen, müssen solche Pläne mit derselben Entschiedenheit bekämpft werden wie der EVG-Vertrag. Die EVG ist in jeder beliebigen Spielart — ob sie die Bildung einer Koalitionsarmee mit westdeutschen Soldaten, die Aufnahme Westdeutschlands in den Nordatlantikpakt oder eine andere Variante vorsieht — für das deutsche Volk unannehmbar, denn sie macht die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich und gefährdet den europäischen Frieden. Es ist Aufgabe aller deutschen Patrioten, auch weiterhin jeden Versuch zur Wiederherstellung des deutschen Militarismus zu verhindern ...

Für die Sicherung des Friedens in Europa und die Herbeiführung der Einheit Deutschlands gibt es einen gangbaren Weg: Das ist die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, an dem alle europäischen Staaten gleichberechtigt teilnehmen können.

Die Deutschen im Osten und Westen unseres Vaterlandes müssen jetzt zu einer Verständigung kommen; es gilt, gemeinsam einen gesamtdeutschen Standpunkt zu finden, der die Lösung unserer nationalen Frage ermöglicht und zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa beiträgt. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat die Führung gesamtdeutscher Gespräche wiederholt vorgeschlagen; sie fordert erneut hierzu auf und erklärt sich bereit, alle Schritte zu unterstützen, die der Herbeiführung einer Verständigung dienen."

(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 44 [W].)

16. 9. 54: Vorschläge des Präsidenten der Volkskammer der DDR, Dr. Johannes Dieckmann, an den Präsidenten des westdeutschen Bundestages, Dr. Hermann Ehlers, zur friedlichen Lösung der deutschen Frage

Nach der Ablehnung des EVG-Vertrages durch die Mehrheit der Französischen Nationalversammlung unterbreitet Volkskammerpräsident Dr. Dieckmann in einem Schreiben an den westdeutschen Bundestagspräsidenten Ehlers neue Vorschläge zur friedlichen Lösung der deutschen Frage.

„... Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor dem deutschen Volk und im Interesse der Sicherung des Friedens schlägt das Präsidium der Volkskammer deshalb erneut vor, daß sich die Vertreter beider Parlamente Deutschlands zusammenfinden, um einen gemeinsamen Standpunkt zur Lösung der Lebensfragen unseres Volkes auszuarbeiten. In einer solchen Beratung könnten unseres Erachtens folgende Fragen behandelt und bei beiderseitigem guten Willen einer Lösung zugeführt werden:

a) Maßnahmen, die das Streben aller europäischen Völker, einschließlich des deutschen Volkes, auf Gewährleistung der Sicherheit und des Friedens unterstützen;

b) gemeinsame Stellungnahme zu den Fragen eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Wiederherstellung der Souveränität ganz Deutschlands;

c) gemeinsame Unterstützung der Einberufung einer Außenministerkonferenz der vier Großmächte, an der die Vertreter beider Teile

Deutschlands bei der Beratung der friedlichen Lösung der deutschen Frage einschließlich der Fragen des Abzuges der Besatzungstruppen und der Schaffung eines Vertrages über die kollektive Sicherheit in Europa gleichberechtigt mitwirken;

d) gemeinsame Verpflichtungen, keinem Militärabkommen beizutreten, weil dadurch der Frieden gefährdet und die Wiedervereinigung Deutschlands verhindert würde;

e) gemeinsame Schritte zur Unterstützung der Bemühungen für ein Verbot der Atom- und anderer Massenvernichtungswaffen und für die Verhinderung ihrer Herstellung sowie ihrer Stationierung in Deutschland;

f) Ausarbeitung eines gemeinsamen Standpunktes zur Verhinderung einer Wiederaufrüstung Deutschlands und über die Stärke, Bewaffnung und Standorte der Polizeikräfte in beiden Teilen Deutschlands.

...Das Präsidium der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik erwartet, daß der Bundestag der Bundesrepublik Deutschland zu diesen Vorschlägen Stellung nimmt und daß nunmehr der Weg ehrlicher Verhandlungen und ernstgewollter Verständigung beschritten wird, wie es die überwältigende Mehrheit unseres Volkes mit Recht und wachsender Ungeduld fordert ..."

(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 45 [A].)

19. 11. 54: Regierungserklärung des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Otto Grotewohl

In einer richtungweisenden Regierungserklärung nach den Volkswahlen vom 17. Oktober verurteilt Ministerpräsident Otto Grotewohl die Londoner und Pariser Verträge, die Westdeutschland zwingen, an den von den USA geführten Militärgruppierungen der Westmächte, an dem Nordatlantikpakt und der Westeuropäischen Union teilzunehmen. Er fordert die Beseitigung dieser Vertragswerke und die Verhinderung der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus. Weitere Vorschläge sind: die Vorbereitung freier gesamtdeutscher Wahlen, der Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland, die Beteiligung an einer Gesamteuropäischen Konferenz über kollektive Sicherheit entsprechend dem Vorschlag der Sowjetunion vom 13. November 1954, die Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland sowie die Durchführung eines Volksentscheides über die Pariser Verträge. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 20. November 1954 und ddz 84/6076.)

19. 11. 54: Regierung der DDR erklärt Bereitschaft zur Teilnahme an Konferenz über kollektive Sicherheit in Europa

In Beantwortung einer Note der Regierung der UdSSR vom 13. November 1954 begrüßt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Vorschlag der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Durchführung einer Konferenz über kollektive Sicherheit und erklärt u. a.:

„...Die Eingliederung Westdeutschlands in militärische Gruppierungen einiger Staaten, die sich gegen andere Staaten richten, gefährden den Frieden in Europa auf das ernsteste.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Auffassung, daß nur ein System der kollektiven Sicherheit, an dem sich alle europäischen Staaten beteiligen, die baldige Wiedervereinigung Deutschlands fördert, die Kriegsgefahr in Europa beseitigt und eine Verminderung der Spannungen in Europa bringt ...

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beehrt sich, der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mitzuteilen, daß sie bereit ist, ihre Vertreter zu der für den 29. November vorgeschlagenen Konferenz zu entsenden."

(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 50 [A].)

30. 11. 54: Rede des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Otto Grotewohl, auf der Moskauer Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit

Auf der vom 29. November bis 2. Dezember in Moskau tagenden 1. Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit, die sich mit den durch die Unterzeichnung der Pariser Abkommen entstandenen Gefahren beschäftigt und Maßnahmen zur Verhinderung der Remilitarisierung Westdeutschlands behandelt, erklärt der Vorsitzende des Ministerrates, Otto Grotewohl, im Namen der Regierung der DDR:

„... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist fest davon überzeugt, daß ein solches System der kollektiven Sicherheit auch die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands fördern würde. Durch ein System der kollektiven Sicherheit aller europäischer Staaten würde jedes Argument westdeutscher Kreise, die behaupten, das Wiedererstehen des Militarismus in Westdeutschland sei für den Schutz Westdeutschlands notwendig, gegenstandslos, die Schaffung einer westdeutschen Wehrmacht würde verhindert und damit das Haupthindernis der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands beseitigt. Ein solches System würde den ureigensten Interessen des deutschen Volkes entsprechen.

Ein System der kollektiven Sicherheit aller europäischen Staaten würde der drohenden Spaltung Europas entgegenwirken, friedliche Beziehungen und allseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit wären gewährleistet.

Ein System der kollektiven Sicherheit aller europäischen Staaten würde der Minderung der internationalen Spannungen dienen und der Regelung solcher internationaler Probleme, wie der allgemeinen internationalen Abrüstung, des Verbots von Atomwaffen und anderer Massenvernichtungsmittel, nützen ..."

(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 51 [A].)

16. 12. 54: Appell des Präsidiums der Volkskammer an die Abgeordneten des westdeutschen Bundestages zur Verständigung und Sicherung des Friedens in Deutschland

Angesichts der Gefahren, die

durch die Unterzeichnung der Pariser Verträge heraufbeschworen wurden, wendet sich das Präsidium der Volkskammer, geleitet von den nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes und von der Sorge um die Erhaltung des Friedens, erneut mit Vorschlägen zur Verständigung und Friedenssicherung in einem eindringlichen Appell an alle Abgeordneten des westdeutschen Bundestages.

Darin wird betont:

„. . . Weil allein dieser Weg eine friedliche Lösung der Deutschlandfrage ermöglicht, appelliert die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik in aller Eindringlichkeit erneut an die Abgeordneten des Bundestages:

im Interesse des Friedens, der Sicherheit und der Wiedervereinigung Deutschlands den Verträgen von London und Paris die Zustimmung zu verweigern . . .

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik appelliert ferner an die Abgeordneten des Bundestages:

für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa einzutreten, das alle europäischen Staaten einschließlich Deutschland umfaßt.

Eine solche Entscheidung der Abgeordneten des Bundestages würde den auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gerichteten Interessen des ganzen deutschen Volkes entsprechen. Sie würde die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Vertretern Ost- und Westdeutschlands zur Verständigung über Maßnahmen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands auf allen Gebieten, zur Annäherung und Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands und zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Standpunktes zu den Lebensfragen unseres Volkes wesentlich erleichtern.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik fordert deshalb die Abgeordneten des Bundestages in dieser ernsten Stunde auf, im Bewußtsein ihrer hohen Verantwortung die heute noch vorhandenen Möglichkeiten zum politischen Zusammenwirken der beiden Teile Deutschlands mit dem Ziel des friedlichen Zusammenschlusses zu einem einheitlichen, unabhängigen, friedliebenden und demokratischen Deutschland voll wahrzunehmen . . ."

(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 56 [A].)

25. 1. 55: Erklärung des Ministerrates zum Erlaß der Sowjetunion über die Beendigung des Kriegszustandes mit ganz Deutschland

Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS veröffentlichte einen Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR über die Beendigung des Kriegszustandes zwischen der Sowjetunion und Deutschland und die Herstellung friedlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern. Zu diesem Erlaß gibt der Ministerrat der DDR eine Erklärung ab, die u. a. besagt:

„. . . Der Erlaß ist ein neuer und großer Schritt zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und zur Erlangung der vollen Souveränität des ganzen deutschen Volkes.

... Der Erlaß ermöglicht es der Bundesrepublik, mit der Sowjetunion sofort normale Verhältnisse herzustellen, wenn sie den Wunsch dazu hat, und nach Ablehnung der Pariser Verträge unverzüglich gemeinsame Vorbereitungen mit der Deutschen Demokratischen Republik zur Durchführung freier, demokratischer, gesamtdeutscher Wahlen zu treffen. Diese Wahlen können noch im Jahre 1955 stattfinden und damit die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in greifbare Nähe rücken.

... Die Deutsche Demokratische Republik kämpft darum mit aller Kraft gegen die Pariser Verträge und wird im Falle der Ratifizierung erst recht ihre Pflicht als Hüterin des Friedens für ganz Deutschland erfüllen ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 30. Januar 1955.)
(ddz 89/6585.)

18. 2. 55: Neues Angebot der Volkskammer an Bundestag

Angesichts der bevorstehenden Ratifizierung der Pariser Verträge wendet sich das Präsidium der Volkskammer in letzter Stunde erneut an den Bundestag und seine Fraktionen mit dem Angebot, statt der Remilitarisierung Westdeutschlands die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands durch sofortige Aussprachen einzuleiten.
(Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 20. Februar 1955 und ddz 91/6772.)

2. 3. 55: Proklamation der Volkskammer an das deutsche Volk

Die Volkskammer erklärt in einer Proklamation die Ratifizierung der Pariser Verträge durch den Bundestag für rechtsunwirksam und appelliert an das deutsche Volk, eine Volksbefragung über freie gesamtdeutsche Wahlen durchzuführen:

„... Der Beschluß des Bundestages vom 27. Februar 1955 widerspricht also dem Willen der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes und entbehrt daher der demokratischen Legitimation durch das deutsche Volk. Infolgedessen besitzt diese Entscheidung keine rechtsverbindliche Kraft. Das deutsche Volk wird die Pariser Verträge niemals anerkennen ... Es besteht die zwingende Notwendigkeit, eine rechtsverbindliche, demokratisch legitimierte direkte Entscheidung des ganzen deutschen Volkes gegen die Pariser Verträge und für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage gesamtdeutscher freier Wahlen durch eine Volksbefragung herbeizuführen. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik schlägt daher vor, sofort eine Volksbefragung in ganz Deutschland durchzuführen über die Frage:

‚Sind Sie für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands durch freie gesamtdeutsche Wahlen im Jahre 1955 und für das in der Frankfurter Paulskirche angenommene Deutsche Manifest oder für die Pariser Kriegsverträge?' ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 24. Februar 1955.)
(ddz 91/6766.)

9. 3. 55: Appell des Nationalrates an die Nation zum Kampf gegen die Pariser Verträge

In einem Appell ruft der Nationalrat der Nationalen Front des de-

mokratischen Deutschland das deutsche Volk zum Widerstand gegen die Pariser Verträge auf:

„...Niemals kann und wird das friedliebende deutsche Volk in seiner Gesamtheit den Pariser Verträgen, diesem Anschlag auf das Leben unserer Nation, zustimmen. Neben der friedliebenden Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ist auch die überwältigende Mehrheit der Bürger Westdeutschlands Gegner der Pariser Verträge ... Soll ganz Deutschland seine nationale Einheit und Souveränität wiedererlangen, dann müssen die Pariser Verträge fallen. Soll ganz Deutschlands Wirtschaft und Kultur zur neuen Blüte geführt werden, dann müssen die Pariser Verträge fallen. Soll ganz Deutschland wieder gleichberechtigtes Mitglied der Völkerfamilie in einem Europa des Friedens und der Sicherheit werden, dann müssen die Pariser Verträge fallen...

So ist das Gebot der Stunde: Entschlossener Kampf für die Beseitigung der Pariser Verträge, die den Weg zur deutschen Einheit und zum dauerhaften Frieden in Europa versperren! So lautet die nationale Forderung des Tages: Das deutsche Volk muß in einer gesamtdeutschen Volksbefragung bei völlig freier Meinungsbildung und Willensbekundung jedes Bürgers über den Weg der Nation entscheiden.

Das ist der Weg des patriotischen Handelns für jeden Bürger, für jede Partei und gesellschaftliche Organisation in beiden Teilen des Vaterlandes ...“

(Stimme des Patrioten, Berlin 1955, Nr. 6.)
(ddz 91/6818.)

2. 6. 55: Vorschläge des Zentralkomitees der SED zur friedlichen Lösung der deutschen Frage

Auf der 24. Tagung des Zentralkomitees der SED unterbreitet der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, in seinem Referat „Die Warschauer Konferenz und die neuen Aufgaben in Deutschland“ zehn Vorschläge zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands:

„... Wir schlagen allen friedliebenden und demokratischen Kräften in ganz Deutschland vor, sich zusammenzuschließen und eine große Volksbewegung auf folgender Grundlage zu entfalten:

1. Für die Verständigung der Mächte über die Abrüstung, das Verbot der Atombomben und anderer Massenvernichtungsmittel.
2. Einstellung jedweder Kriegspropaganda und Rassenhetze in Presse, Literatur, Rundfunk und in den Schulen.
3. Normalisierung der Lage in Berlin durch Schließung der Agenten- und Spionagezentralen in Westberlin, Verbot der faschistischen Bärendivision sowie des Auftretens von Soldatenverbänden der Hitlerwehrmacht in Westberlin.
4. Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands als demokratischer Staat durch die Forderung auf Abzug der Besatzungstruppen, Beseitigung der Militärstützpunkte und Vorbereitung eines Friedensvertrages für ein bündnisfreies Deutschland, dessen Territorium durch einen Vertrag über kollektive Sicherheit garantiert wird.
5. Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Westdeutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.

6. Entfernung der faschistischen Kriegsverbrecher, insbesondere aller SS-Leute, aus dem Staats- und Polizeiapparat Westdeutschlands.
7. Zusammenarbeit und Delegationsaustausch der Betriebsbelegschaften, Gewerkschaften, der Frauen- und Jugendorganisationen Westdeutschlands und der Deutschen Demokratischen Republik.
8. Zusammenarbeit aller Jugendorganisationen für die schrittweise Durchführung der auf dem Gesamtdeutschen Jugendkongreß beschlossenen Grundrechte der jungen Generation. Wiederherstellung der freien Betätigung für die Freie Deutsche Jugend in Westdeutschland.
9. Zusammenarbeit zwischen den Sportvereinen und Sportvereinigungen zur Förderung des gesamtdeutschen Sportverkehrs.
10. Zusammenarbeit zwischen den Institutionen auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet, den wissenschaftlichen Fachverbänden, den Verbänden der Künstler und anderen Kulturschaffenden zur Pflege des humanistischen deutschen Kulturerbes und der Entwicklung der deutschen Kultur."
(Neues Deutschland, Berlin, 3. Juni 1955.)
(ddz 97/7366.)

25. 6. 55: Friedrich Ebert fordert Normalisierung der Lage in Westberlin

In einem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister von Westberlin, Dr. Otto Suhr, weist der Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Friedrich Ebert, darauf hin, daß die Fortführung der Frontstadtpolitik sich gegen die Interesssen der Westberliner Bevölkerung richtet und daß es daher erforderlich ist, auf dem Wege der Verständigung schnell zu einer Normalisierung des Lebens in Berlin zu kommen.
Friedrich Ebert schlägt vor:
„... daß zunächst je zwei Vertreter des Magistrats und des Senats ermächtigt werden, Verhandlungen über die Behandlung der beiderseits aufgeworfenen Fragen zu treffen ..."
(Dokumentation zur Westberlinfrage, Verlag Zeit im Bild, Dresden, o. J., S. 69 [W].)

12. 8. 55: Neue Vorschläge der DDR für Verständigung, Entspannung und Annäherung

In einer Regierungserklärung vor der Volkskammer wendet sich Otto Grotewohl mit vier neuen Vorschlägen zur Annäherung der beiden deutschen Staaten an das ganze deutsche Volk:
„...
1. Verstärkung des Kampfes gegen die Verwirklichung der Pariser Kriegsverträge, Verhinderung der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus, damit Westdeutschland nicht zu einem neuen Kriegsherd in Europa werden kann;
2. Beendigung des ‚kalten Krieges' zwischen den beiden Teilen Deutschlands, Herstellung normaler, freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Deutschen in Ost und West auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, Beendigung der Verleumdungen gegen die Deutsche Demokratische Republik;
3. allseitige Förderung der Beziehungen zwischen der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland, Herstellung enger Kontakte zwischen allen gesellschaftlichen Organisationen,

besonders den Organisationen der Arbeiterschaft, sowie zwischen einzelnen Bürgern, Anbahnung von Kontakten zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik;
4. allseitige Festigung und Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik als des Bollwerks des deutschen Volkes im Kampf um Frieden, Sicherheit und Wiedervereinigung ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 13. August 1955.)

20. 9. 55: Staatsvertrag DDR — UdSSR

Die UdSSR und die DDR unterzeichnen einen Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR. Der Vertrag legt die volle Entscheidungsfreiheit der DDR über ihre innen- und außenpolitischen Maßnahmen sowie über ihre Beziehungen zur deutschen Bundesrepublik fest und tritt am 6. Oktober nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Berlin in Kraft. (s. ddz 104/8113.)

31. 10. 55: Vorschläge der DDR an Genfer Außenministerkonferenz

In einer Erklärung wendet sich die Regierung der DDR an die vom 27. Oktober bis 16. November 1955 in Genf tagende Konferenz der Außenminister der vier Mächte, UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich, mit folgenden Vorschlägen:

„...
1. Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika sollen konkrete Maßnahnahmen zur Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit beschließen. Ein solcher Beschluß würde zur weiteren Minderung der internationalen Spannungen beitragen, zur Auflösung der einander gegenüberstehenden Staatengruppierungen und zur Sicherung des Friedens aller europäischen Völker führen sowie die äußeren Hindernisse beseitigen, die gegenwärtig einer Lösung des deutschen Problems im Wege stehen.
2. Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika sollen alle Maßnahmen unterstützen, die einer Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik und ihrer Annäherung dienen. Denn nur durch eine Zusammenarbeit zwischen ihnen und durch eine gerechte Lösung der gemeinsamen Probleme unter Berücksichtigung der Interessen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik können die inneren Voraussetzungen geschaffen werden, um auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands erfolgreich vorwärtszuschreiten. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich an das ganze deutsche Volk und schlägt den Parlamenten der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik die Bildung des Gesamtdeutschen Rates vor. Die Tätigkeit des Gesamtdeutschen Rates im Interesse einer Zusammenarbeit und Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten wird zur Sicherung des Friedens in Europa und zur Wiedervereinigung Deutsch-

lands als demokratischer und friedliebender Staat beitragen ..."
(Neues Deutschland, Berlin 1. November 1955.)
(ddz 107/8440.)

18. 1. 56: Drei-Punkte-Vorschlag an Westdeutschland

In einer Regierungserklärung vor der Volkskammer unterbreitet der Vorsitzende des Ministerrates, Otto Grotewohl, zur Verständigung und gegenseitigen Annäherung beider Teile Deutschlands einen Drei-Punkte-Vorschlag:

„...
1. Um das friedliche Leben der Bevölkerung zu sichern, setzen sich beide deutsche Staaten für einen Vertrag der kollektiven Sicherheit in Europa und für die Verminderung der ausländischen Truppen ein. Beide Teile verpflichten sich in einem Abkommen feierlich, jede Anwendung von Gewalt gegeneinander zu unterlassen ...
2. Einstellung jeder Propaganda und jeder Vorbereitung des Atomkrieges auf deutschem Boden.
3. Die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik sind bestrebt, ihre Beziehungen zueinander zu normalisieren ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 19. Januar 1956.)
(ddz 112/8893.)

24. — 30. 3. 56: III. Parteikonferenz der SED

Die III. Parteikonferenz der SED schafft mit ihrem Beschluß über den zweiten Fünfjahrplan und die weitere Entwicklung der DDR wichtige Voraussetzungen für die Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und für die verstärkte Fortsetzung des Kampfes um die Erhaltung des Friedens und die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden, demokratischen Staat. (s. Protokolle der Verhandlungen der III. Parteikonferenz der SED, Berlin 1956.)

23. 4. 56: Nationalrat fordert Abrüstungsmaßnahmen

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland unterstützt uneingeschränkt den Appell der Tagung des Weltfriedensrates in Stockholm an die öffentliche Meinung der Welt über die Beendigung des Wettrüstens, die Einstellung der Atomwaffenversuche und das Verbot der Massenvernichtungsmittel:

„... Wir betrachten die Abrüstung der Großmächte als einen wichtigen Schritt zu Minderung der Spannungen in Europa. Dieser Schritt wäre noch bedeutungsvoller, wenn er mit einer Verminderung ihrer Truppen in Deutschland verbunden wäre und zur baldigen völligen Beseitigung aller ausländischen Militärstützpunkte und zum Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland führen würde.
Die Nationale Front des demokratischen Deutschland tritt für einen entschiedenen deutschen Beitrag zur Abrüstung ein. Sie ist für die Schaffung einer Zone besonders begrenzter und kontrollierter Rüstung, die insbesondere die Bundesrepublik und die Deutsche Demokratische Republik umfaßt und in der keinerlei Atomwaffen stationiert werden dürfen ..."
(ddz 119/9601.)

29. 5. 56: Acht Vorschläge zur Entspannung in Deutschland

In einer Regierungserklärung und einer Entschließung der Volkskammer werden acht Vorschläge zur Entspannung der Lage in Deutschland unterbreitet:

„1. Nichteinführung der Wehrpflicht und Begrenzung der Streitkräfte in beiden deutschen Staaten.

2. Verbot der Stationierung von Atomkanonen und anderen Atomwaffen auf deutschem Boden.

3. Einspruch gegen die Existenz von ausländischen Spionagezentralen in Westberlin.

4. Einstellung der Verfolgung demokratischer Organisationen und deren Mitglieder in Westdeutschland.

5. Verbot der militaristischen und neofaschistischen Organisationen in Westdeutschland sowie Säuberung der Justiz von neofaschistischen Elementen.

6. Erlaß gleicher Strafbestimmungen gegen Kriegshetze, Rassen- und Völkerhetze in beiden Teilen Deutschlands.

7. Stärkere Entwicklung handelsökonomischer, kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.

8. Förderung persönlicher Kontakte zwischen den Abgeordneten der Organe der Volksvertretungen und den Vertretern der Parteien der DDR und der Bundesrepublik sowie des gegenseitigen Austausches von Parlamentsdelegationen.

Zur Aufnahme der Besprechungen wird die Bildung einer aus Vertretern beider deutscher Staaten bestehenden Kommission vorgeschlagen."
(ddz 121/9812.)

29. 8. 56: Walter Ulbricht über die Voraussetzungen für die Lösung der nationalen Frage

Im Verlauf der Aussprache auf der 14. Sitzung der Volkskammer beantwortet der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Walter Ulbricht, eine Anfrage des Stellvertreters des Präsidenten der Volkskammer, Heinrich Homann:

„... Die nationalen Interessen unseres Volkes und Vaterlandes, die Sache des Friedens und der Wiedervereinigung erfordern:

1. Begrenzung der bewaffneten Streitkräfte in beiden Teilen Deutschlands. Es sollte vereinbart werden, daß die Auffüllung für bewaffnete Streitkräfte nur auf freiwilliger Grundlage erfolgen darf. Bei der Wiedervereinigung Deutschlands soll Deutschland zur Zone der beschränkten Rüstungen gehören. Die deutsche Armee könnte, sagen wir, etwa 200 000 Mann zählen.

2. Entfernung der Hitlergenerale und anderer Revanchisten aus dem Staatsapparat und aus der Armee. Die Rüstungsmonopole, deren Besitzer die Träger der Revanchepolitik und des Faschismus sind, sollen nationalisiert werden.

3. Schrittweise Zurückziehung der ausländischen Truppen aus Deutschland.

4. Aufhebung des Verbots der KPD, Verbot aller militaristischen Organisationen und Verbände.

5. Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Deutschen Bundesrepublik im Interesse der Annäherung beider deutscher Staaten. Verhandlungen zwischen den Vertretern der Volkskammer der DDR und des Bonner

Bundestages sowie zwischen Vertretern beider Regierungen über die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands ..."
(ddz 127/391.)

5. 10. 56: Neues Verhandlungsangebot an Bonn

Der Präsident der Volkskammer der DDR richtet ein Schreiben an den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Eugen Gerstenmaier, in dem er erneut die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Parlamenten der beiden deutschen Staaten vorschlägt:

„... Wir sind der Überzeugung, daß nach nunmehr bereits sieben Jahren der unseligen Spaltung Deutschlands keine Zeit mehr verloren werden darf, um in direkten Verhandlungen der Parlamente der beiden auf deutschem Boden existenten Staaten — sei es ihrer Präsidien oder anderer von ihnen damit zu beauftragenden Gremien — über die Voraussetzungen zur friedlichen und demokratischen Lösung der deutschen Frage zu gelangen und in ihrem Ergebnis die Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

Unser Volk in Ost und West will die Wiedervereinigung. Die obersten Volksvertretungen der beiden deutschen Staaten sind vor allen anderen Gremien dazu berufen und verpflichtet, diesen Willen des Volkes zu vollziehen ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 7. Oktober 1956.)

22. 10. 56: Deutscher Rat zur Vorbereitung der Wiedervereinigung gegründet

Das Präsidium des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland beschließt, einen „Deutschen Rat zur Vorbereitung der Wiedervereinigung" zu bilden und ihn mit der Ausarbeitung von realen Vorschlägen für die Annäherung der beiden deutschen Staaten und die schrittweise Überwindung der Spaltung Deutschlands zu beauftragen.

In dem Beschluß heißt es:

„... Nunmehr ist die Stunde gekommen, in der das deutsche Volk selbst die Bedingungen schaffen muß, die zur Wiedervereinigung Deutschlands führen. Solche Bedingungen können nur in einer Atmosphäre des Friedens, des Verständigungswillens und des freien Meinungsaustausches entstehen, niemals aber durch eine aggressive Politik der Stärke, die die historische Entwicklung ignoriert. Wer sich bis an die Zähne bewaffnet, hat keine Hände frei für Werke des Friedens, der Entspannung und der Verständigung. Aber nur solche Werke dienen unserem Volk und seiner glücklichen Zukunft in einem geeinten und geachteten Deutschland.

Von diesen Erwägungen ausgehend, beschließt das Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, aus namhaften Persönlichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik einen ‚Deutschen Rat zur Vorbereitung der Wiedervereinigung' zu bilden und ihn mit der Ausarbeitung von realen Vorschlägen für die Annäherung der beiden deutschen Staaten und die schrittweise Überwindung der Spaltung Deutschlands zu beauftragen. Dieser Deutsche Rat wird zu Beginn seiner Tätigkeit folgende Kommissionen bilden und einsetzen:

1. Deutsche Außenpolitik
2. Demokratische Staatsordnung und Innenpolitik
3. Deutscher Innen- und Außenhandel
4. Industrie
5. Landwirtschaft
6. Handwerk und Handel
7. Arbeitszeit, Arbeitsrecht und Sozialgesetzgebung
8. Volksbildung, Erziehung, Kultur und Wissenschaft
9. Frauenfragen
10. Probleme der jungen Generation
11. Gesundheitswesen
12. Verkehrswesen

Der ‚Deutsche Rat zur Vorbereitung der Wiedervereinigung' und die Kommissionen des Rates werden unmittelbar zusammentreten und ihre Tätigkeit aufnehmen. Die gesamte deutsche Öffentlichkeit wird ständig über die Arbeit des Rates informiert werden, damit die Staatsbürger in der Bundesrepublik und in der Deutschen Demokratischen Republik die Möglichkeit haben, an den Arbeiten des Rates und seiner Kommissionen teilzunehmen ..."

(ddz 130/A710.)

30. 1. — 1. 2. 57: ZK der SED schlägt Schaffung eines deutschen Staatenbundes vor

Der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, unterbreitet in seinem Referat auf dem 30. Plenum des ZK der SED den konstruktiven Vorschlag zur Schaffung eines deutschen Staatenbundes als den einzig realen Weg zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Voraussetzung für die Bildung einer Konföderation sind Maßnahmen der Entspannung in Deutschland, der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, die Abschaffung der Wehrpflicht, die beiderseitige Begrenzung der Streitkräfte und die Entfernung der führenden Nazifunktionäre aus dem westdeutschen Staatsapparat, ferner die Errichtung eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems unter Teilnahme beider Staaten und einer Zone der verminderten Rüstung.

Walter Ulbricht führt u. a. aus:

„... Die DDR stellt für die Wiedervereinigung nicht die Vorbedingung, daß sich in Westdeutschland sozialistische Umwandlungen vollziehen sollen. Die Liquidierung der Herrschaft der Monopole in der Bundesrepublik, der Verzicht auf die Politik der Remilitarisierung sowie der Verzicht auf die Teilnahme an aggressiven Militärbündnissen sind allgemeine demokratische und nationale Forderungen, deren Sinn darauf abzielt, die friedliche Wiedervereinigung und die Schaffung eines friedlichen demokratischen Deutschlands als einheitlicher Staat zu gewährleisten ...

Wenn solche Verhältnisse geschaffen werden, die eine friedliche Lösung der deutschen Frage ermöglichen, dann würde es auch gelingen, einen Gesamtdeutschen Rat, der sich paritätisch aus Vertretern beider deutscher Staaten zusammensetzt, zu bilden. Die Mitglieder des Rates sollten in beiden Teilen Deutschlands auf Grund der geltenden Wahlgesetze gewählt werden. Ein solcher Gesamtdeutscher Rat wäre ein Organ der Vereinigung Ost- und Westdeutschlands auf der Grundlage der Konföderation ...

Der Gesamtdeutsche Rat würde die Funktionen einer Regierung der deutschen Konföderation ausüben

und Maßnahmen vorbereiten wie die Herstellung einer einheitlichen Verwaltung in Deutschland, besonders zur Schaffung einer Zoll- und Valuta-Union, einer Koordinationskommission für Fragen der nationalisierten Industrie, für die Schaffung einer einheitlichen Notenbank, einer einheitlichen Währung, eines einheitlichen Transport- und Nachrichtenwesens u. a.
Der Gesamtdeutsche Rat würde ferner auf der Grundlage gleichberechtigter Verhandlungen die Maßnahmen für die Durchführung von freien gesamtdeutschen Wahlen zur Nationalversammlung ausarbeiten ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 3. Februar 1957.)
(ddz 137/5.)

30. 4. 57: Protestnote gegen Bonner Atomrüstung

In einer Note an die Bonner Regierung legt die Regierung der DDR ihren Standpunkt zur atomaren Aufrüstung Westdeutschlands dar und fordert Bonn auf, der Lagerung von Atomwaffen und -munition sowie der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen energisch entgegenzutreten.

„... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erinnert in diesem Zusammenhang an ihre Vorschläge: Keine Stationierung ausländischer Massenvernichtungswaffen auf deutschem Territorium; Verzicht auf die Ausrüstung der Streitkräfte der beiden deutschen Staaten mit Atomwaffen sowie auf die Herstellung solcher Waffen in Deutschland ..."
(ddz 143/17.)

26. 6. 57: Erklärung der Regierung der DDR zur Sicherung des Friedens

Ausgehend von der Tatsache, daß auf deutschem Boden zwei deutsche Staaten existieren und daß die Bonner Regierung durch die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO der Wiedervereinigung schwere Hindernisse in den Weg gelegt hat, weist die Regierung der DDR in einer Erklärung von historischer Bedeutung dem ganzen deutschen Volk den Weg zur Erhaltung des Friedens und zu seiner Wiedervereinigung:

„... Ein solcher konkreter Weg ist die Bildung eines Staatenbundes zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik auf der Basis eines völkerrechtlichen Vertrages ...
Wir schlagen deshalb vor:
1. Ein Verbot der Lagerung und der Herstellung von Atombomben und -waffen auf dem Boden Deutschlands sowie ein Verbot der Propagierung des Atomkrieges zu vereinbaren.
2. Ausscheiden der beiden deutschen Staaten aus der NATO und aus dem Warschauer Vertrag, Aufhebung der Wehrpflicht und Vereinbarung über die beiderseitige Truppenstärke.
3. Gemeinsames oder einzelnes Ersuchen an die vier Mächte auf baldige schrittweise Zurückziehung ihrer Truppen aus ganz Deutschland.
Ein solches Abkommen über die vorrangigen Fragen wäre der Beginn einer zwischen den souveränen und unabhängigen deutschen Staaten einzugehenden Konföderation, die im weiteren zu Absprachen auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Verbindungen, auf dem Gebiete der Zoll- und Währungsangelegenheiten,

des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, der mit dem Status von Berlin verbundenen Fragen sowie der Aufhebung des Verbotes demokratischer Parteien und Organisationen in Westdeutschland führen könnte ..."
(ddz 149/1.)

2. 9. 57: Erklärung der Regierung zur Ostseepolitik

Die Regierung der DDR schlägt in einer Erklärung allen Ostseestaaten vor, über den Abschluß bilateraler oder multilateraler Vereinbarungen zu verhandeln, um die wirtschaftlichen, Verkehrs- und kulturellen Beziehungen zwischen den Ostseestaaten anzuerkennen und gegenseitige Verpflichtungen zum Nichtangriff zu übernehmen. (s. ddz 151/31.)

5. 10. 57: Zustimmung der DDR zur atomwaffenfreien Zone

In einem Telegramm des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, an den Präsidenten der XII. Vollversammlung der Vereinten Nationen, Munro, in New York erklärt die Regierung der DDR ihre Zustimmung zu den Vorschlägen des polnischen Außenministers Rapacki vor der UNO-Vollversammlung, in Mitteleuropa eine die beiden deutschen Staaten, die CSR und die Volksrepublik Polen umfassende atomwaffenfreie Zone zu errichten. (s. ddz 155/15.)

11. 12. 57: Appell der Volkskammer an westdeutschen Bundestag zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Europa

Angesichts der bevorstehenden Pariser Tagung des NATO-Rates, die das Ziel verfolgt, den Nordatlantikpakt zu einem umfassenden Atombündnis auszubauen und insbesondere Westdeutschland in ein atomares Aufmarschgebiet zu verwandeln, fordert die Volkskammer den Bundestag auf, dafür einzutreten, daß sich die westdeutsche Regierung mit der Regierung der DDR über folgende Punkte einigt:

„...
1. Keine Stationierung und Lagerung von Atombomben und den dazugehörigen Raketenwaffen dritter Mächte auf ihren Territorien zuzulassen.
2. Keine Atombasen oder Raketen selbst herzustellen oder sie von anderen Staaten durch Kauf oder auf andere Weise zu erwerben.
3. Ihre Streitkräfte nicht mit Atomwaffen und Raketen, unabhängig von ihrer Herkunft, auszurüsten.
4. In Verhandlungen der Bundesrepublik mit den Stationierungsmächten den Abtransport der bereits in Westdeutschland befindlichen Massenvernichtungswaffen zu erreichen ..."

(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 72 [W].)

25. 12. 57: ZK der SED schlägt SPD gemeinsame Schritte zur Schaffung einer Volksbewegung zur Sicherung des Friedens vor

In einem offenen Brief fordert der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, den Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, auf, im Kampf um eine atomwaffenfreie Zone in Europa zusammenzuarbeiten:

„... Ausgehend von der Notwendigkeit, sowohl getrennt wie auch ge-

meinsam Schritte zur Schaffung einer Volksbewegung, die der Sicherung des Friedens dient, zu unternehmen, unterbreiten wir Ihnen folgende Vorschläge mit dem Ersuchen, diese ernsthaft zu prüfen:
Die SPD und die SED ergreifen die Initiative zur Organisierung von Volksversammlungen in ganz Deutschland zum Vorschlag auf Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa.
In allen Ländern, Städten und Gemeinden treten die friedliebenden, gutgesinnten Kräfte, die Organisation der Arbeiterklasse, die Frauen- und Jugendverbände, die Friedensorganisationen, die Repräsentanten des Geisteslebens usw. zusammen und verständigen sich über gemeinsame Maßnahmen gegen die atomare Bewaffnung, gegen die Schaffung von Raketenbasen, für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa.
Wir sind der Meinung, daß in vielfältigen Formen und auf allen Ebenen Volksbefragungen durchgeführt werden können, in denen die Bevölkerung zur Stellungnahme aufgefordert wird, damit sich der Wille des Volkes eindeutig gegen die Errichtung von Raketenbasen und für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa manifestieren kann. Damit die Kraft der Volksbewegung für den Frieden voll wirksam wird, nehmen die Vertreter dieser Volksbewegung aus den westdeutschen Ländern, Städten und Gemeinden Beziehungen zu den Vertretern der gleichgesinnten Organisationen in den Bezirken, Städten und Gemeinden der Deutschen Demokratischen Republik auf, um mit ihnen Maßnahmen der direkten Zusammenarbeit zu vereinbaren, damit für ganz Deutschland eine Wende zum Guten, zum Frieden für unser Volk eintritt ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 25. Dezember 1957.)
(ddz 160/16.)

22. 1. 58: Vorschlag für einen Volksentscheid über atomwaffenfreie Zone

Ministerpräsident Otto Grotewohl schlägt in einer Fernsehansprache einen Volksentscheid in beiden deutschen Staaten über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa vor:

„... Um das einheitliche und geschlossene Verlangen des deutschen Volkes nach Sicherheit vor einem Atomkrieg vor aller Welt nachhaltig zu manifestieren, schlagen wir vor, in beiden deutschen Staaten einen Volksentscheid darüber durchzuführen, ob die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik einer atomwaffenfreien Zone angehören sollen oder nicht.
Eine solche Willenskundgebung könnte in wirksamer Weise zum Zustandekommen eines atomwaffenfreien Raumes in Mitteleuropa beitragen ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 23. Januar 1958.)
(ddz 162/14.)

29. 1. 58: DDR unterstützt sowjetische Friedensinitiative

In einer Erklärung unterstützt die Regierung der DDR die sowjetischen Entspannungsvorschläge vom 8. Januar über die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Zentraleuropa, über die Einstellung der Kernwaffenversuche wenigstens für zwei bis drei Jahre, über den Abschluß eines Nicht-

angriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und den Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages und über die Reduzierung ausländischer Truppen im Gebiet der NATO-Staaten und der Staaten des Warschauer Vertrages. (s. ddz 162/15.)

27. 3. 58: Erklärung des Ministerrates gegen Bonner Atomrüstung

Der Ministerrat der DDR verurteilt in einer Erklärung den Beschluß des Bonner Bundestages vom 25. März, die westdeutsche Bundeswehr mit atomaren Waffen auszurüsten:

„... Diese Entscheidung, die eindeutig dem Willen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik widerspricht, ist ein Anschlag auf die Sicherheit und den Frieden des deutschen Volkes und aller anderen Völker. Sie beschwört die Gefahr eines atomaren Vernichtungskrieges herauf, soll das Zustandekommen und den erfolgreichen Verlauf einer Gipfelkonferenz verhindern ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 28. März 1958 [W].)

31. 3. 58: Aufruf des Nationalrats zum Kampf gegen Atomrüstungsbeschluß

Das Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland verurteilt den Atomaufrüstungsbeschluß des westdeutschen Bundestages und ruft das ganze deutsche Volk zum verstärkten Kampf für die atomwaffenfreie Zone in Europa, für eine Konföderation der beiden deutschen Staaten und für einen Friedensvertrag mit Deutschland auf. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 2. April 1958.)

16. 4. 58: Appell der Volkskammer an zehn europäische Parlamente zur Verhinderung der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands

Nach der Entgegennahme einer Regierungserklärung begrüßt die Volkskammer in einer Entschließung einstimmig den Beschluß des Obersten Sowjets über die einseitige Einstellung der Kernwaffenversuche und wendet sich an zehn europäische Parlamente mit dem Appell, die atomare Aufrüstung Westdeutschlands, die die Atomkriegsgefahr in Europa verschärft, durch gemeinsame Anstrengungen zu verhindern. Es handelt sich um die Parlamente folgender Staaten: Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen und die CSR:

„... Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich an Sie als Abgeordnete eines Staates, der durch die Atombewaffnung Westdeutschlands unmittelbar bedroht ist und der durch seine geographische Lage im Falle eines Atomkrieges aufs schwerste gefährdet wäre. Wir Abgeordneten des ersten wahrhaft friedliebenden und demokratischen Staates auf deutschem Boden wenden uns an Sie, weil Ihr Land durch den zweiten Weltkrieg schwer gelitten hat und weil wir glauben, daß wir alle unsere Anstrengungen vereinen müssen, um einen Atomkrieg zu verhindern. Wir Abgeordneten der Volkskammer sind der Auffassung, daß es noch nicht zu

spät und unmöglich ist, die drohende Aggression des deutschen Imperialismus durch gemeinsamen Kampf zu verhindern.“
(Neues Deutschland, Berlin, 17. April 1958.)
(ddz 168/13.)

10. — 16. 7. 58: V. Parteitag der SED entwickelt Grundsätze eines Friedensvertrages mit Deutschland

Auf dem V. Parteitag der SED begründet der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, die Aufgaben im Kampf um die Sicherung des Friedens, für den Sieg des Sozialismus und die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. Der V. Parteitag unterbreitet der westdeutschen Regierung ein neues Verständigungsangebot und entwickelt die Grundsätze eines Friedensvertrages mit Deutschland. Sie beinhalten u. a., daß Deutschland auf dem Wege einer Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten ein friedliebender, demokratischer Staat wird, der an keinerlei Paktsysteme gebunden ist, über seine volle Souveränität verfügt und eigene nationale Streitkräfte zu Verteidigungszwecken besitzt. (s. Neues Deutschland, Berlin, 11. Juli 1958.)

4. 9. 58: DDR fordert Vier-Mächte-Kommission zur Vorbereitung eines Friedensvertrages

Die Regierung der DDR richtet in gleichlautenden Noten an die vier Großmächte den Vorschlag, zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland eine Vier-Mächte-Kommission zu bilden, zu der auch Vertreter der beiden deutschen Staaten hinzugezogen werden sollen. Die Regierung der DDR übermittelt eine Note an die westdeutsche Regierung, in der u. a. erklärt wird:

„... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (ist) an die Regierungen der vier Mächte mit der Aufforderung herangetreten, sofort eine Kommission aus Vertretern der vier Mächte mit der Aufgabe zu bilden, Konsultationen über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland durchzuführen ... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält es für unbedingt erforderlich, daß die vier Mächte bei einem solchen Vorgehen von Deutschland unterstützt werden. Sie schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik vor, eine Kommission aus Vertretern beider deutscher Staaten zu bilden, die sich mit den Fragen beschäftigen soll, die mit der Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland zusammenhängen ...“
(ddz 177/16 [W].)

18. 10. 58: Aufruf des Nationalrats an die Bürger Westdeutschlands zum Kampf gegen Atomrüstung

In einem Aufruf fordert der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland die westdeutsche Bevölkerung zum verstärkten Kampf gegen die atomare Aufrüstung der Westzone auf:

„... Um den Frieden in Europa und eine glückliche Zukunft unseres Volkes zu sichern, fordern wir im Namen unseres ganzen deutschen Volkes:

1. Deutschland darf nicht im tödlichen Schatten der Atombomben weiterleben. Der Beschluß des Bonner Bundestages vom 25. März 1958 über die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen muß ebenso verschwinden wie die ausländischen Besatzungstruppen, weil sonst freie Wahlen in ganz Deutschland undenkbar sind.
2. Die Verpflichtungen aus den NATO-Verträgen wie aus dem Warschauer Vertrag müssen für beide deutsche Staaten gelöst werden, damit ganz Deutschland aus militärischen Bindungen ausscheidet.
3. Deutschland muß sich einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa anschließen, damit es nicht durch Atombomben zum Todesacker wird ..."

(Stimme des Patrioten, Berlin, Oktober 1958.) (ddz 180/8.)

20. 12. 58: DDR gegen „Rechtsansprüche" der NATO in Westberlin

Der Ministerrat der DDR weist in einer Erklärung die Versuche der Pariser NATO-Rats-Tagung vom 16. bis 18. Dezember, sich in die Westberlinfrage einmischen zu wollen, zurück:

„... Die Deutsche Demokratische Republik und alle anderen friedliebenden Mächte lassen es nicht zu und werden es niemals zulassen, daß Westberlin zu einem Protektorat der NATO wird.
Der Beschluß der NATO-Tagung ist eine grobe Einmischung der NATO in die Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, gegen die sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf das entschiedenste verwahrt ..."
(ddz 184/14.)

7. 1. 59: DDR für Lösung der Westberlinfrage

In einer Note an die Regierung der UdSSR beantwortet die Regierung der DDR die sowjetischen Vorschläge zur Lösung der Westberlinfrage vom 27. November 1958. In dieser Note gibt die Regierung der DDR ihre Zustimmung dazu, daß Westberlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt umgewandelt wird, und erklärt ihre Bereitschaft, mit allen in Frage kommenden Staaten zu verhandeln.
In der Note heißt es:

„... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik macht sich erneut zum Sprecher der nationalen Interessen des deutschen Volkes, wenn sie mit aller Eindringlichkeit die Notwendigkeit betont, daß alle Anstrengungen unternommen werden müssen, damit Westberlin, dem in den aggressiven Plänen des deutschen Militarismus eine entscheidende Rolle zugedacht ist, nicht zum Ausgangspunkt eines neuen Weltkrieges, nicht zu einem zweiten Sarajevo wird. Der rechtswidrig von der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik losgelöste Stadtteil Westberlin bildet gegenwärtig den gefährlichsten Spannungsherd in Europa und gleicht einem Pulverfaß, an dem sich ein atomarer Weltbrand entzünden kann, der unermeßliches Leid und riesige Zerstörungen über das deutsche Volk und andere Völker bringen würde.
Der Mißbrauch Westberlins, das zum Gebietsbestand der Deutschen Demokratischen Republik gehört, als Brückenkopf der NATO und Instrument der Politik des kalten Krieges sowie als Zentrum der Wühl- und

Agententätigkeit Dutzender ausländischer und deutscher Spionageorganisationen steht im schroffen Widerspruch zu den nationalen Interessen des deutschen Volkes... Bei dem Zugeständnis, auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik eine entmilitarisierte Freie Stadt Westberlin zu errichten, läßt sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vor allem von den Interessen des Friedens leiten. Sie ist der Auffassung, daß ein solches Zugeständnis von den anderen Völkern in diesem Sinne verstanden und anerkannt werden wird. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik geht ferner davon aus, daß ihre Zustimmung zur Schaffung einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin große Bedeutung für die Förderung der Annäherung der beiden deutschen Staaten und die Normalisierung der Lage in Berlin hat..."

(Neues Deutschland, Berlin, 8. Januar 1959.)
(ddz 183/20.)

9. 1. 59: Memorandum der Regierung der DDR zum Status Westberlins

Auf einer internationalen Pressekonferenz übergibt der Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Otto Winzer, der Öffentlichkeit ein Memorandum der Regierung der DDR, das zum Status Westberlins Stellung nimmt. Die Regierung der DDR stellt in ihrem Memorandum fest, daß die drei Westmächte durch ihr Verhalten seit 1945 in Westdeutschland und Westberlin die von ihnen unterzeichneten Vereinbarungen der Anti-Hitler-Koalition und so auch das Vier-Mächte-Abkommen über Westberlin gröblichst verletzt haben. Infolge des rechtswidrig aufrechterhaltenen Besatzungsregimes ist Westberlin zu einem gefährlichen Spannungsherd in Europa geworden. Von Westberlin aus wird der kalte Krieg mit Hilfe zahlreicher Agenten- und Spionageorganisationen organisiert. (Wortlaut s. ddz 183/23.)

19. 1. 59: Zustimmung der Regierung der DDR zum sowjetischen Entwurf eines Friedensvertrages

Die Regierung der DDR überreicht der Regierung der UdSSR eine Antwortnote, in der sie ihre Zustimmung zu dem Vorschlag der UdSSR vom 10. Januar 1959, eine Friedenskonferenz einzuberufen, und zu dem sowjetischen Entwurf eines Friedensvertrages zum Ausdruck bringt:

„...Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt die Initiative der Sowjetregierung zur Schaffung eines echten und lang andauernden Friedenszustandes im Zentrum Europas. Sie stellt mit großer Genugtuung fest, daß die Note und der Friedensvertragsentwurf der Sowjetregierung zugleich die denkbar positivste und konstruktivste Antwort auf die Note der Regierung der DDR vom 4. September 1958 ist, in der den vier Mächten vorgeschlagen wurde, unverzüglich in Beratungen über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland einzutreten..."

(ddz 185/35 [W].)

21. 1. 59: Volkskammer der DDR fordert Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland

Im Zusammenhang mit der Zustimmung zum sowjetischen Ent-

wurf eines Friedensvertrages mit Deutschland fordert die Volkskammer der DDR alle friedliebenden Deutschen auf, sich für den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland einzusetzen. In der gemeinsamen Erklärung aller Fraktionen der Volkskammer der DDR heißt es u. a.:

„... Die Volkskammer wendet sich an die Deutschen in Ost und West und ruft sie auf, die Forderung nach dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unüberhörbar zum Ausdruck zu bringen. Die Volkskammer fordert alle friedliebenden Menschen in beiden deutschen Staaten auf, nicht eher zu ruhen, bis der Friedensvertrag abgeschlossen und eine friedliche Entwicklung für ganz Deutschland gewährleistet ist.

Niemand kann unserem Volk den Friedensvertrag vorenthalten, wenn wir einig und entschlossen auf seinen Abschluß bestehen.

Handeln wir! Für einen demokratischen Friedensvertrag, für Frieden und Sicherheit, für die Konföderation der beiden deutschen Staaten, für die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 22. Januar 1959.)

(ddz 185/36 [W].)

23. 1. 59: Walter Ulbricht über die Bildung einer Konföderation in Deutschland

In einem Interview mit der amerikanischen Nachrichtenagentur United Press International (UPI) erläutert der Erste Sekretär des ZK der SED die Vorschläge des 4. Plenums des ZK der SED vom 15. Januar 1959 über eine Konföderation in Deutschland:

„... Wir haben vor wenigen Tagen auf der 4. Tagung des Zentralkomitees der SED konkrete Vorschläge für die Bildung einer Konföderation zur öffentlichen Diskussion gestellt. Als oberstes Organ der Konföderation könnte ein Gesamtdeutscher Rat aus etwa insgesamt 100 Mitgliedern gebildet werden, die auf paritätischer Grundlage von den Parlamenten beider Staaten bestimmt, respektive gewählt werden. Der Gesamtdeutsche Rat der Konföderation könnte sich dann ein Arbeitsorgan, das Präsidium des Rates, geben. Zur ersten Aufgabe eines solchen Rates würden zweifellos die Beratung über einen Friedensvertragsentwurf gehören, die Teilnahme der Vertreter der Konföderation an der Friedenskonferenz und die Mitunterzeichnung des auf der Friedenskonferenz beschlossenen Friedensvertrages ...

Zum Aufgabenbereich des Gesamtdeutschen Rates würden zum Beispiel solche Fragen gehören: Abschluß von Abkommen mit ausländischen Staaten über die Sicherung der Außenhandelsbeziehungen für die deutsche Konföderation, über die Seeschiffahrt, über den Zugang zu den Weltmärkten, über den Beitritt zu internationalen Organisationen. Insbesondere wird sich natürlich der Gesamtdeutsche Rat der Konföderation vor allem mit der Regelung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik befassen. Dabei gibt es solche Fragen wie die Aufhebung der Militärdienstpflicht in der Bundesrepublik, die Festlegung der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte in beiden deutschen Staaten, die Probleme des innerdeutschen Handels, des Güterverkehrs, der Transportfragen zwischen den beiden deutschen Staa-

ten usw. ... Die Konföderation hätte kein Weisungsrecht gegenüber den Regierungen und Parlamenten der beiden deutschen Staaten, sondern würde nur Empfehlungen geben können. Wenn man sich aber im Rat der Konföderation über einzelne Fragen verständigt hat, ist es wahrscheinlich, daß solche Empfehlungen von den beiden Regierungen und Parlamenten auch akzeptiert werden ..."
(ddz 186/40 [W].)

14. 3. 59: Walter Ulbricht: DDR garantiert Freie Stadt Westberlin

In einem Interview mit dem Chefkorrespondenten des „Daily Express", Sefton Delmer, unterstreicht der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, daß die DDR nicht die Absicht hat, sich in die inneren Angelegenheiten Westberlins einzumischen. Er erklärt:

„... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, sich zu verpflichten, der Freien Stadt Westberlin den ungehinderten Verkehr mit der Außenwelt zur Gewährleistung der gewünschten ökonomischen, kulturellen und anderen Verbindungen zu garantieren, selbstverständlich unter Achtung der Souveränität und der Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik. Ich möchte meine ausdrückliche Erklärung wiederholen, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nicht die Absicht hat, sich in die innere Ordnung Westberlins einzumischen. Wir sind für eine parlamentarisch-demokratische Ordnung in Westberlin. Seine Bürger mögen nach dem Verhältniswahlsystem auf der Basis des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ihre Volksvertretung wählen, ihre Verfassung bestimmen, die allen Bürgern die demokratischen Grundrechte sichert, unabhängig von ihrer politischen Überzeugung, Religion, Nationalität, Parteizugehörigkeit, sozialen Herkunft, des Vermögens oder der gesellschaftlichen Stellung. Wir sind bereit, uns zu verpflichten, alles zu tun, um die Behörden der Freien Stadt Westberlin zu unterstützen und ihnen zu helfen, die Stabilität der Wirtschaft und die Vollbeschäftigung der arbeitsfähigen Bevölkerung der Stadt zu sichern.
Die einzigen Beschränkungen, die wir fordern, sind, daß es in Westberlin kein Besatzungsregime und keine Rüstungsproduktion gibt, daß Westberlin an keinerlei Verträgen oder Bündnissen militärischen oder militärpolitischen Charakters teilnehmen kann, daß die auf Westberliner Boden tätigen Diversions- und Sabotageorganisationen verschwinden. Selbstverständlich müssen in der Freien Stadt Westberlin alle Organisationen und jede Tätigkeit faschistischen, antisemitischen oder sonstigen antidemokratischen Charakters sowie auch die Kriegspropaganda verboten sein. Das alles wird den friedliebenden Bürgern Westberlins nur zum Segen gereichen ..."
(ddz 189/40 [W].)

25. 3. 59: Bereitschaft der DDR zur Teilnahme an Ost-West-Konferenz

Die Regierung der DDR erklärt in einer Note an die Sowjetunion ihre Bereitschaft, an einer Gipfelkonferenz sowie einer Außenministerkonferenz über die Behandlung eines Friedensvertrages mit Deutschland sowie die Lösung der Westberlinfrage teilzunehmen:

„... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unter-

stützt die Vorschläge der Sowjetregierung zur Einberufung einer Konferenz auf der Ebene der Regierungschefs, da sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen die geeignetste Form ist, zu positiven Übereinkommen zu gelangen. Sie erwartet eine Stellungnahme zum Entwurf eines Friedensvertrages und zum Vorschlag, Westberlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt zu verwandeln. Nur eine Konferenz der für die Entscheidung solch bedeutsamer Fragen zuständigen und bevollmächtigten Regierungschefs gibt den Verhandlungen eine aussichtsreiche Perspektive. Die Völker und nicht zuletzt das deutsche Volk verknüpfen mit einem Treffen der Regierungschefs große Hoffnungen im Hinblick auf die Entspannung der Situation in Europa, die Minderung der Kriegsgefahr und die Festigung des Friedens. Bereits das Zustandekommen einer Konferenz auf höchster Ebene würde zu einer Verbesserung in den internationalen Beziehungen führen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, daß eine Gipfelkonferenz zumindest zu einer Einigung in einigen wichtigen Teilfragen führt, darunter zur Vorbereitung einer Friedenskonferenz mit dem Ziel des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Regelung der Westberlinfrage. Da die Frage einer Friedensregelung mit Deutschland nur dann erfolgreich gelöst werden kann, wenn alle Regierungen von der Existenz der beiden deutschen Staaten ausgehen und deren völkerrechtlichen Anspruch auf Teilnahme an Verhandlungen über alle sie betreffenden Fragen anerkennen, müssen an einer solchen Konferenz bei der Behandlung der Lebensfragen des deutschen Volkes Vertreter der beiden deutschen Staaten teilnehmen ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 27. März 1959.)
(ddz 190/30.)

3. 4. 59: Vorschlag zu gemeinsamen Beratungen zwischen SED und SPD

In einem Brief an den Parteivorstand der SPD und an alle sozialdemokratischen Organisationen und Mitglieder schlägt das Zentralkomitee der SED unter Bezugnahme auf den „Deutschlandplan" der SPD vom 19. März 1959 gemeinsame Beratungen zwischen beiden Parteien zur Lösung der nationalen Fragen vor.

In dem Brief heißt es u. a.:

„... Angesichts der hohen Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse für die Sicherung des Friedens und die nationale Zukunft Deutschlands ist es bei der Entwicklung der Ereignisse vor der Gipfelkonferenz und vor der Friedenskonferenz nützlich, daß offizielle Besprechungen zwischen Vertretern des ZK der SED und dem Parteivorstand der SPD über die von beiden Parteien veröffentlichten Vorschläge stattfinden. Es ist leichter, in direkter Aussprache Fragen zu klären, Mißverständnisse zu beseitigen, um sich in der gegenwärtigen Hauptfrage, der Sicherung des Friedens, näherzukommen und die nächsten beiderseitigen Maßnahmen zu besprechen.

Die Vorschläge der DDR für einen Friedensvertag und eine Konföderation der beiden deutschen Staaten mit dem Ziel der Wiedervereinigung und der ‚Deutschlandplan' der SPD

lassen erkennen, daß eine Zusammenarbeit in diesen Fragen der unmittelbaren Sicherung des Friedens möglich ist und der deutschen Arbeiterklasse und dem deutschen Volke dient ..."
(Neus Deutschland, Berlin, 5. April 1959.)
(ddz 189/33.)

8. 4. 59: DDR schlägt gemeinsame Beratung beider deutscher Staaten zur Genfer Konferenz vor

Anläßlich der bevorstehenden Genfer Konferenz der Außenminister (11. Mai — 20. Juni und 13. Juli — 5. August 1959) wendet sich der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, in einem Brief an Adenauer. Otto Grotewohl schlägt im Namen der Regierung der DDR vor, daß beide deutsche Staaten sich einen gemeinsamen Standpunkt für die Verhandlungen in Genf erarbeiten:

„... Ich schlage Ihnen, Herr Bundeskanzler, vor, daß Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik — unter Zurückstellung aller formalen Bedenken — unverzüglich gemeinsam beraten, um eine Übereinstimmung in der Haltung der beiden deutschen Regierungen zur Frage des Friedensvertrages zu erreichen. Das deutsche Volk würde es niemals verstehen, wenn Ihre Regierung zwar mit den Regierungen fremder Mächte über die deutschen Lebensfragen verhandelt, Verhandlungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik jedoch weiterhin ablehnt ..."
(ddz 189/32 [W].)

16. 4. 59: Regierungserklärung der DDR zur Außenministerkonferenz in Genf

Auf der 5. Tagung der Volkskammer der DDR legt Ministerpräsident Otto Grotewohl den Standpunkt der Regierung der DDR zur bevorstehenden Konferenz der Außenminister in Genf dar. Otto Grotewohl stellt fest, daß es ein unmittelbares Ergebnis der Friedensinitiative der DDR und der UdSSR ist, daß die Vertreter beider deutscher Staaten an der Konferenz teilnehmen können. Von seiten der Regierung der DDR wurde eine Delegation benannt, die die deutschen Interessen auf der Konferenz wahrnehmen soll. Die Regierungserklärung weist nochmals darauf hin, daß eine vorherige Verständigung der Vertreter beider deutscher Staaten notwendig ist. In einer gemeinsamen Entschließung aller Fraktionen der Volkskammer der DDR wird vorgeschlagen, daß noch vor dem Beginn der Genfer Verhandlungen Vertreter der beiden deutschen Parlamente zusammentreffen:

„... Die Volkskammer hält es darüber hinaus im Interesse des gesamten deutschen Volkes für notwendig und möglich, daß Vertreter beider deutscher Parlamente noch vor der Genfer Außenministerkonferenz zusammentreffen, um über gemeinsame Maßnahmen, die der Sicherung des Friedens dienen, und über die nächsten Schritte zur Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten, deren Ziel die Wiedervereinigung Deutschlands ist, zu beraten."
(ddz 190/33 [W].)

22. — 23. 5. 59: 5. Plenum des ZK der SED unterbreitet Vorschläge zur Beseitigung der Kriegsgefahr auf deutschem Territorium

Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, unterbreitet auf dem 5. Plenum des ZK der SED neue Entspannungsvorschläge für die Genfer Verhandlungen: Einstellung aller Kernwaffenexperimente, Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomrüstung und Stationierung von Raketenbasen, Vereinbarung über die Beschränkung der militärischen Kräfte beider deutscher Staaten, Vereinbarung über den schrittweisen Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland, friedliche Regelung über Westberlin durch Verwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt und Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den NATO-Staaten und den Warschauer Vertragsstaaten. Darüber hinaus schlägt Walter Ulbricht den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen beiden deutschen Staaten vor. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 24. Mai 1959.)

28. 5. 59: Schreiben Walter Ulbrichts an Adenauer über Abschluß eines Nichtangriffspakts

Der amtierende Ministerpräsident Walter Ulbricht unterbreitet in einem Schreiben an den westdeutschen Bundeskanzler Adenauer den Vorschlag, zwischen beiden deutschen Staaten einen Nichtangriffspakt abzuschließen und die Genfer Delegation der beiden deutschen Staaten mit der Vorbereitung des Vertrages zu beauftragen:

„... Angesichts der Gefahr eines Bruderkrieges auf deutschem Boden und seiner unausbleiblichen Ausweitung zu einem atomaren Weltkrieg unterbreitet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Deutschen Bundesrepublik den Vorschlag, zwischen beiden deutschen Staaten einen Nichtangriffsvertrag abzuschließen. Ein solcher Vertrag würde davon ausgehen, daß die gegenwärtige Zugehörigkeit beider deutscher Staaten zu den bestehenden militärischen Koalitionen nicht berührt wird.

Im Mittelpunkt dieses Vertrages sollte der feierliche Verzicht auf jede Art von Gewaltanwendung und Drohung mit Gewalt in den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik sowie die Verpflichtung stehen, alle bestehenden und auftretenden Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln im Geiste der Verständigung zu regeln und keinem Gewaltakt oder seiner Vorbereitung Unterstützung zu geben ...“

(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 85 [W].)

10. 6. 59: Für gesamtdeutsche Kommission

Außenminister Dr. Lothar Bolz unterstützt in Genf die neuen Vorschläge der Sowjetunion, die in Abstimmung mit der DDR der Genfer Konferenz durch Außenminister Gromyko unterbreitet wurden. Dr. Bolz begründet die Vorschläge und erklärt, daß sie ein weiteres Entgegenkommen der Sowjetunion und der DDR darstellen, um jede Möglichkeit zu nutzen, eine Verständigung der Konferenzteilnehmer zu erzielen.

Die neuen Vorschläge sehen vor:

„...1. Bildung einer paritätisch zusammengesetzten Kommission aus Vertretern beider deutscher Staaten mit folgenden Aufgaben:
a) Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten zu fördern;
b) Maßnahmen zur Wiedervereinigung Deutschlands auszuarbeiten;
c) Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Deutschland zu beraten;
d) die Kommission soll binnen Jahresfrist das Ergebnis ihrer Tätigkeit bekanntgeben.
2. Vereinbarung über eine für ein Jahr befristete Interimslösung für Westberlin, falls die Westmächte nach wie vor die Schaffung einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin ablehnen. Nach dieser Interimslösung sollen die Truppen der Westmächte für die Übergangszeit eines Jahres noch in Westberlin verbleiben können unter folgenden Bedingungen:
a) daß ihre Zahl auf eine symbolische Mindeststärke reduziert wird;
b) daß die feindliche Propaganda gegen die DDR und andere sozialistische Länder von Westberlin aus eingestellt wird;
c) daß alle in Westberlin bestehenden Organisationen, die Spionage und Wühltätigkeit gegen die DDR und andere sozialistische Länder betreiben, aufgelöst werden;
d) daß die Westmächte sich verpflichten, in Westberlin keine Atom- und Raketenwaffen zu stationieren.
Die Einhaltung des provisorischen Status soll durch einen Viermächte-Ausschuß kontrolliert werden ..."
(ddz 194/38 [W].)

19. 6. 59: DDR unterbreitet Entwurf eines Nichtangriffsvertrages zwischen der DDR und der Bundesrepublik

Die DDR überreicht durch Außenminister Dr. Lothar Bolz in Genf den Entwurf eines Nichtangriffsvertrages an den westdeutschen Außenminister von Brentano und ergreift damit die Initiative, um einen konstruktiven Beitrag zur Außenministerkonferenz zu leisten. Der Vertragsentwurf sieht vor, daß beide deutsche Staaten sich in ihren Beziehungen jeder Drohung und Anwendung von Gewalt enthalten, daß sie die Verpflichtung übernehmen, die territoriale Integrität und Souveränität des Vertagspartners zu achten sowie die Wiedervereinigung Deutschlands ausschließlich mit friedlichen Mitteln anzustreben. Alle entstehenden Streitfragen sollen im Geiste der gegenseitigen Verständigung auf dem Wege von Verhandlungen oder mit anderen friedlichen Mitteln gelöst werden. (Wortlaut s. ddz 194/39).

27. 6. 59: Walter Ulbricht über die Sicherung des Friedens im Ostseeraum

Anläßlich der Eröffnung der Ostseewoche erklärt der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, in Rostock:
„...Die Deutsche Demokratische Republik wiederholt feierlich ihr Angebot vom September 1957 an alle Ostseestaaten und Norwegen und schlägt erneut vor, daß alle Staaten in bilateralen oder multilateralen Abkommen über Nichtangriff, kulturellen und wirtschaftlichen Austausch ihre Bereitschaft zur Erhaltung und Sicherung des

Friedens in der Ostsee bekunden ..."
(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung, Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 90 [A].)

8. 8. 59: Stellungnahme zum Verlauf der Genfer Konferenz: DDR nach wie vor für Verhandlungen

Die Genfer Außenministerkonferenz wurde vom 20. Juni bis 13. Juli 1959 unterbrochen. In der zweiten Phase der Konferenz, die bis zum 5. August 1959 dauerte, setzte sich die DDR unermüdlich für die Bildung einer gesamtdeutschen Kommission und für eine Zwischenlösung der Westberlinfrage ein. Die Konferenz endete am 5. August ohne Ergebnisse, da die Westmächte und das westzonale Regime hartnäckig ein Übereinkommen ablehnten. In einer Stellungnahme zum Verlauf der Genfer Außenministerkonferenz betont die Regierung der DDR ihre Bereitschaft, weitere Verhandlungen zur Lösung der Probleme zu führen.

In der Erklärung heißt es:

„... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik tritt mit allem Nachdruck dafür ein, daß die mit der Genfer Sechsmächtekonferenz eingeleiteten Verhandlungen fortgesetzt werden, um eine Verständigung zwischen Ost und West zu erwirken.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vertritt auch weiterhin die Auffassung, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, die Regelung der Westberlinfrage, die Bildung eines gesamtdeutschen Ausschusses und der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland Probleme von erstrangiger Bedeutung für die Sicherung des Friedens und die Wiedervereinigung Deutschlands sind."
(Neues Deutschland, Berlin, 9. August 1959.)
(ddz 198/37.)

21. 8. 59: Noten der Regierung der DDR gegen westdeutsche Atomrüstung

Die Regierung der DDR nimmt in Noten an die Regierung der USA und an die Bundesrepublik gegen ein Abkommen zwischen den USA und Westdeutschland Stellung, das die Gewährung von Informationen an Westdeutschland über die Anwendung der Kernenergie für militärische Zwecke und die Ausbildung der westdeutschen Streitkräfte an atomaren Waffen vorsieht. Die Regierung der DDR macht in ihren Noten auf die Gefahren aufmerksam, die sich daraus für die Erhaltung des Friedens und die weitere Vertiefung der Spaltung Deutschlands ergeben.

In der Note an die USA heißt es u. a.:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik betrachtet mit großer Besorgnis den Abschluß des Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Deutschen Bundesrepublik über die Gewährung von Informationen an die Deutsche Bundesrepublik hinsichtlich der Anwendung der Kernenergie für militärische Zwecke sowie über die Unterstützung der Ausbildung der westdeutschen Streitkräfte an atomaren Waffen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat wiederholt auf die außerordentlichen Gefahren für die Erhaltung des Friedens hingewiesen, die mit der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands verbunden sind. Das erwähnte Abkommen ist ein wichtiges Glied in der Kette der Maßnahmen, mit deren Hilfe die Deutsche Bundesrepublik in die Lage versetzt werden soll, die Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erhalten.

Diese Entwicklung ist um so gefährlicher, als damit die gleichen Generale und Offiziere, die die faschistischen Armeen bei ihren Überfällen auf die europäischen Völker — nachdem sie die Pläne für diese Überfälle ausgearbeitet hatten — befehligten und die heute wieder die führenden Kommandoposten in der westdeutschen Armee einnehmen, nukleare Massenvernichtungsmittel in ihre Gewalt bekommen ...

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik weist die Regierung der Vereinigten Staaten darauf hin, daß die mit ihrer Hilfe durchgeführte atomare Aufrüstung Westdeutschlands eine grobe Verletzung des Potsdamer Abkommens darstellt.

Die Regierung der Vereinigten Staaten kann sich der Verantwortung für diese Verletzung, die mit den von ihr übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Verhinderung neuer von deutschem Boden ausgehender Aggressionen in völligem Widerspruch stehen, nicht entziehen. Die von ihr zu jenen Bestimmungen der Pariser Verträge abgegebenen Erklärungen, die formell der westdeutschen Aufrüstung eine gewisse Grenze setzen, stehen im schroffen Gegensatz zu ihren Maßnahmen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält es für ihre Pflicht, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf die unheilvollen Folgen aufmerksam zu machen, die sich aus dem Abschluß und der Verwirklichung des genannten Abkommens ergeben. Indem die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Atomaufrüstung Westdeutschlands unterstützt, trägt sie dazu bei, die Gefahren, die vom wiedererstandenen deutschen Militarismus in der Bundesrepublik ausgehen und die auch die Völker der westeuropäischen Länder bedrohen, zu verstärken ...

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erachtet es für notwendig, besonders darauf hinzuweisen, daß die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik die Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten weiter vertieft und verhindert, daß die Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat wiederhergestellt wird. Sie unterstreicht nachdrücklich, daß eine Vereinigung zwischen der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik und der in den atomar gerüsteten Brückenkopf der NATO verwandelten Deutschen Bundesrepublik unmöglich ist.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik richtet daher an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika den dringenden Appell, von allen Maßnahmen abzusehen, die die atomare Aufrüstung der Deutschen Bundesrepublik unterstützen ..."

(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung.

Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 90 — 92 [W].)

1. 10. 59: Acht-Punkte-Vorschlag zur Abrüstung und Verständigung

Die Volkskammer der DDR begrüßt auf ihrer 7. Sitzung die Vorschläge der UdSSR für eine vollständige und allgemeine Abrüstung. Die Volkskammer wendet sich zugleich in einem Appell an den westdeutschen Bundestag und unterbreitet einen Acht-Punkte-Vorschlag zur Abrüstung und Verständigung in Deutschland:

„...

1. Beide deutsche Staaten treten für die sofortige Beendigung aller Kernwaffenversuche für alle Zeiten ein und werden selbst keine derartigen Versuche durchführen. Sie verpflichten sich, in keiner wie immer gearteten Form an Kernwaffenversuchen anderer Staaten teilzunehmen oder sie zu befürworten.

2. Beide deutsche Staaten verzichten auf Atomrüstung. Sie verpflichten sich, keine Kernwaffen, chemischen und biologischen Waffen auf ihrem Territorium oder anderswo herzustellen oder sich an ihrer Herstellung zu beteiligen. Sie verzichten darauf, solche Waffen auf irgendeine Weise von anderen Staaten zu erwerben. Beide deutsche Staaten erklären ihre Bereitschaft, an der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa teilzunehmen.

3. Beide deutsche Staaten vereinbaren einen sofortigen Rüstungsstopp. Sie einigen sich über den Umfang einer anschließend durchzuführenden Verringerung der Streitkräfte und Rüstungen und die verbleibende Stärke der Streitkräfte

und Rüstungen sowie über den Standort.
Beide deutsche Staaten verzichten auf die Wehrpflicht und verpflichten sich, die Auffüllung ihrer Streitkräfte nur auf freiwilliger Grundlage vorzunehmen.
Beide deutsche Staaten betrachten die Beschränkung ihrer Streitkräfte als einen Beitrag zur allgemeinen Abrüstung.

4. Beide deutsche Staaten setzen sich für den etappenweisen Abzug der auf ihrem Territorium stationierten Streitkräfte dritter Staaten ein. Im Zusammenhang mit dem Abzug der ausländischen Streitkräfte werden auch die ausländischen Militärstützpunkte auf deutschem Boden beseitigt.

5. Beide deutsche Staaten unterstützen den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen den Staaten der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages.

6. Beide deutsche Staaten verpflichten sich, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um auf ihrem Territorium jede Form der Kriegspropaganda, das Erheben von territorialen Forderungen gegenüber anderen Staaten und die Schürung des Hasses gegen andere Völker zu unterbinden.

7. Beide deutsche Staaten vereinbaren die Bildung eines paritätisch zusammengesetzten deutschen Ausschusses aus Vertretern beider Regierungen, der folgende Aufgaben erfüllen sollte:
a) Behandlung von Fragen, die mit der Vorbereitung und dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zusammenhängen.
b) Erweiterung und Entwicklung von Kontakten zwischen den beiden deutschen Staaten.

c) Schaffung der Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands.

8. Zur Kontrolle über die Durchführung der im gesamtdeutschen Ausschuß vereinbarten Maßnahmen wird vorgesehen, daß eine Kontrolle organisiert wird, der Vertreter beider deutscher Regierungen, der Parlamente, der Parteien, der Gewerkschaften und anderer demokratischer Organisationen angehören. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik würde es begrüßen, wenn alle diese Vorschläge verwirklicht werden könnten, ist aber auch bereit, zunächst über einzelne der dargelegten Vorschläge oder über Vorschläge, die dem gleichen Zweck dienen, zu verhandeln.

Die Volkskammer gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das große Friedensprogramm der Sowjetunion vom ganzen deutschen Volk unvoreingenommen und gründlich studiert wird und daß sich ein offener Meinungsaustausch über die Schritte zur Entspannung der Lage durch den Rüstungsstopp in Deutschland entwickelt."

(Neues Deutschland, Berlin, 2. Oktober 1959.)
(ddz 203/26.)

2. 12. 59: Entschließung der Volkskammer für Abrüstung und Gipfelkonferenz

In einer Entschließung unterstützt die Volkskammer der DDR den Friedensappell des Obersten Sowjets vom 31. Oktober 1959 an alle Parlamente der Welt. Gleichzeitig wendet sich die Volkskammer an den westdeutschen Bundestag, den sowjetischen Friedensappell mit einem eigenen deutschen Beitrag zur Abrüstung zu unterstützen sowie für eine Gipfelkonferenz unter Hinzuziehung beider deutscher Staaten einzutreten.

In der Entschließung heißt es:

„... Die Abrüstung würde dem deutschen Volk eine friedliche Zukunft sichern; die Volkskammer hält es für eine unausweichliche Verpflichtung des deutschen Volkes, einen eigenen Beitrag zur Abrüstung zu leisten. Die Volkskammer verweist erneut auf ihr Acht-Punkte-Programm an den westdeutschen Bundestag sowie die Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Westdeutschlands. Die DDR unterstützt den Gedanken der Einberufung eines Treffens der Regierungschefs, weil es am geeignetsten erscheint, um zu Vereinbarungen über die zur Lösung herangereiften strittigen internationalen Fragen zu gelangen.

Wir erwarten, daß die Gipfelkonferenz vorrangig die Abrüstungsfrage sowie die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland behandelt und in Verbindung damit die anomale Lage in Westberlin beseitigt. Wir gehen davon aus, daß auf der Gipfelkonferenz alle Deutschland betreffenden Fragen nur unter Hinzuziehung der Vertreter beider deutscher Staaten erörtert werden."

(Neues Deutschland, Berlin, 3. Dezember 1959.)

22. 1. 60: Nationalrat fordert Volksabstimmung gegen Atombewaffnung und für Rüstungsstopp

Angesichts der ständig anwachsenden Atomkriegsgefahr von westdeutschem Boden aus richtet der

Nationalrat der Nationalen Front einen Appell an alle Deutschen, in dem erklärt wird:

„... Wir wenden uns deshalb an alle Deutschen in Ost und West!... Beweist, daß auch das deutsche Volk für Abrüstung, Frieden und Verständigung ist!

Beweist, daß der Appell des Obersten Sowjets zu Abrüstung und Frieden nicht nur in der DDR, sondern auch in der Bundesrepublik die aktive Unterstützung unseres Volkes findet.

Deshalb fordern wir feierlich vor aller Welt das Recht auf Selbstbestimmung des deutschen Volkes auch in Westdeutschland!

Wir fordern eine Volksabstimmung gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr und für einen sofortigen Rüstungsstopp in ganz Deutschland!"

(ddz 209/48 [W].)

23. 1. 60: Walter Ulbricht gegen westdeutsche Atomkriegsvorbereitungen

In einem Brief an den Vorsitzenden der CDU/CSU in Westdeutschland, Dr. Konrad Adenauer, entlarvt Walter Ulbricht die Atomkriegsvorbereitungen Bonns. Eindringlich weist er darauf hin, daß ein atomarer Krieg in Deutschland zur Vernichtung der Mehrheit des deutschen Volkes führen würde und appelliert an die Vernunft der westdeutschen Politiker. Unter anderem erklärt Walter Ulbricht:

„... Die aggressiven imperialistischen und militaristischen Pläne, die von Ihnen, Ihrer Regierung und Ihrem Generalstab verfolgt werden, bedrohen die nationale Zukunft des deutschen Volkes.

Es ist mir völlig unbegreiflich, wie Sie glauben können, mit einer solchen aggressiven Politik zu irgendeinem Erfolg zu kommen. Die herrschenden Kreise Deutschlands haben unser Volk in zwei Kriegskatastrophen gestürzt. Ist es nicht offenkundig, daß Deutschland niemals auf dem Wege der Gewalt und des Krieges vorwärtskommen kann? Ich sagte Ihnen schon, daß uns Ihre Pläne wohlbekannt sind und daß nicht nur die DDR, sondern auch unsere Verbündeten die notwendigen Sicherungsmaßnahmen treffen. Da Sie anscheinend die Warnungen der Sowjetregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nicht hören wollten und unseren Friedenswillen falsch auffassen, möchte ich Ihnen in aller Öffentlichkeit sagen: Wenn die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik nicht in kurzer Frist die Atomrüstung einstellt und den Rüstungsstopp durchführt, wird die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gezwungen sein, entsprechende Abwehrmaßnahmen zu treffen, und ihre Verbündeten ersuchen, ihr Raketenwaffen zur Verfügung zu stellen. Sie treiben uns durch die Atomkriegsrüstung und Revanchepolitik direkt in eine Lage, Schutzmaßnahmen treffen zu müssen..."

(ddz 209/43 [W].)

28. 1. 60: Für Aufnahme von Verhandlungen über ein nationales Kompromiß

Auf einer internationalen Pressekonferenz unterbreitet der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, der westdeutschen Regierung den Vorschlag, innerhalb

von 14 Tagen Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden deutschen Regierungen über die Einstellung des kalten Krieges, über den Verzicht auf die Atomrüstung und den Rüstungsstopp in Deutschland zu beginnen. In der Erklärung Walter Ulbrichts heißt es:

„... Heute, wo Militaristen und Faschisten in Westdeutschland dabei sind, die politische Entwicklung zu bestimmen, um unsere Heimat ein drittes Mal in eine Katastrophe zu stürzen, wenden wir uns in patriotischer Verantwortung an alle friedliebenden Deutschen, an alle Parteien und Organisationen, sich zu verständigen, ein nationales Kompromiß zu schließen, ein Kompromiß der Friedenskräfte gegen die Kräfte des Militarismus und Faschismus. Wir schlagen Herrn Adenauer vor, die große Chance, die die Vorbereitung der Gipfelkonferenz für eine Entspannung auch in Deutschland bietet, zu nutzen. Ich schlage vor, daß zwischen den Vertretern der Regierung der Bundesrepublik in Bonn und der Regierung der DDR in Berlin innerhalb von 14 Tagen die Verhandlungen beginnen über die Einstellung des kalten Krieges, über den Verzicht auf die Atomrüstung in Deutschland, über den Rüstungsstopp, über den Verzicht auf Raketenstützpunkte, über einen Nichtangriffspakt sowie über die Stärke und Stationierung der beiderseitigen Streitkräfte. Wir verstehen unter Nichtangriffspakt eine vertragsmäßige Vereinbarung, daß beide deutsche Staaten auf Gewaltanwendung gegeneinander verzichten und alles tun, um eine friedliche Lösung der deutschen Frage herbeizuführen. Wir ersuchen Herrn Dr. Adenauer als Vorsitzenden der CDU/CSU, diese Vorschläge ernst zu prüfen. Wir haben keinerlei Vorschläge gemacht, die sich auf Weltanschauungen oder die politischen Ziele der Parteien beziehen, sondern lediglich Vorschläge, die vom Standpunkt der nationalen Interessen unseres Volkes von jeder Partei, die als eine deutsche Partei betrachtet zu werden wünscht, als Grundlage für Verhandlungen angenommen werden können ...“

(Neues Deutschland, Berlin, 29. Januar 1960.)
(ddz 109/3.)

29. 1. 60: Protest der DDR gegen Bonner Provokationen in Westberlin

Angesichts der fortgesetzten Provokationen der westdeutschen Regierung in Westberlin richtet die Regierung der DDR an die Westmächte Noten, in denen sie gegen die Versuche Bonns, Westberlin in den Bonner Staat einzuverleiben, protestiert. In ihren Noten macht sie die Westmächte auf das völkerrechtswidrige Verhalten der westdeutschen Regierung aufmerksam und fordert die friedliche Lösung des Westberlinproblems:

„... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erblickt in dem Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und in der Bildung einer Freien Stadt Westberlin den geeigneten Weg, um die Frontstadtatmosphäre in Westberlin zu beseitigen und in Westdeutschland und in Westberlin eine friedliche Entwicklung zu ermöglichen ...“

(ddz 209/47 [W].)

17. 4. 60: Deutschlandplan des Volkes

Von dem Gedanken ausgehend, daß die Arbeiterklasse die Hauptkraft ist, um die Atomkriegs- und Revanchepläne des deutschen Militarismus zu vereiteln, richtet das ZK der SED einen Offenen Brief an die Führung der westdeutschen Sozialdemokratie und die Arbeiterschaft Westdeutschlands.

Im „Deutschlandplan des Volkes" zeigt die SED, daß es nur eine wirkliche Alternative zu den Atomkriegsplänen der Bonner Ultras und zur ständigen Vertiefung und Versteinerung der Spaltung Deutschlands gibt:

„... Die Arbeiter in Ost und West verständigen sich und erreichen durch ihren gemeinsamen Kampf die Verständigung der beiden deutschen Staaten. Durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten werden endgültig die Reste des zweiten Weltkrieges liquidiert. Dem dritten Weltkrieg wird ein Riegel vorgeschoben. Der westdeutsche Militarismus wird ausgeschaltet. Die Verständigung der deutschen Arbeiter in Ost und West und der beiden deutschen Staaten erfolgt auf der Grundlage des nationalen Kompromisses, der nicht nur für die Arbeiter in Westdeutschland und in der DDR, sondern auch für die anderen Klassen und Schichten der Bevölkerung bis hinein in die Kreise der westdeutschen Bourgeoisie annehmbar ist. Das ist der einzig mögliche Deutschlandplan jedes vernünftigen und verantwortungsbewußten Deutschen. Er ist der Deutschlandplan des Volkes ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 17. April 1960.)
(ddz 214/37 [W].)

22. 4. 60: Aufruf des Nationalrats zum offenen deutschen Gespräch

Das Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front wendet sich in einem Aufruf zum Deutschlandplan des Volkes an das ganze deutsche Volk:

„... Im Namen der gesamten Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich das Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, wenden sich alle Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die diesen Appell unterschrieben haben, an Sie.

Lassen Sie uns gemeinsam die vernünftigen Vorschläge zur Rettung der deutschen Nation, die im Deutschlandplan des Volkes gemacht werden, in einem großen offenen Gespräch in ganz Deutschland weiter verbreiten und vertiefen. Lassen Sie sich nicht länger belügen und einschüchtern! Folgen Sie der Stimme Ihres nationalen Gewissens! Schreiben Sie Ihren Zeitungen, treten Sie in den Versammlungen und Tagungen für die Verständigung der Deutschen ein, kämpfen Sie für Deutschland! Wählen Sie Delegationen und kommen Sie zu uns! Wir werden Sie mit offenen Armen empfangen. Empfangen auch Sie Delegationen unserer Organisationen und Parlamente! ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 23. April 1960.)
(ddz 214/43.)

11. 5. 60: Volkskammer fordert Zwischenlösung für Westberlin

Anläßlich der bevorstehenden Pariser Gipfelkonferenz fordert die Volkskammer der DDR in einer Entschließung aller Fraktionen die Beseitigung des Gefahrenherdes Westberlin durch eine Zwischenlösung:

„... Die Beseitigung des Gefahrenherdes Westberlin steht auf der Tagesordnung. Die Gipfelkonferenz kann nicht an der Notwendigkeit von Schritten zur Minderung der von Westberlin ausgehenden Gefahr vorübergehen. Ob mit Zwischenlösung oder ohne, die Verwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt ist unumgänglich. Eine Zwischenlösung muß zumindest gewährleisten, daß Westberlin nicht mehr für Sabotage- und Störtätigkeit aller Art gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere Staaten mißbraucht werden kann, keine Atom- und Raketenwaffen in Westberlin aufgestellt oder gelagert, die westlichen Okkupationstruppen schrittweise reduziert werden und daß das Besatzungsregime abgebaut wird ..."

(ddz 215/39 [W].)

6. 6. 60: DDR protestiert gegen Rekrutenaushebung in Westberlin

Gegen die Rekrutenaushebung für die Bonner Bundeswehr in Westberlin protestiert die Regierung der DDR in Noten an die Westmächte. In der Note an die Regierung der USA wird festgestellt:

„... Die Einbeziehung von Bewohnern Westberlins in die westdeutsche Aufrüstung zielt darauf ab, eine friedliche Lösung der Westberlinfrage auf dem Wege von Verhandlungen zu erschweren und schließlich unmöglich zu machen, und verschärft die sich aus der anomalen Lage in Westberlin ergebenden Gefahren für den Frieden Europas außerordentlich. Angesichts der Anwesenheit westlicher Besatzungstruppen in Westberlin und der Aufrechterhaltung eines Besatzungsregimes verstärken solche Machenschaften der deutschen Militaristen auch die Gefahr, daß die Völker der westlichen Länder durch die Provokationen der westdeutschen Militaristen in einen Krieg hineingezogen werden ..."

(ddz 218/40 [W].)

16. 6. 60: Appell des Ministerrates zur Abrüstung und Entspannung

Am 3. Juni 1960 unterbreitete die Regierung der UdSSR allen Regierungen erneut Vorschläge für eine vollständige und allgemeine Abrüstung. In einer Erklärung begrüßt der Ministerrat der DDR die neuen Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion und ruft alle Menschen in beiden deutschen Staaten auf, die neue Friedensinitiative der Sowjetregierung im Interesse einer Entspannung in Deutschland zu unterstützen.

In der Erklärung heißt es:

„... Die Durchführung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung entspricht zutiefst den nationalen Interessen des deutschen Volkes. Sie würde die erneute Bedrohung des Friedens durch die militaristische und revanchistische Politik der herrschenden Kreise Westdeutschlands beseitigen und entscheidend dazu beitragen, die Voraussetzungen für die Überwindung der Spaltung Deutschlands zu schaffen ...

Regierung und Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik haben den verantwortlichen Orga-

nen Westdeutschlands wiederholt vorgeschlagen, gemeinsam auf die Atomrüstung zu verzichten, sich über den Bestand der militärischen Kräfte beider deutscher Staaten und über den gemeinsamen Kampf für die allgemeine und vollständige Abrüstung zu verständigen sowie ein Abkommen über den Verzicht auf Gewaltanwendung abzuschließen. Die Verwirklichung dieser Vorschläge liegt sowohl im nationalen Interesse des deutschen Volkes wie im Interesse des Weltfriedens ... Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik appelliert an alle am Frieden interessierten Menschen in ganz Deutschland, alle ihre Kräfte zur Verwirklichung der von der Sowjetunion vorgeschlagenen Maßnahmen zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung einzusetzen, die Bemühungen zur Abrüstung und Entspannung in Deutschland zu unterstützen und die aggressiven Absichten der westdeutschen Militaristen zunichte zu machen."

(Neues Deutschland, Berlin, 17. Juni 1960.)
(ddz 218/11.)

6. 7. 60: DDR wendet sich gegen aggressive Politik Bonns im Ostseeraum

In Noten an die Regierungen der Anliegerstaaten im Ostseeraum macht die Regierung der DDR auf die Bestrebungen des westdeutschen Militarismus, die westdeutsche Kriegsmarine mit Raketen- und Kernwaffen auszurüsten, aufmerksam. Sie wendet sich insbesondere an die Staaten (Norwegen, Dänemark), die die aggressive Politik des westdeutschen Militarismus im Ostseeraum erleichtern, indem sie ihm Militärbasen und Häfen zur Verfügung stellen. In diesem Zusammenhang unterbreitet die DDR den Vorschlag, Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit bzw. Nichtangriff abzuschließen:

„... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erneuert ihre Bereitschaft zum Abschluß von zwei- oder mehrseitigen Verträgen über Freundschaft und Zusammenarbeit beziehungsweise Nichtangriff, um den Frieden im Ostseeraum zu festigen und die Ostsee zu einem Meer des Friedens zu machen. Sie glaubt, daß dies ein wirksamer Weg wäre, die Kriegsgefahr im Ostseeraum zu vermindern und die Voraussetzungen für ein gedeihliches Zusammenwirken aller Ostseeländer zu schaffen ..."

(ddz 220/35 [W].)

16. 7. 60: Offener Brief des ZK der SED an Mitglieder, Funktionäre und Freunde der SPD

Das Zentralkomitee der SED wendet sich in einem Offenen Brief an alle Mitglieder, Funktionäre und Freunde der SPD, in dem angesichts der völligen Kapitulation der rechten SPD-Führung vor der antinationalen Politik der Adenauer-Regierung nochmals zu den Grundfragen der deutschen Nation Stellung genommen wird.

In dem Brief heißt es u. a.:

„... Nachdem die USA sowie Finanzkapital und Militaristen in Westdeutschland Deutschland gespalten haben, nachdem sich zwei grundverschiedene gesellschaftliche Systeme in beiden deutschen Staaten herausgebildet haben, kann einzig und allein durch eine Konföderation die allmähliche friedliche Wiederver-

einigung herbeigeführt werden. Wir sagen unmißverständlich: Konföderation bedeutet, daß zunächst friedliche Verhältnisse in ganz Deutschland geschaffen, das heißt die Atomrüstung rückgängig gemacht, der Militarismus beseitigt, ein Friedensvertrag abgeschlossen und ein gesamtdeutscher paritätischer Ausschuß gebildet werden. Die sozialistische Deutsche Demokratische Republik und die kapitalistische Bundesrepublik werden auf ausschließlich friedlichem Wege miteinander wetteifern ...

Jeder sozialdemokratische Genosse möge selbst urteilen, ob das zum Nutzen oder zum Schaden der Arbeiterklasse und des Volkes ist. Was wäre denn schlecht daran, wenn die SED, die SPD, die KPD, der FDGB und der DGB, die die große Mehrzahl der Bevölkerung Deutschlands bilden, durch eine normale, freundschaftliche Zusammenarbeit einen entscheidenden Einfluß auf die künftige Gestaltung eines einheitlichen, demokratischen und friedlichen Deutschland gewinnen? Im Deutschlandplan des Volkes haben wir der Arbeiterschaft Westdeutschlands und allen friedliebenden demokratischen Kräften einen solchen nationalen Ausweg vorgeschlagen ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 16. Juli 1960.)

(ddz 219/38.)

19. 7. 60: Für ein neutrales Deutschland

Auf einer internationalen Pressekonferenz enthüllt der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, weitere Einzelheiten über die von Bonn betriebenen Kriegsvorbereitungen und schlägt die Neutralität für ganz Deutschland vor:

„... Die Hauptaufgabe ist, den Adenauer und Strauß die Entfachung eines dritten Weltkrieges unmöglich zu machen und alles zu tun, damit Westdeutschland nicht weiter der militärische Überseestützpunkt der USA bleibt; denn das bedeutet ständige Lebensgefahr für unser Volk. Welche Politik wird zum Guten führen? Die Rückgängigmachung der Atomrüstung in Westdeutschland; die Abrüstung; die Wiederherstellung der Souveränität Westdeutschlands; die Herstellung des Selbstbestimmungsrechts des Volkes durch Austritt aus der NATO und Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte; die Beschreitung des Weges der Verständigung durch Verhandlungen der beiden deutschen Staaten und Bildung eines gesamtdeutschen paritätischen Ausschusses; der Abschluß eines Friedensvertrages und die Verwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt. Einfach ausgedrückt:

Wir wollen ein neutrales Deutschland! In einem Deutschland, dessen Neutralität durch die Sowjetunion und die USA bestätigt wird, könnte unser Volk in Frieden leben. Jeder kann sich selbst ausrechnen, welchen Wohlstand unser Volk erreichen könnte, wenn es nicht mehr die Militärlasten zu tragen hat ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 20. Juli 1960.)

30. 8. 60: Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gegen den Mißbrauch Westberlins für Kriegs- und Revanchehetze

Angesichts des verstärkten Mißbrauchs Westberlins durch die Bonner Regierung stellt die Regierung der DDR in einer Erklärung fest:

„... Dieser Tatbestand macht es der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Pflicht, erneut festzustellen, daß Westberlin nicht zur Bundesrepublik gehört und nicht von ihr regiert werden darf ... Jede militaristische und revanchistische Hetzveranstaltung in Westberlin, auch wenn sie vom dortigen Senat gebilligt und unterstützt wird, gefährdet den Frieden Europas. Im Interesse der Erhaltung des Friedens und der friedlichen Zukunft des deutschen Volkes hat die Regierung der DDR die Verpflichtung, alles zur Verhinderung der militaristischen und revanchistischen Verhetzung der Bevölkerung zu tun ...“ *(Dokumentation zur Westberlinfrage. Verlag Zeit im Bild, Dresden o. J., S. 125 [W].)*

5. 9. 60: DDR zur Atomkriegsdenkschrift des westdeutschen Generalstabes

Die Regierung der DDR wendet sich in Noten an die Westmächte gegen den aggressiven, friedensgefährdenden Inhalt der „Denkschrift des Führungsstabes der Bundeswehr“. Die Regierung der DDR warnt die Westmächte vor der Realisierung der in der Denkschrift geforderten Atomkriegsbewaffnung der Bundeswehr und erklärt:

„... Wenn die Forderungen der Atomkriegsdenkschrift des sogenannten Führungsstabes realisiert werden, wird die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sich zum Schutze ihrer Bevölkerung gezwungen sehen, die notwendige Vorsorge zu treffen, damit jede Aggression der westdeutschen Militaristen bereits in ihrer Ausgangsbasis unschädlich gemacht wird. Die Deutsche Demokratische Republik gehört zu den Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages, die die Grundsätze der Anti-Hitler-Koalition verwirklichen. Mit ihrer Hilfe kann sie alle erforderlichen Maßnahmen durchführen, um jedes militärische Abenteuer der westdeutschen Militaristen schon in seinen Anfängen zunichte zu machen ...“ *(ddz 233/38 [W].)*

15. 9. 60: Für allgemeine und vollständige Abrüstung in Deutschland

Die Regierung der DDR unterbreitet der XV. Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Denkschrift, in der sie sich für eine vollständige und allgemeine Abrüstung in Deutschland ausspricht. Die Denkschrift der DDR enthält einen Drei-Etappen-Plan, der die einzelnen Schritte festlegt. Danach sollen die beiden deutschen Staaten in der ersten Etappe 1960/61 einen Rüstungsstopp und Gewaltverzicht festlegen sowie auf die Atomrüstung und die Herstellung chemischer und biologischer Waffen verzichten. Am Ende der ersten Etappe soll der Abschluß des Friedensvertrages stehen. In einer zweiten Etappe (1962) beginnen beide Staaten mit der Verringerung ihrer Streitkräfte und Waffen und vereinbaren den Abzug der ausländischen Truppen vom Territorium Deutschlands. Schließlich kann dann in einer dritten Etappe 1963/64 mit der vollständi-

gen Abrüstung, der Auflösung der Streitkräfte und Vernichtung der Waffen begonnen werden. (Wortlaut s. ddz 223/35.)

4. 10. 60: Erklärung des Staatsrates der DDR zur Durchführung einer Volksbefragung über allgemeine und vollständige Abrüstung in ganz Deutschland

Der am 12. September 1960 gebildete Staatsrat der DDR gibt durch seinen Vorsitzenden Walter Ulbricht eine bedeutsame Erklärung ab, die für die Politik der DDR richtungweisend ist. Walter Ulbricht begrüßt darin einen Vorschlag westdeutscher Bürger, in den beiden deutschen Staaten eine Volksbefragung durchzuführen:
„... Ich bin der Ansicht, wir sollten diesem Vorschlag, in ganz Deutschland eine Volksbefragung über die allgemeine und vollständige Abrüstung und deren Alternative, nämlich die Kriegsrüstung, durchzuführen, zustimmen. Es wäre gut, wenn das deutsche Volk in beiden deutschen Staaten auf diese Weise Gelegenheit erhielte, seine ungeschminkte Meinung zu dieser Frage unmißverständlich aller Welt zu verkünden. Ich bin der festen Überzeugung, daß die große Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung sich für Frieden und Abrüstung entscheiden wird. An einer solchen eindeutigen Entscheidung könnte kein Bonner Regime achtlos vorübergeben ..."
Nochmals wird in der Erklärung hervorgehoben, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten eine vorrangige Aufgabe ist, die es zu lösen gilt.
„... Wir werden dafür sorgen, daß der Friedensvertrag auf der Tagesordnung bleibt, bis diese Frage im Interesse des Friedens und der Zukunft der deutschen Nation gelöst ist. Mit dem Friedensvertrag spätestens, der so oder so auf jeden Fall abgeschlossen werden wird, wird auch die Westberlinfrage ihre Lösung finden. Die Häufung der von Bonn gesteuerten Provokationen haben die unbedingte Notwendigkeit der vorrangigen Lösung dieser Frage noch unterstrichen."
(Neues Deutschland, Berlin, 5. Oktober 1960.)
(ddz 225/21 und 227/30.)

15. 12. 60: Frieden für die nächsten 10 Jahre

Das 11. Plenum des ZK der SED wendet sich an die westdeutsche Regierung mit dem Angebot, einen Frieden für die nächsten 10 Jahre abzuschließen:
„... Da wir annehmen, daß die Verhandlungen über die Abrüstung längere Zeit in Anspruch nehmen, und der Militarismus in Westdeutschland eine Gefahr für den Frieden in Europa ist, schlagen wir Herrn Adenauer eine Vereinbarung über die Erhaltung des Friedens für zunächst zehn Jahre vor. Durch eine solche Vereinbarung würde weder der Kapitalismus in Westdeutschland etwas verlieren, noch der Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Den Nutzen hätte das ganze deutsche Volk, das in diesen zehn Jahren vor der Gefahr eines Krieges bewahrt würde. Um mit der Sprache des Herrn Adenauer zu reden, schlagen wir also einen sogenannten Gottesfrieden vor ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 18. Dezember 1960 [W].)

19. 3. 61: Walter Ulbricht für Bildung einer deutschen Friedenskommission

In seinem Schlußwort auf der 12. Tagung des Zentralkomitees der SED setzt sich der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, für die Bildung einer deutschen Friedenskommission ein. Walter Ulbricht erklärt:

„... Die Grundfrage der deutschen Nation ist und bleibt die Sicherung des Friedens durch Abrüstung und eine dauernde Friedensregelung. Davon ausgehend, schlägt die Deutsche Demokratische Republik der westdeutschen Bundesrepublik vor, unmittelbar in Verhandlungen über die Bildung einer deutschen Friedenskommission aus gleichberechtigten Vertretern der beiden deutschen Staaten einzutreten. Die Aufgabe der Friedenskommission wird es sein, eine Annäherung der beiden deutschen Staaten und eine Verständigung über die Abrüstung in Deutschland herbeizuführen und auf dieser Grundlage eine gemeinsame Basis für den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten zu finden. Die Abrüstung und die Gewährleistung einer friedlichen Entwicklung durch den Friedensvertrag ist die einzig mögliche Grundlage für die Zusammenführung der beiden deutschen Staaten in einer deutschen Konföderation, die den Rahmen für die nationale Einheit der beiden unterschiedlichen deutschen Staaten schafft.

Die Deutsche Demokratische Republik ist für eine Volksabstimmung über die Lebensfragen der Nation. Ich erinnere daran, daß ich in meinem Brief an Konrad Adenauer, im Januar 1960 vorgeschlagen habe, beide deutsche Staaten mögen vereinbaren, eine Volksabstimmung durchzuführen über die allgemeine und vollständige Abrüstung und die Herbeiführung eines Friedensvertrages auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen. Staatsrat und Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sind auch heute noch zu Verhandlungen über eine solche Vereinbarung jederzeit bereit ..."

(ddz 236/45.)

14. 6. 61: Repräsentanten der DDR für Friedenskonferenz und Abschluß eines Friedensvertrages

Der sowjetische Ministerpräsident N. S. Chruschtschow hatte in seiner Wiener Unterredung mit Kennedy (3. — 4. 6. 1961) ein Memorandum unterbreitet, in dem der unverzügliche Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland vorgeschlagen wurde. In einer gemeinsamen Erklärung des Zentralkomitees der SED, des Staatsrates der DDR, des Ministerrates der DDR und des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland begrüßen die Repräsentanten der DDR das sowjetische Friedensvertragsmemorandum und wenden sich an die interessierten Regierungen mit der Empfehlung, Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages aufzunehmen.

In der Erklärung heißt es:

„... Die Repräsentanten des politischen, gesellschaftlichen und staatlichen Lebens der Deutschen Demokratischen Republik wenden sich von ihrer gemeinsamen Tagung an die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

und der Vereinigten Staaten von Amerika, an die Regierungen aller Staaten, die an einer friedlichen Lösung der deutschen Probleme interessiert sind, insbesondere an die Regierungen der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und der Republik Frankreich, mit der Empfehlung, unverzüglich die Friedenskonferenz vorzubereiten und Verhandlungen aufzunehmen, in deren Ergebnis der Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten und auf seiner Grundlage die Regelung des Westberlinproblems erfolgen wird ...

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Staatsrat und der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland erklären im Bewußtsein ihrer nationalen Verantwortung ihre volle Bereitschaft zu Verhandlungen mit Vertretern der westdeutschen Bundesrepublik über Fragen, die ‚eine Friedensregelung mit Deutschland und die Wiedervereinigung betreffen'. Sie werden in solchen Verhandlungen ihren Beitrag dazu leisten, daß sie innerhalb von sechs Monaten mit Erfolg abgeschlossen werden können. Die Repräsentanten des politischen, gesellschaftlichen und staatlichen Lebens der Deutschen Demokratischen Republik wiederholen in diesem Zusammenhang ihr Anerbieten an die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik, in. gemeinsame Beratungen über deutsche Vorschläge für die Ausarbeitung eines Friedensvertrages und über die Herstellung normaler, friedlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten einzutreten ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 15. Juni 1961.)

(ddz 241/ 42.)

28. 6. 61: Appell des Staatsrates an Bundestag und Bundesregierung zu Verhandlungen über eine Friedensregelung

Der Staatsrat der DDR richtet folgendes dringende Telegramm an den westdeutschen Bundestag und an die Bundesregierung:

„... Getragen von der Sorge um die Zukunft der deutschen Nation, entschlossen, zur Sicherung des Friedens in Deutschland und Europa und dadurch zur Wiedervereinigung Deutschlands beizutragen, wendet sich der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik an den deutschen Bundestag und an die Regierung der deutschen Bundesrepublik mit der Aufforderung, unverzüglich der Einleitung von Verhandlungen zwischen Vertretern beider deutscher Staaten über eine Friedensregelung mit Deutschland und Fragen der Wiedervereinigung zuzustimmen.

Eine historische Chance für die deutsche Nation gilt es wahrzunehmen! Nach dem Vorschlag der Sowjetunion sollen die vier Mächte von vornherein erklären, daß sie jede Vereinbarung über eine Friedensregelung und Fragen der Wiedervereinigung, die von den Deutschen getroffen wird, anerkennen. Dadurch können wir gemeinsam sichern, daß im Friedensvertrag, der auch die Westberlinfrage lösen wird, die nationalen Interessen des deutschen Volkes ge-

wahrt werden. Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik appelliert an den deutschen Bundestag und an die Regierung der deutschen Bundesrepublik, nicht wieder eine große Chance für unsere Nation leichtfertig zu verspielen, wie es leider allzuoft in der Geschichte Deutschlands zum Unglück unseres deutschen Volkes geschehen ist ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 29. Juni 1961.)

3. — 4. 7. 61: 13. Plenum des ZK der SED unterbreitet Friedensplan

Auf der 13. Tagung des ZK der SED begründet der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, den Friedensplan des deutschen Volkes.
In dem Kommuniqué der 13. Tagung des ZK der SED heißt es darüber:
„Am 3. und 4. Juli 1961 tagte das Plenum des Zentralkomitees. Genosse Walter Ulbricht begründete den Friedensplan des deutschen Volkes mit den Vorschlägen über den Abschluß eines Friedensvertrages und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte, neutrale Freie Stadt. Genosse Ulbricht erklärte, daß unser Kampf um die Stärkung der DDR als Bastion des Friedens und des Sozialismus, um die glückliche Zukunft und die Einheit der deutschen Nation und im Einvernehmen und im festen Bündnis mit der Sowjetunion und unseren anderen Bundesgenossen dem geschichtlichen Fortschritt entspricht. Auf unserer Seite ist das Recht jedes Landes auf Frieden und Einheit, ist auch das Völkerrecht, das großen wie kleinen Ländern gleiche Rechte und Pflichten gibt. Unser Volk hat einen unabdingbaren Rechtsanspruch auf den Friedensvertrag und auf die Beseitigung der Kriegsbrandherde in Westberlin, im Herzen unserer Deutschen Demokratischen Republik ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 5. Juli 1961.)

6. 7. 61: Volkskammer beschließt Deutschen Friedensplan

In ihrem Deutschen Friedensplan unterbreitet die Volkskammer der DDR der westdeutschen Regierung, dem Bundestag und der Bevölkerung beider deutscher Staaten ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens. Die Volkskammer läßt sich bei ihren im Friedensplan detailliert dargelegten Vorschlägen davon leiten, daß der Abschluß eines Friedensvertrages zur Abwendung der Atomkriegsgefahr von Deutschland dringender denn je notwendig ist. Zum Inhalt des Friedensplanes erklärt der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, unter anderem:
„... Der Deutsche Friedensplan enthält den Vorschlag, eine deutsche Friedenskommission aus Vertretern der Parlamente und der Regierungen der beiden deutschen Staaten zu bilden zur Ausarbeitung von deutschen Vorschlägen zum Friedensvertrag und zur Vereinbarung eines Abkommens des guten Willens, das dem Zwecke dient, das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten unverzüglich zu verbessern.
Unsere Vorschläge zu einem Friedensvertrag gehen aus von den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen. Durch den Friedensvertrag soll verhindert werden, daß

jemals wieder von Deutschland ein Krieg ausgeht.
Der Friedensvertrag soll dem deutschen Volk für immer Frieden und volle Gleichberechtigung in der Familie der Völker sichern. Auf der Grundlage des Friedensvertrages soll auch die Westberlinfrage eine friedliche Regelung finden, indem Westberlin bis zur Wiedervereinigung Deutschlands den Status einer neutralen Freien Stadt erhält. Unsere Vorschläge zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa und zur Annäherung der beiden deutschen Staaten und ihrer friedlichen Wiedervereinigung entsprechen den friedlichen Interessen unseres ganzen Volkes. Wir sind überzeugt, daß der Friedensvertrag auch den Weg öffnet zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, die bei der angegebenen Lage nur möglich ist über die Bildung einer Konföderation. Dieser unser Friedensplan, diese unsere Vorschläge dienen einzig und allein dem Frieden, dem Frieden für unser deutsches Volk, dem Frieden für die Nachbarvölker in Europa, dem Frieden für alle Völker der Welt. Kein Volk soll geschädigt, niemandes Ehre und Würde angetastet, niemandem Unmögliches zugemutet werden. Alle sollen davon Nutzen haben. Das ist der Kern unseres Friedensplanes, mit dem wir uns heute an das deutsche Volk und an die Völker der Welt wenden ..."
(ddz 243/46 [W].)
(Neues Deutschland, Berlin, 7. Juli 1961.)

12. 8. 61: Maßnahmen zum Schutze des Friedens

Auf Grund einer Erklärung der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages vom 12. August 1961 über die Ergreifung von Schutzmaßnahmen zur Unterbindung der Wühltätigkeit von Westberliner Boden gegen die sozialistischen Länder beschließt der Ministerrat der DDR:

„... Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist. Es ist an den Westberliner Grenzen eine verläßliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten, um der Wühltätigkeit den Weg zu verlegen ..."
(ddz 245/39 [W].)

28. 9. 61: DDR für eigenen Abrüstungsbeitrag beider deutscher Staaten

Die Regierung der DDR unterbreitet der XVI. UNO-Vollversammlung ein Memorandum, in dem sie sich für einen eigenen Abrüstungsbeitrag der beiden deutschen Staaten ausspricht. Die Regierung der DDR weist nach, daß sie im Gegensatz zur Bundesrepublik für die friedliche Regelung der deutschen Frage, den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die militärische Neutralität der beiden deutschen Staaten eintritt. Sie unterstützt mit all ihren Kräften die allgemeine und vollständige Abrüstung.
In dem Memorandum wird u. a. erklärt:

„... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vertritt die Auffassung, daß für das deutsche Volk über diese selbstverständliche Bereitschaft hinaus die besondere Verpflichtung besteht, bereits jetzt einen eigenen Abrüstungsbeitrag zu leisten. Deshalb hat sie in ihrer auch der XV. UNO-Tagung übermittelten Denkschrift vorgeschlagen, daß beide deutsche Staaten sofort mit der allgemeinen und vollständigen Abrüstung in Deutschland beginnen und sie innerhalb kurzer Zeit zu Ende führen ..."
(ddz 250/43 [W].)

30. 11. 61: Minimalprogramm der friedlichen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten

Der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Otto Grotewohl, stellt in einem Brief an Adenauer fest, daß infolge der Haltung der westdeutschen Bundesrepublik eine Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten über alle wichtigen Fragen gegenwärtig nicht möglich ist. Aus diesem Grunde schlägt die Regierung der DDR ein Minimum von Maßnahmen zur Sicherung des Friedens und der friedlichen Koexistenz vor:

„... Nach Ansicht der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik könnte dieses Ziel durch eine oder mehrere Vereinbarungen über folgende Vorschläge erreicht werden:

1. Beide deutsche Staaten verpflichten sich, gegenseitig die Souveränität ihrer Hoheitsgebiete zu achten und die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten zu markieren, damit nach Möglichkeit jeder Anlaß für Grenzkonflikte beseitigt wird.
2. Beide deutsche Staaten treten in Verhandlungen über ihre Stellung zum Inhalt eines deutschen Friedensvertrages ein.
3. Beide deutsche Staaten verzichten auf die atomare Ausrüstung ihrer bewaffneten Kräfte sowie auf die Produktion von Atomwaffen.
4. Beide deutsche Staaten unterstützen den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO.
5. Beide deutsche Staaten bemühen sich um ihre Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen ..."

(ddz 253/28 [W].)

Die Regierung der DDR unterbreitet darüber hinaus den Vorschlag, daß beide deutsche Staaten Verhandlungen aufnehmen, um sich über die Anerkennung der beiderseitigen Reisepässe, die vertragliche Regelung des Reiseverkehrs, den Abschluß eines Handelsvertrages und andere Detailfragen zu einigen.

1. 1. 62: Walter Ulbricht: Normale Beziehungen sind möglich

In seiner Neujahrsansprache unterstreicht der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, daß die von der DDR unterbreiteten Vorschläge an die westdeutsche Bundesrepublik, die ein Minimalprogramm friedlicher Beziehungen umfassen, durchaus realisierbar sind:

„... Es hat keinen Sinn, sich Illusionen hinzugeben. Man muß mit dem beginnen, was möglich ist. Normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und die friedliche Koexistenz sind möglich, wenn Westdeutschland von seinen wahnwitzigen und selbstmörderi-

schen Eroberungsplänen Abstand nimmt und zu einer Politik der Abrüstung und der Überwindung des Militarismus übergeht... Wir sind für normale, anständige Beziehungen zwischen der DDR und Westdeutschland. Wir haben die Respektierung der bestehenden Grenzen, die Anerkennung der Reisepässe und Verträge über wirtschaftliche Beziehungen und Verkehr vorgeschlagen. Wir sind für die friedliche Koexistenz zwischen der sozialistischen DDR und dem kapitalistischen Westdeutschland. Wir wissen allerdings, daß eines Tages auch in Westdeutschland die friedliebenden, demokratischen Kräfte siegen und den Weg des Sozialismus beschreiten werden. Und damit wird dann auch die entscheidende Voraussetzung für die Wiedervereinigung unserer heute noch gespaltenen Nation gegeben sein ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 1. Januar 1962.)

18. 1. 62: DDR warnt vor Ausdehnung des westdeutschen Zollgesetzes auf Westberlin

In Noten an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs entlarvt die Regierung der DDR das am 1. Januar 1962 in Kraft getretene westdeutsche Zollgesetz als Ausdruck des Revanchismus und als Mittel, die Ausschließlichkeitsanmaßung der Bundesrepublik sowie ihre Gebietsforderungen gegenüber der UdSSR, Polen und der ČSSR juristisch zu untermauern. Die DDR wendet sich vor allem gegen die Einbeziehung Westberlins in dieses Zollgesetz und erklärt in ihrer Note an die USA:

„... Westberlin liegt inmitten des Zoll- und Hoheitsgebietes der Deutschen Demokratischen Republik und gehört daher nicht zum Zoll- und Hoheitsgebiet der westdeutschen Bundesrepublik. Die zollrechtliche Stellung Westberlins wird im Rahmen vertraglicher Vereinbarungen geregelt. Bis zu diesem Zeitpunkt erfolgt die Abwicklung des Warenverkehrs Westberlins mit der Deutschen Demokratischen Republik, mit der westdeutschen Bundesrepublik und mit anderen Staaten auf der Grundlage der bisherigen Regelungen ...

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erwartet von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die gegenwärtig Besatzungsbefugnisse in Westberlin ausübt, daß sie die Anwendung des gegen das allgemein anerkannte Völkerrecht und insbesondere gegen die Grundsätze der Anti-Hitler-Koalition verstoßenden westdeutschen Zollgesetzes in Westberlin unterbindet ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 28. Januar 1962 [W].)

Die DDR erklärt sich in ihrer Note gleichzeitig bereit, mit einer unabhängigen Westberliner Zollverwaltung eine reibungslose Zusammenarbeit zur Gewährleistung des Warenverkehrs anzustreben.

19. 3. 62: DDR begrüßt Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion

Der Ministerrat der DDR unterstützt in einer Stellungnahme die Vorschläge für eine schnelle und radikale Lösung der Abrüstungsfrage, die die UdSSR am 15. März 1962 dem 18-Staaten-Ab-

rüstungsausschuß in Genf unterbreitete.

„... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gibt der Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß die verantwortungsvolle Arbeit des 18-Staaten-Ausschusses für Abrüstung auf der Grundlage des konstruktiven sowjetischen Friedensprogramms zum Erfolg führt. Sie wünscht aufrichtig, daß alle Staaten und Regierungen in konstruktiver Weise die Ziele der Genfer Konferenz unterstützen, und erklärt ihrerseits, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Lösung der edelsten Aufgabe der Menschheit, die Schaffung einer Welt ohne Krieg, durch die allgemeine und vollständige Abrüstung herbeizuführen."

(Neues Deutschland, Berlin, 20. März 1962 [W].)

21. 3. 62: Vorschläge für Entspannung und Abrüstung

In seinem Referat auf der 15. Tagung des Zentralkomitees der SED unterbreitet der Erste Sekretär des ZK, Walter Ulbricht, folgende Vorschläge:

„... Beide deutsche Staaten erklären, auf Gewalt gegenüber dritten Staaten und gegeneinander zu verzichten;
Abschluß einer Vereinbarung über einen Rüstungsstopp;
Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomrüstung, auf die Herstellung, Verwendung, Stationierung und Erwerbung von Kern- und Raketen- sowie chemischen und biologischen Waffen;
beide Staaten verzichten darauf, sich an Versuchen mit solchen Waffen in anderen Staaten zu beteiligen;
Vereinbarung über die sofortige Einstellung der Stationierung weiterer ausländischer Atomwaffen;
beide deutsche Staaten unterbinden auf ihrem Territorium jede Kriegspropaganda und Propaganda für territoriale Forderungen gegenüber anderen Staaten;
beide deutsche Staaten wenden sich gegen eine Erweiterung des Kreises der atomwaffenbesitzenden Staaten ..."

(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 134 — 135 [A].)

26. 3. 62: DDR-Denkschrift über Abrüstung

In einer Denkschrift an den 18-Staaten-Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen legt die Regierung der DDR nochmals ihre Vorstellungen über einen Beitrag beider deutscher Staaten zu den Abrüstungsverhandlungen in Genf dar. Die DDR spricht sich für eine kernwaffenfreie Zone in Mittel- und Nordeuropa aus. Sie hält es für erforderlich, daß sich beide deutsche Staaten zusätzlich zu einem Rüstungsstopp verpflichten, ihre Streitkräfte und ihre Bewaffnung zu vermindern:

„... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (hält) eine besondere Kontrolle der Ausschaltung aller Arten von Kernwaffen und der Verminderung der konventionellen Streitkräfte in beiden deutschen Staaten für annehmbar. Sie hält es für möglich, daß die Kontrolle der Abrüstung auf dem Gebiet der Kernwaffen und der konventionellen Streitkräfte in beiden

deutschen Staaten durch eine paritätisch zusammengesetzte Kommission aus Vertretern der Organisation der Staaten des Warschauer- Vertrages und der Staaten der Nordatlantischen Vertragsorganisation ausgeübt wird ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 29. März 1962 [W].)

25. 5. 62: ZK der SED appelliert an die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Westdeutschlands

Ausgehend von dem Gedanken, daß die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft im nationalen Kampf in Deutschland ist, wendet sich das ZK der SED in einem Offenen Brief an die Mitglieder der westdeutschen Sozialdemokratie. Das ZK der SED weist noch einmal auf die zahlreichen Vorschläge der Regierung der DDR hin und fordert die westdeutschen Arbeiter auf:

„... Tretet ein für die friedliche Koexistenz der beiden deutschen Staaten, für die friedliche Regelung aller Fragen! Widersetzt euch der Bonner Provokationspolitik, die nur Unheil für die westdeutsche Bevölkerung bringen kann! Helft mit, die Gewerkschaften als Kampforganisation der Arbeiter zu stärken, um den Angriff der Monopole auf die sozialen und demokratischen Rechte der Werktätigen zurückzuschlagen und die berechtigten Forderungen der Arbeiter durchzusetzen!
Setzt all eure Kraft ein, um die Notstandsgesetze zu verhindern, mit denen die Arbeiter ins Joch der Rüstungspolitik und der verschärften Ausbeutung gespannt werden sollen. Kämpft für die Meinungs- und Gewissensfreiheit in der SPD; tretet dafür ein, daß der Wille der Mitglieder gilt und nicht das Diktat von Wehner und Brandt!
Laßt euch nicht von Antikommunismus verblenden! Kommt in die DDR, studiert die Erfahrungen unseres sozialistischen Aufbaus und sprecht euch mit uns aus, von Arbeiter zu Arbeiter! ..."
(ddz 264/44 [W].)

17. 6. 62: Nationalkongreß über die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands

Der Nationalkongreß, das höchste Gremium der Nationalen Front, beschließt auf seiner Tagung das Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands". Zum Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten wird festgestellt:

„... Unter den geschichtlichen Bedingungen, wie sie sich nun einmal auf dem Gebiete des früheren Deutschen Reiches und in dem gespaltenen Deutschland entwickelt haben, ist die geeignetste Form für die friedliche Koexistenz der beiden deutschen Staaten eine deutsche Konföderation. Westberlin, das auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik liegt, würde als entmilitarisierte freie und neutrale Stadt an einer deutschen Konföderation teilnehmen können. Die Konföderation würde ein Maximum der Verständigung über alle wirtschaftlichen und rechtlichen sowie kulturellen Fragen, über internationale und nationale Fragen ermöglichen, jede Gefahr eines bewaffneten Konfliktes ausschalten und eine weitere Vertiefung des Grabens zwischen beiden deutschen Staaten

verhindern. Wir meinen, daß alle Deutschen in Ost und West daran interessiert sein sollten ..."
(Dokumentation zur Westberlinfrage. Verlag Zeit im Bild, Dresden o. J., S. 179 [A].)

23. 8. 62: Erklärung zur Auflösung der Kommandantur der Garnison sowjetischer Truppen in Berlin

Die Regierung der DDR wertet in einer Erklärung die Auflösung der Kommandantur der Garnison sowjetischer Truppen in Berlin als einen neuen Beitrag der UdSSR zur Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges und als weitere Grundlage für eine Friedensregelung mit Deutschland und die friedliche Lösung des Westberlinproblems. (Wortlaut s. ddz 270/40.)

3. 9. 62: Denkschrift des Präsidiums der Volkskammer über das Streben der westdeutschen Bundesrepublik nach Atomwaffen

Der Präsident der Volkskammer der DDR, Dr. Johannes Dieckmann, übermittelt den Parlamenten von 59 Staaten Schreiben gleichen Inhalts, denen eine Denkschrift über das Streben der westdeutschen Bundesrepublik nach Atomwaffen beigefügt ist.
In dem Schreiben an den Marschall des Sejm der Volksrepublik Polen, Czeslaw Wycech, heißt es u. a.:
„... Das Präsidium der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik beehrt sich, dem Sejm der Volksrepublik Polen eine Denkschrift zu übergeben, in der das beharrliche Streben der westdeutschen Bundesregierung nach Kernwaffen dokumentarisch nachgewiesen wird. Es tut dies aus Sorge um den Frieden und in dem Bewußtsein, damit einen Beitrag zur Zusammenarbeit all der Kräfte zu leisten, die aufrichtig danach streben, das Gespenst des Atomkrieges für immer vom Erdball zu verbannen. Aus der Denkschrift werden die Gefahren ersichtlich, die allen Völkern vom westdeutschen Militarismus drohen. Diese Gefahren sind um so größer, als die regierenden Kreise Westdeutschlands die Überreste des zweiten Weltkrieges, ganz besonders aber das Fortbestehen des Besatzungsregimes in Westberlin, ausnutzen, um das internationale Klima zu erhitzen. Die fortgesetzten von Westberlin aus gegen die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik gerichteten Provokationen zeigen eindringlich, wie groß die Gefahr ist, daß der Spannungsherd Westberlin zum Anlaß werden kann, einen atomaren Weltkrieg auszulösen.
Diese wachsende Bedrohung des Friedens, die von der Deutschen Bundesrepublik und ihrem Drang nach Atomwaffen ausgeht, veranlaßt die Deutsche Demokratische Republik, beharrlicher denn je für Abrüstung, für die deutsche Friedensregelung und die Regelung der Westberlinfrage, für friedliche Koexistenz in Deutschland und der Welt zu kämpfen und alle Bestrebungen zur Eindämmung des atomaren Wettrüstens und zur atomaren Abrüstung nach Kräften zu fördern ..."
(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 141 [W].)

21. 11. 62: Neue Abrüstungsinitiative der DDR

Durch ihren Außenminister, Dr. Lothar Bolz, übermittelt die Regierung der DDR dem Präsidenten der XVII. Tagung der UNO-Vollversammlung eine Erklärung, in der sie ihre Bereitschaft zum Ausdruck bringt, einer kernwaffenfreien Zone in Europa beizutreten. In der Stellungnahme der DDR heißt es u. a.:

„... Die Deutsche Demokratische Republik verzichtet auf den Besitz, die Produktion, den Erwerb, die Annahme, die Stationierung und die Anwendung von Kernwaffen, ferner auf die Erlangung der Verfügungsgewalt über solche Waffen in jeder anderen Form sowie darauf, sich an Versuchen mit Kernwaffen zu beteiligen, wenn die Bundesrepublik die gleichen Verpflichtungen übernimmt.

Die Deutsche Demokratische Republik ist bereit, eine strenge internationale Kontrolle der Einhaltung dieses Verzichts anzunehmen, die durch eine paritätische Kommission aus Vertretern der Staaten des Warschauer Vertrages und der Staaten der NATO oder durch andere unter Mitwirkung der Vereinten Nationen gebildete internationale Gremien ausgeübt wird.

Die Deutsche Demokratische Republik ist bereit, einer beide deutsche Staaten einschließenden kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa beizutreten, die durch den Beitritt nordeuropäischer Staaten erweitert werden könnte. Sie erklärt ihre Übereinstimmung mit allen Bestrebungen, die Weiterverbreitung von Kernwaffen zu unterbinden, und unterstützt alle Vorschläge, die auf die Schaffung kernwaffenfreier Räume in den verschiedensten geographischen Regionen gerichtet sind."

(Neues Deutschland, Berlin, 25. November 1962 [A].)

27. 11. 62: Für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten

In einer Erklärung anläßlich der XVII. Tagung der UNO-Vollversammlung und der Erörterung von „Prinzipien des Völkerrechts bezüglich freundschaftlicher Beziehungen und Zusammenarbeit unter den Staaten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen" spricht sich die DDR für die Sicherung friedlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten aus. Dazu gehören die wechselseitige Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der beiden deutschen Staaten, das Verbot der Kriegs- und Revanchepropaganda, die Vereinbarung eines Rüstungsstopps, die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges und das Gewaltverbot. Die Regierung der DDR spricht ihre Erwartung aus, daß die XVII. Tagung der UNO-Vollversammlung auch diese Fragen einer Lösung näherführt. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 2. Dezember 1962.)

15. 1. 63: Sieben-Punkte-Vorschlag Walter Ulbrichts für ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens

Auf dem VI. Parteitag der SED legt der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, ein Sieben-Punkte-Programm der Vernunft und des guten Willens vor, durch

das Schritt für Schritt sachliche und normale Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten hergestellt werden sollen:

„... Wir schlagen vor, Schritt um Schritt Voraussetzungen für sachliche und normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu schaffen. Wir befürworten zu diesem Zweck ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens, das von der Existenz zweier deutscher Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ausgeht und etwa folgenden Inhalt haben könnte:

1. Respektierung der Existenz des anderen deutschen Staates und seiner politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Feierlicher Verzicht auf Gewaltanwendung in jeder Form.
2. Respektierung der Grenzen des anderen deutschen Staates. Feierlicher Verzicht auf alle Versuche und Bestrebungen, diese Grenzen anzutasten oder zu verändern.
Fixierung und Festigung auch der bestehenden deutschen Grenzen nach außen.
3. Feierlicher Verzicht auf die Erprobung, den Besitz, die Herstellung und den Erwerb von Kernwaffen sowie auf die Verfügungsgewalt über sie.
4. Rüstungsstopp in beiden deutschen Staaten, verbunden mit der Verpflichtung, die Ausgaben für militärische Zwecke nicht zu erhöhen. Weiter Vereinbarungen über die Abrüstung in beiden deutschen Staaten.
5. Gegenseitige Anerkennung der Reisepässe und der Staatsbürgerschaft der Bürger beider deutscher Staaten als Voraussetzung für eine Normalisierung des Reiseverkehrs.

Unterlassung jeder Diskriminierung und nicht gleichberechtigten Behandlungen der Bürger beider deutscher Staaten im In- und Ausland.
6. Herstellung normaler sportlicher und kultureller Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Die Bundesrepublik, ihre Auslandsvertretungen und ihre gesellschaftlichen Vereinigungen verzichten bei gemeinsamer Teilnahme von Vertretern beider deutscher Staaten an internationalen Konferenzen, Kongressen und Sportveranstaltungen in Westdeutschland und im Ausland auf jede Diskriminierung der Bürger der DDR, und umgekehrt verpflichten wir uns zu demselben gegenüber den Bürgern der Bundesrepublik. Dazu gehört auch, daß die Regierung der Bundesrepublik auf die von jedem nationalen Standpunkt aus unwürdige Praxis verzichtet, in der NATO auf die Diskriminierung von Bürgern der DDR durch das Travel-board-Büro in Westberlin zu drängen.
7. Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten mit dem Ziel, den Handel zwischen ihnen zu erweitern und zu entwickeln.

Soweit unsere Vorschläge. Wir sind selbstverständlich bereit, auch über westdeutsche Vorschläge, die den gleichen Zielen dienen, zu verhandeln. Wir sind der Meinung, daß es nach dem Abschluß des deutschen Friedensvertrages möglich sein wird, allmählich die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten zu entwickeln ..."

(Materialien des VI. Parteitages der SED, Referat Ulbricht, Dietz Verlag, Berlin 1963, S. 41 — 42 [W].)

4. 4. 63: DDR-Beitrag zur internationalen Entspannung

Die Regierung der DDR wendet sich durch den Außenminister der DDR, Dr. Lothar Bolz, an die Kopräsidenten des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses, um ihre Haltung zur internationalen Entspannung und Abrüstung darzulegen. In dem Telegramm an Botschafter S. K. Zarapkin wird erklärt:

„... Eingedenk der Tatsache, daß eine Verständigung über die Abrüstung besonders schwierig ist, solange sich die beiden deutschen Staaten feindlich gegenüberstehen, und dadurch eine deutsche Friedensregelung erschwert wird, hat die DDR vorgeschlagen, zwischen der Deutschen Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens abzuschließen. Es sieht vor, daß beide deutsche Staaten feierlich Verzicht leisten auf Gewaltanwendung in jeder Form; auf alle Versuche und Bestrebungen, die Grenzen des anderen deutschen Staates anzutasten oder zu verändern; auf die Erprobung, den Besitz, die Herstellung und den Erwerb von Kernwaffen sowie die Verfügungsgewalt über sie. Ferner sollen beide deutsche Staaten einen Rüstungsstopp durchführen, der mit der Verpflichtung verbunden ist, die Ausgaben für militärische Zwecke nicht zu erhöhen. Beide deutsche Staaten sollen weitere Vereinbarungen über die Abrüstung treffen.
Die Regierung der DDR beweist mit diesem Vorschlag erneut ihren guten Willen und ihre Bereitschaft, von deutschem Boden aus der Abrüstung den Weg zu ebnen ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 6. April 1963 [W].)

12. 4. 63: Alternative zur westdeutschen Atomrüstung

In einer Erklärung nimmt die Regierung der DDR zu den Noten der Sowjetunion vom 8. April an die NATO-Staaten Stellung, in denen die UdSSR mit ernsten Worten vor der Aufstellung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO gewarnt hatte.
In der DDR-Erklärung heißt es u. a.:

„... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stellt fest, daß die abenteuerlichen westdeutschen Militaristen und Hitlergenerale die besessensten Befürworter und Triebkräfte der Pläne der USA sind, Atomstreitkräfte der NATO aufzustellen, in denen Bonn die Befehlsgewalt über Kernwaffen an sich reißen will.
Die westdeutschen Atomkriegsapostel gebärden sich wie wild, um in der NATO eine Kommandoposition nach der anderen in Besitz zu nehmen, in Westdeutschland die Notstandsgesetzgebung durchzupeitschen, um die wachsende Zahl der Atomkriegsgegner in die Zuchthäuser zu bringen, der Hitlergeneralität der Bundeswehr völlig freie Hand zu geben und den Bonner Rüstungshaushalt in astronomische Höhen hinaufzuschrauben. Das alles sind unverkennbare alarmierende Signale dafür, daß die westdeutschen Militaristen nur ein Ziel kennen: alle Wege zu bahnen, die zu den Kernwaffen führen.
Wenn gewisse Kreise der NATO-

Länder den Völkern einreden möchten, durch multinationale oder multilaterale Abmachungen die Bonner Militaristen bezüglich der Kernwaffen an der Kandare halten zu können, so betreiben sie ein gefährliches Spiel. Die Geschichte kennt viele Beispiele für die Skrupellosigkeit und Gewandtheit des deutschen Militarismus, sich sogenannter Kontrollbestimmungen und Beschränkungen über Nacht zu entledigen. Wenn die westdeutschen Militaristen schon heute drauf und dran sind, ihren Verbündeten Vorschriften zu machen, was wird dann erst passieren, wenn sie die Hand am Druckknopf der Kernwaffen haben? Dann ist es möglicherweise nur ein kurzer Weg bis zu dem Tag, an dem sie ihre wahnwitzigen Pläne zu verwirklichen suchen, die NATO-Länder in den Strudel eines atomaren Revanchekrieges hineinzustürzen, der ein weltweiter Kernwaffenkrieg wäre ...

Die echte Alternative zu der westdeutschen Atomaufrüstung ist gewiesen. Sie besteht im Abschluß eines Abkommens der Vernunft und des guten Willens beider deutscher Staaten; im Abschluß der deutschen Friedensregelung und in einem ersten gemeinsamen Schritt der Deutschen Demokratischen Republik und der deutschen Bundesrepublik auf dem Wege zur Abrüstung. Wenn die beiden deutschen Staaten so handeln würden, dann könnten sie einen bedeutsamen Beitrag zur Verminderung der internationalen Spannungen, zum Verbot der Kernwaffen, zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung und damit auch zum friedlichen Zusammenleben in einer Konföderation als Weg zur Wiedervereinigung leisten. Die Deutsche Demokratische Republik ist zu jedem Tag und zu jeder Stunde dazu bereit."

(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 169 — 170 [W].)

31. 5. 63: DDR begrüßt Kekkonen-Plan zur Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Dr. Lothar Bolz, begrüßt und unterstützt in einem ADN-Interview den Vorschlag des Präsidenten der Republik Finnland, Dr. Urho Kekkonen, daß sich die nordeuropäischen Staaten zur kernwaffenfreien Zone erklären sollen:

„... Die Initiative des finnischen Staatspräsidenten entspricht ebenso wie unsere Vorschläge den Forderungen, die immer nachdrücklicher von allen europäischen Völkern erhoben werden, und dem Ergebnis der Umfrage, die der Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, Anfang des vergangenen Jahres über die Bildung kernwaffenfreier Zonen veranstaltete. Die Annahme des finnischen Vorschlages wäre ein bedeutender Beitrag zur Sicherung der friedlichen Koexistenz im Ostseeraum, zur Erfüllung des gemeinsamen Anliegens aller Ostseevölker, die Ostsee zu einem Meer des Friedens zu machen ...

Die Verwirklichung des Vorschlages des finnischen Staatspräsidenten liegt selbstverständlich in erster Linie im Interesse der nordischen Länder. Präsident Kekkonen hat selbst darauf hingewiesen, daß die

Proklamierung Nordeuropas als atomwaffenfreie Zone zu einer Festigung der Positionen der nordischen Länder führen würde.
Ich bin davon überzeugt, daß die Proklamierung Nordeuropas als kernwaffenfreie Zone auch die Anstrengungen begünstigen würde, die beispielsweise in Südamerika, in Afrika, am Stillen Ozean, im Mittelmeerraum und vor allem in Mitteleuropa in der gleichen Richtung unternommen werden. Die Bildung einer kernwaffenfreien Zone in einem den beiden deutschen Staaten benachbarten Raum würde die Kräfte in Westdeutschland stärken, die sich gegen die Bonner Atomkriegspolitik wenden. Die Initiative des finnischen Staatspräsidenten wird deshalb wie in Nordeuropa so auch von allen friedliebenden Kräften in beiden deutschen Staaten begrüßt."
(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 171—172 [A].)

20. 6. 63: Appell an die Bevölkerung Westdeutschlands zur Herstellung sachlicher und normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten

Die Regierung der DDR weist in einem Appell an die Bevölkerung Westdeutschlands mit allem Nachdruck auf die friedensgefährdenden Aktionen der Bonner Ultras hin, die täglich den kalten Krieg schüren und provokatorische Akte gegen die DDR durchführen. Die Regierung der DDR ruft die westdeutsche Bevölkerung auf, diesem gefährlichen Treiben, das zum atomaren Selbstmord führt, ein Ende zu setzen. Sie appelliert an die Vernunft und den guten Willen der westdeutschen Bevölkerung und erklärt u. a.:

„... Bürger Westdeutschlands! Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schlägt euch vor, endlich die Voraussetzungen für sachliche und normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu schaffen.
Beide Staaten sollten sich feierlich verpflichten, die Existenz des anderen Staates, seine politische und gesellschaftliche Ordnung zu respektieren, auf die Anwendung von Gewalt in jeder Form zu verzichten und die Grenzen des anderen Staates zu respektieren. Um zu einer echten Entspannung zu kommen, müssen Revanchehetze und Kriegspropaganda sofort eingestellt werden.
Beide deutsche Staaten sollten auf die Erprobung, den Besitz, die Herstellung und den Erwerb von Kernwaffen sowie auf die Verfügungsgewalt über sie verzichten.
Jeder westdeutsche Bürger, der Frieden und gute menschliche Beziehungen zwischen der Bevölkerung beider deutscher Staaten wünscht, möge sich dafür einsetzen, daß Verhandlungen zwischen beiden deutschen Regierungen zur Verwirklichung dieser lebensnotwendigen Vorschläge stattfinden ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 21. Juni 1963 [W].)

31. 7. 63: Walter Ulbricht: Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten normalisieren

Auf der 27. Sitzung der Volkskammer gibt Walter Ulbricht zu den Fragen der Friedenspolitik,

der Koexistenz und des Deutschlandproblems eine bedeutsame Erklärung ab. Zum Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten macht er folgende Ausführungen:

„... Wer die Spaltung überwinden will, der kann das nur im Kampf der Friedenskräfte erreichen, wenn er selbst dazu beiträgt, die Annäherung der beiden deutschen Staaten und ihre Verständigung zu fördern. Eine Verständigung über Weltanschauungen und Gesellschaftsordnungen ist wohl kaum real. Aber alle Meinungsverschiedenheiten und sogar Gegensätze sollten die Deutschen in Ost und West doch nicht daran hindern zu erkennen, daß sie auch viele gemeinsame Interessen haben und daß durchaus die Möglichkeit besteht, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und ihren Bürgern zunächst einmal aus dem Bereich des kalten Krieges herauszunehmen und zu normalisieren. Ohne Normalisierung keine Annäherung, ohne Annäherung keine Verständigung, keine Überwindung der Spaltung, keine Lösung der nationalen Frage.

Wie können wir Schritt um Schritt zu einer Normalisierung kommen?

1. Fangen wir mit ganz einfachen Sachen an. Das jetzt in Moskau abgeschlossene Abkommen über die Einstellung nuklearer Versuchsexplosionen in der Atmosphäre, unter Wasser und im Weltraum sollte es erleichtern, daß beide deutsche Staaten feierlich Verzicht leisten auf jegliche atomare Rüstung, daß beide deutsche Staaten sich dafür einsetzen, daß auf deutschem Boden atomare Waffen weder stationiert noch gelagert werden.

2. Die beiden deutschen Staaten sollten das Bemühen auch einiger NATO-Länder um Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages dadurch unterstützen, daß sie, die DDR und die westdeutsche Bundesrepublik, einen Nichtangriffspakt abschließen.

3. Die deutschen Staaten sollten ihrerseits einen Beitrag zum Abbau des gefährlichen Rüstungswettlaufes leisten, indem sie sich über die Verminderung ihrer Militärausgaben im Staatshaushalt und über einen Rüstungsstopp in Deutschland verständigen. Ich habe nicht im geringsten Zweifel, daß die große Mehrheit der Bürger der DDR wie auch der Bürger Westdeutschlands nichts dagegen hätte, wenn Milliarden Mark, die gegenwärtig alljährlich von der Rüstung in Anspruch genommen werden, künftig für Zwecke der friedlichen Entwicklung und zur Erhöhung des Lebensstandards aufgewandt würden.

Zur Erleichterung und Förderung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten sollten diese bei der Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges, die gleichermaßen Westdeutschland wie die DDR bedrohen, zusammenwirken ..."

(ddz 293/57.)

8. 8. 63: DDR unterzeichnet Teststoppvertrag

In Moskau unterzeichnet Dr. Lothar Bolz im Namen des Staatsratsvorsitzenden und der Regierung der DDR den Moskauer Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser. In einer kurzen Ansprache erklärt Dr. Bolz:

„... Mit dem Vertrag über das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser wurde ein erster Schritt zur Minderung der internationalen Spannungen getan, der die Lösung der ebenso dringlichen wie komplizierten Aufgaben erleichtern kann, die Menschheit vom Alpdruck eines nuklearen Vernichtungskrieges zu befreien ...
Da die Erhaltung und Sicherung des Friedens der Kern der deutschen Frage ist, begrüßt die Deutsche Demokratische Republik den Vertrag auch als einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten. Es wäre auch deswegen zu begrüßen, wenn sich die Bundesrepublik in ihrer Haltung gegenüber dem Moskauer Vertrag von den gleichen Grundsätzen wie die Deutsche Demokratische Republik leiten lassen und sich gleichfalls zur Unterzeichnung des Moskauer Vertrages entschließen würde ..."
(ddz 293/40 [W].)

15. 11. 63: DDR bekräftigt erneut Willen zur Mitwirkung an der Lösung der Abrüstungsfrage

Die Regierung der DDR übermittelt der XVIII. Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Erklärung zur Frage der allgemeinen und vollständigen Abrüstung. Darin bekräftigt die DDR erneut ihren Willen, an der Lösung der Abrüstungsfrage mitzuwirken, jeden Schritt in dieser Richtung zu unterstützen und selbst konstruktive Maßnahmen vorzuschlagen.
In der Erklärung heißt es:

„... An der Nahtstelle der beiden gegensätzlichen Militärgruppierungen sind, vor allem auch angesichts des aggressiven Charakters des westdeutschen Imperialismus, besondere Sicherheitsmaßnahmen erforderlich. Nachdem von deutschem Boden zwei Weltkriege ihren Ausgang genommen haben, muß alles getan werden, damit von hier aus nicht eine dritte — und diesmal atomare — Weltkatastrophe entfesselt wird. Besondere Entspannungs- und Sicherheitsmaßnahmen in beiden deutschen Staaten stellen daher keine Diskriminierung dar. Sie entsprechen vielmehr dem berechtigten Verlangen des ganzen deutschen Volkes nach Frieden und Sicherheit und tragen der Forderung des Potsdamer Abkommens nach besonderen Sicherheitsmaßnahmen gegen die Wiederholung einer deutschen Angriffspolitik Rechnung.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik betrachtet die Mitwirkung beider deutscher Staaten an der Entspannung und ihren Verzicht auf Kernwaffen als entscheidende Fragen der Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt. Sie hat wiederholt ihre Bereitschaft erklärt, alle dazu notwendigen Vereinbarungen und Maßnahmen gemeinsam mit der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik zu treffen ...
Bisher sind alle Vorschläge der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, von deutschem Boden aus der Entspannung den Weg zu ebnen und das Zentrum Europas aus dem Atomrüsten herauszuhalten, an der ablehnenden Haltung der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik gescheitert ...
Die Regierung der Deutschen Demo-

kratischen Republik drückt die Hoffnung und Erwartung aus, daß die XVIII. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen auf dem Wege zur Entspannung und Abrüstung weiter voranführt. Sie wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um an der Lösung dieses größten Anliegens der gesamten Menschheit mitzuwirken."

(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 184 — 185 [W].)

28. 11. 63: Vorschlag für Weltkampagne gegen Atomkriegspolitik

Auf der Tagung des Weltfriedensrates in Warschau appelliert die Delegation der DDR unter Hinweis auf die Absicht Bonns, durch eine multilaterale Atomstreitmacht in den Besitz von Kernwaffen zu kommen, an den Weltfriedensrat, eine Weltkampagne gegen die gefährliche Atompolitik der Westmächte einzuleiten. (s. ddz 300/52.)

3. 1. 64: Neue Vorschläge Walter Ulbrichts für Entspannung, Verständigung und Sicherung des Friedens

Auf einer Festveranstaltung des ZK der SED zum 45. Jahrestag der Gründung der KPD würdigt der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, die Gründung der KPD an der Jahreswende 1918/19 als hervorragendes Ereignis in der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung. Gestützt auf die Lehren aus der jüngeren deutschen Vergangenheit, wird in der Rede zur gegenwärtigen Situation in Deutschland Stellung genommen. Erneut werden Vorschläge über den Weg zu einem Abkommen der Vernunft und des guten Willens zwischen beiden deutschen Staaten und Westberlin unterbreitet.

Walter Ulbricht stellt folgende Vorschläge zur Diskussion:

„... Zu Beginn des neuen Jahres wenden wir uns an die Bürger in Westdeutschland und Westberlin, an die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik und den Senat von Westberlin mit dem Vorschlag, im Jahre 1964 eine Entspannung zwischen den deutschen Staaten und zwischen der DDR und Westberlin durch Verhandlungen und schrittweise Verständigung herbeizuführen. In der offenen Aussprache zwischen den Deutschen, zwischen den Mitgliedern der Regierungen beider deutscher Staaten, zwischen den Mitgliedern der politischen Parteien, Gewerkschaften und gesellschaftlichen Organisationen stellen wir folgende Vorschläge zur Entspannung in Deutschland, zur Sicherung des Friedens und zur Überwindung der Spaltung zur Diskussion:

1. Normalisierung und Ausbau des Handels zwischen beiden deutschen Staaten und Westberlin durch Beseitigung der den Handel schädigenden Bestimmungen und Praktiken.

2. Bewahrung unseres Volkes vor einer Atomkriegskatastrophe durch den Abschluß eines Vertrages zwischen der DDR und der Bundesrepublik über den Verzicht auf Kernrüstung, Kernwaffenproduktion und Teilnahme an multilateraler Kernwaffenrüstung. Gemeinsames Eintreten beider deutscher Staaten

für eine kernwaffenfreie Zone in Europa.
3. Verminderung der Kriegsgefahr und der Rüstungslasten durch Vereinbarung eines Rüstungsstopps und Verzicht auf Erhöhung der Militärausgaben.
4. Normalisierung der Beziehungen durch Verhandlungen zwischen Vertretern der DDR und der Bundesrepublik. Zur Herbeiführung einer Entspannung sollten Maßnahmen zum Abbau des kalten Krieges vereinbart werden.
5. Um ein friedliches Miteinanderleben beider deutscher Staaten zu ermöglichen und den Weg zur Überwindung der Spaltung frei zu machen, wäre die Bildung gemeinsamer Kommissionen zwischen Vertretern der Regierungen beider deutscher Staaten und Westberlins von Nutzen ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 4. Januar 1964.)
(ddz 303/47.)

6. 1. 64: Walter Ulbricht schlägt Erhard Vertrag über umfassenden Kernwaffenverzicht vor

Der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, richtet einen Brief an den westdeutschen Bundeskanzler, Prof. Dr. Ludwig Erhard, und unterbreitet den Entwurf eines Vertrages zwischen der DDR und Westdeutschland über den umfassenden Verzicht auf Kernwaffen. In dem Schreiben wird festgestellt:

„... Das Risiko der Auslösung eines Kernwaffenkrieges aus machtpolitischen Interessen oder selbst durch Zufall nimmt mit der Ausweitung der Zahl der kernwaffenbesitzenden Staaten sprunghaft zu. Ich halte es daher für ein Gebot der Stunde, mich an Sie mit dem dringenden Appell zu wenden, angesichts der drohenden Gefahren für unsere Nation alles zurückzustellen, was Sie und mich in den politischen Auffassungen trennt, und gemeinsam Schritte zu tun, um die Gefahr eines Kernwaffenkrieges zu bannen. Im Interesse der Sicherheit der Deutschen in Ost und West, im Interesse des Lebens und der Gesundheit künftiger deutscher Generationen, im Interesse der Erhaltung der unschätzbaren künstlerischen und wissenschaftlichen Werte deutscher Vergangenheit und Gegenwart hoffe ich auf Ihre Einsicht, daß es notwendig ist, sich ohne Verzug über einen umfassenden Verzicht auf Kernwaffen zu verständigen. Es muß verhindert werden, daß an der Nahtstelle der beiden größten Militärbündnisse der Welt weiter der Zündstoff eines atomaren Krieges angehäuft wird. Heute ist die Lage so, daß ein Land, das sich im Besitz von Kernwaffen befindet, im Konfliktfalle den Einsatz der Kernwaffen der anderen Seite direkt auf sich zieht. Deshalb widersetzen sich auch einige NATO-Mächte nachdrücklich der Stationierung von Kernwaffen auf ihrem Territorium. Für die deutschen Gebiete wäre es die beste Sicherheitsgarantie, wenn wir sie von Kernwaffen frei halten würden und wenn wir eine Garantie der Mitgliedsstaaten der NATO und des Warschauer Vertrages sowie der Vereinten Nationen erhalten könnten, daß Kernwaffen dritter Staaten niemals gegen die deutschen Gebiete eingesetzt werden.
Das ist in erster Linie ein humanitäres Anliegen, dessen Verwirklichung nicht an politischen oder

rechtlichen Vorbehalten scheitern darf. Falls Sie den Wunsch haben sollten, eine Präjudizierung der staatlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu vermeiden, so bin ich im Interesse der Sache bereit, einer Regelung zuzustimmen, die diesem Standpunkt Rechnung tragen würde. In der Frage Krieg oder Frieden dürfen wir uns nicht von Prestigeinteressen, nicht von Fragen gegenseitiger Anerkennung leiten lassen, sondern unser ganzes Handeln muß von den Lebensinteressen der deutschen Nation bestimmt werden. Wenn hier überhaupt von Anerkennung gesprochen werden kann, so nur von der Anerkennung der Notwendigkeit, die Gefahr der Vernichtung unserer Nation durch einen Kernwaffenkrieg zu bannen.
Geleitet von diesem Streben, übermittle ich Ihnen den Entwurf eines Vertrages zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über den umfassenden Verzicht auf Kernwaffen ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 16. Januar 1964.)
(ddz 302/48 — 49.)

16. 1. 64: Warnung vor westdeutschen Bestrebungen zur Schaffung einer multilateralen Kernstreitmacht der NATO — DDR erneuert Vorschlag auf Kernwaffenverzicht beider deutscher Staaten

In Noten gleichen Inhalts an die Regierungen von 97 Staaten weist das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR auf die Gefahren hin, die sich aus dem Kernwaffenstreben der westdeutschen Regierung ergeben.
Gleichzeitig wird versichert, daß die Regierung der DDR bereit ist, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um einer Weiterverbreitung von Kernwaffen entgegenzuwirken.
Wörtlich heißt es:

„... Die Deutsche Demokratische Republik ist daher bereit, sich sofort zu einem umfassenden Kernwaffenverzicht zu verpflichten, wenn die westdeutsche Bundesrepublik die gleiche Verpflichtung eingeht.
Eine solche Verpflichtung beider deutscher Staaten sollte umfassen:
— den Verzicht, selbst oder mit fremder Hilfe Kernwaffen auf dem eigenen Staatsgebiet oder in anderen Staaten zu produzieren;
— den Verzicht, Kernwaffen oder diesbezügliche Produktions- und Forschungsunterlagen zu erwerben oder anzuwenden;
— den Verzicht, in irgendeiner Form direkt oder indirekt über dritte Staaten oder Mächtegruppierungen die Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erlangen;
— den Verzicht, in irgendeiner Form an Kernwaffenversuchen teilzunehmen oder Kernwaffen zum Einsatz zu bringen.
Die Deutsche Demokratische Republik ist bereit, einer strengen internationalen Kontrolle der Einhaltung dieses Verzichts zuzustimmen, die durch eine paritätische Kommission aus Vertretern der Staaten des Warschauer Vertrages und der Staaten der NATO oder durch andere, unter Mitwirkung der Vereinten Nationen gebildete internationale Gremien ausgeübt werden könnte ..."

(15 Jahre Kampf der Deutschen

Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 191 — 196 [W].)

1. 2. 64: DDR bereit, an Übereinkommen über Gewaltverzicht bei Grenzstreitigkeiten mitzuwirken

In der Antwort des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, auf die Neujahrsbotschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow an die Staats- und Regierungschefs der Länder der Erde wird festgestellt, daß die Vorschläge der Sowjetunion den Lebensinteressen des deutschen Volkes und der Außenpolitik der DDR entsprechen.
Wörtlich heißt es in dem Schreiben:

„... Der von Ihnen unterbreitete Vorschlag der Sowjetregierung, ein Übereinkommen über den Verzicht auf Gewaltanwendung bei der Regelung territorialer Streitigkeiten abzuschließen, entspricht also den Lebensnotwendigkeiten und nationalen Interessen auch des deutschen Volkes sowie den persönlichen Belangen jedes friedwilligen Deutschen. Darüber hinaus sind beide deutsche Staaten durch die internationalen Abkommen über die friedliche Zukunft Deutschlands in besonderer Weise völkerrechtlich verpflichtet, beispielhaft an der Sicherung des Friedens mitzuwirken. Von den nationalen Interessen und den Interessen des Weltfriedens geleitet, unterstützen Staatsrat und Regierung der Deutschen Demokratischen Republik voll und ganz den neuen Friedensvorschlag, den die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken der Welt unterbreitet hat. Die Deutsche Demokratische Republik wird alle ihre Kräfte einsetzen, um an der Verwirklichung eines Übereinkommens oder eines Vertrages über den Verzicht der Staaten auf Anwendung von Gewalt zur Lösung territorialer Streitigkeiten und Grenzfragen mitzuwirken ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 3. Februar 1964.)

3. 2. 64: Erklärung an 18-Staaten-Abrüstungsausschuß

Im Auftrag der Regierung der DDR übergibt der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Georg Stibi, in Genf den Kopräsidenten des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses, Zarapkin und Foster, eine „Erklärung der Regierung der DDR an den 18-Staaten-Abrüstungsausschuß", der ein Entwurf des Vertrages zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der Bundesrepublik über den umfassenden Verzicht auf Kernwaffen beigefügt ist, den Walter Ulbricht am 6. Januar 1964 dem Bonner Kanzler Erhard hatte übermitteln lassen.
Die Erklärung schließt mit folgendem Appell:

„... Eine Verständigung über einen Kernwaffenverzicht beider deutscher Staaten würde unzweifelhaft ein Beitrag zum erfolgreichen Fortgang der Verhandlungen des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses sein. Es läge daher im Interesse sowohl der Mitglieder des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses als auch aller anderen Staaten, wenn sie eine Verständigung beider deutscher Staaten über ihren umfassenden Verzicht auf Kernwaffen tatkräftig unterstützen würden.
In Übereinstimmung mit ihrem der

westdeutschen Bundesrepublik übermittelten Vertragsentwurf über den umfassenden Kernwaffenverzicht beider deutscher Staaten bittet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den 18-Staaten-Abrüstungsausschuß zu prüfen, ob er sich mit dem Vorschlag an die Vollversammlung der Vereinten Nationen wenden könnte, den kernwaffenbesitzenden Staaten zu empfehlen, ihre Kernwaffen schrittweise von deutschem Boden zurückzuziehen — soweit sie Kernwaffen dort stationiert haben — und die Verpflichtung zu übernehmen, beide deutsche Staaten als dauernd kernwaffenfreie Gebiete zu achten, gegen die in keinem Fall Kernwaffen eingesetzt werden dürfen."

(Neues Deutschland, Berlin, 4. Februar 1964.)
(ddz 305/50.)

15. 4. 64: DDR bereit, an einer Zone des Einfrierens nuklearer Rüstungen teilzunehmen

Botschafter Karl Mewis übergibt in Warschau die Antwort der Regierung der DDR auf das ihr überreichte Memorandum der Regierung der VR Polen über das Einfrieren nuklearer Rüstungen in Mitteleuropa. Die Regierung der DDR begrüßt und unterstützt in ihrer Antwortnote die Initiative der Regierung der VR Polen:

„... Die Deutsche Demokratische Republik ist bereit, an der vorgeschlagenen Zone des Einfrierens der Kernrüstungen teilzunehmen und die notwendigen Verpflichtungen im Rahmen entsprechender Vereinbarungen zu übernehmen ...

Angesichts der von der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik betriebenen Revanchepolitik und des Strebens der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik nach der Verfügungsgewalt über Kernwaffen im Rahmen einer multilateralen NATO-Kernstreitmacht mißt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Initiative der Regierung der Volksrepublik Polen besondere Bedeutung bei ...

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik betrachtet es als ein Gebot nationaler Selbsterhaltung, die Gefahr eines Kernwaffenkrieges in Mitteleuropa Schritt für Schritt zurückzudrängen. Die Verwirklichung des Vorschlages der Regierung der Volksrepublik Polen über das Einfrieren der Kernrüstungen in Mitteleuropa wäre ein solcher Schritt. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um ihrerseits zu erleichtern, daß dieser Vorschlag in die Tat umgesetzt werden kann ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 12. Mai 1964.)

22. 4. 64: DDR erneuert Vorschlag zum Abschluß eines Vertrages über den umfassenden Verzicht beider deutscher Staaten auf Kernwaffen

In einer Erklärung begrüßt die Regierung der DDR die im Ergebnis eines Meinungsaustausches zustande gekommenen Erklärungen der Regierungschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens (s. ND vom 21. April 1964) über die Einschränkung der Produktion spaltbaren Materials für militärische Zwecke. Die DDR verweist in diesem Zusammenhang auf die Gefahren, die sich aus dem Bestreben Bonns zur Schaffung einer multilateralen NATO-Atom-

streitmacht für den Weltfrieden ergeben, und erneuert ihr Angebot zum Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomwaffen:

„... Die Schaffung der multilateralen NATO-Atomstreitmacht wäre ein ernster Schlag gegen die Bemühungen um Entspannung und Abrüstung, die durch die Erklärung der Regierungschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens neuen Auftrieb erhalten haben.

Angesichts des neuen hoffnungsvollen Schrittes zur Entspannung, der die Zustimmung aller friedliebenden Menschen findet, betont die Regierung der DDR nachdrücklich die Notwendigkeit von konkreten Schritten zur Verständigung und Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten. Sie bekräftigt ihre Auffassung, daß beide deutsche Staaten durch den Verzicht auf Kernwaffen ihren Beitrag zur Entspannung leisten müssen, und erneuert ihren Vorschlag, einen Vertrag über den umfassenden Verzicht beider deutscher Staaten auf Kernwaffen abzuschließen. Das würde sowohl der internationalen Verpflichtung beider deutscher Staaten zur Friedenssicherung im Herzen Europas wie auch den ureigensten nationalen Interessen des deutschen Volkes entsprechen."

(15 Jahre Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1964, S. 206 [W].)

26. 5. 64: Brief Walter Ulbrichts an Bundeskanzler Erhard mit Vorschlägen für eine friedliche deutsche Zukunft

Trotz der Tatsache, daß der Bonner Kanzler auf das Schreiben Walter Ulbrichts vom 6. Januar 1964 mit Brüskierung reagierte, wendet sich der Vorsitzende des Staatsrates der DDR erneut an den westdeutschen Bundeskanzler. Walter Ulbricht kennzeichnet eindringlich und mit großem Ernst die Situation in Deutschland und beweist, daß der Weg, den die Bonner Regierung heute geht, in den Abgrund führt. Gleichzeitig unterbreitet Walter Ulbricht Vorschläge für eine friedliche deutsche Zukunft:

„... Da es ja schließlich um das Wohl und Wehe, um die Zukunft aller Deutschen, der Bürger beider deutscher Staaten und des besonderen Territoriums Westberlin, geht, schlage ich vor:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verpflichten sich durch selbständige Erklärungen:

— weder auf eigenem Hoheitsgebiet noch auf dem Gebiet anderer Staaten selbst oder mit fremder Hilfe Kernwaffen zu produzieren;

— Kernwaffen oder diesbezügliche Produktions- und Forschungsunterlagen nicht zu erwerben oder anzunehmen;

— in keiner Form direkt oder indirekt über dritte Staaten oder Mächtegruppierungen allein oder im Bunde mit anderen Staaten danach zu streben, Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erlangen;

— in keiner Weise an Versuchen mit Kernwaffen teilzunehmen;

— Kernwaffen jedweder Art auf dem eigenen Hoheitsgebiet nicht zu stationieren oder durch dritte Staaten oder Mächtegruppierungen stationieren zu lassen;

— Kernwaffen niemals selbst oder

über dritte Staaten oder Mächtegruppierungen zum Einsatz zu bringen.
Wir sind bereit, auch jeden anderen Entwurf einer solchen Erklärung entgegenzunehmen und zu prüfen.
Ich bitte die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Abgeordneten des Bundestages und der Länderparlamente, die Führungen der politischen Parteien, die Gewerkschaften, die Frauenorganisationen, die Bauern- und Jugendverbände, zu folgenden drei Fragen Stellung zu nehmen:
1. Frage: Sind Sie für Verzicht auf atomare Rüstung in jeglicher Form, für schrittweise Abrüstung einschließlich entsprechender Kontrollmaßnahmen und für Herabsetzung der Rüstungsausgaben in beiden deutschen Staaten?
2. Frage: Sind Sie für Verständigung und gleichberechtigte Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten und Westberlins mit dem Ziel der Überwindung der Spaltung der Nation und der Schaffung eines einheitlichen friedliebenden Deutschlands?
3. Frage: Sind Sie im Interesse der Überwindung der Spaltung für die Zusammenarbeit und das allmähliche Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten und Westberlins durch Bildung eines Deutschen Rates, der sich paritätisch aus Vertretern der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik und des Bundestages der Bundesrepublik zusammensetzt?
Sagen Sie Ja, Herr Erhard, zur friedlichen Verständigung und Nein zur Atomrüstung! ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 28. Mai 1964.)

11. 6. 64: DDR für Verzicht beider deutscher Staaten auf Kernwaffen

Der Erste Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Staatssekretär Otto Winzer, wendet sich in einem Schreiben an die Kopräsidenten des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses in Genf, W. A. Sorin und W. C. Foster, und setzt sie von dem Vorschlag Walter Ulbrichts vom 26. Mai 1964 an den westdeutschen Bundeskanzler Erhard in Kenntnis, daß beide deutsche Staaten unabhängig voneinander durch selbständige Erklärungen ihrer Regierungen auf Kernwaffen verzichten sollten. Winzer bittet den Ausschuß, das Bemühen der DDR zu unterstützen. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 17. Juni 1964.)

12. 6. 64: Walter Ulbricht verkündet deutsche Friedensdoktrin

In einer Rede auf der Freundschaftskundgebung im Kongreßpalast des Kreml anläßlich seines Freundschaftsbesuches in der UdSSR macht Walter Ulbricht folgende Ausführungen:
„... Angesichts der gefährlichen Konsequenzen der Bonner Politik gegen Entspannung und Verständigung erscheint es mir notwendig, mit einer deutschen Friedensdoktrin allen an Frieden und Entspannung interessierten Völkern und Regierungen den Weg der Ablösung der Nachkriegszeit durch eine stabile Friedensregelung und zugleich der friedlichen Lösung der deutschen Frage zu zeigen. Grundlage ist immer die Anerkennung der Realitäten, so wie sie sich nach dem zweiten Weltkrieg entwickelt haben.

Hier ist die deutsche Friedensdoktrin: Anerkennung der bestehenden deutschen Grenzen gibt mehr Sicherheit in Europa.

Anerkennung der Gleichberechtigung beider deutscher Staaten und die Respektierung ihres Selbstbestimmungsrechts sichert den Frieden in Deutschland und Europa und bahnt den Weg für die Wiedervereinigung zu einem friedliebenden Deutschland.

Die Normalisierung der Beziehungen der Staaten Europas, Asiens, Afrikas, Amerikas zu beiden deutschen Staaten fördert die Sicherheit in Europa und die Verständigung der Deutschen.

Die Durchsetzung der deutschen Friedensdoktrin ist notwendig

— weil sie dem Erfordernis entspricht, an Stelle der vom kalten Krieg vergifteten Nachkriegsatmosphäre im Herzen Europas mit Auswirkung für die ganze Welt eine Atmosphäre des Friedens, der Respektierung der souveränen Rechte der Staaten und der sachlichen Zusammenarbeit zwischen ihnen zu setzen;

— weil sie zur Entschärfung eines der gefährlichsten Spannungsherde in der Welt beiträgt und so wirksam die internationale Entspannung fördert;

— weil sie zur Überwindung der Politik des Revanchismus und der Atomrüstung der westdeutschen Bundesrepublik beiträgt und damit den Interessen der deutschen Nation ebenso entspricht wie den Interessen aller Völker;

— weil sie die Herstellung einer stabilen Friedensordnung in Europa unterstützt und den Weg zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung erleichtert;

— weil sie der Tatsache Rechnung trägt, daß die Einheit der deutschen Nation nur wiederhergestellt werden kann, wenn mit der Revanchepolitik und Atomrüstung in Westdeutschland Schluß gemacht wird, wenn es zu gleichberechtigten und von ausländischer Bevormundung freien Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten kommt. Auf dem Boden der westdeutschen Ausschließlichkeitsanmaßung gibt es keinen Weg zur Wiederherstellung der Einheit der Nation;

— weil sie zur Normalisierung der Beziehungen aller Staaten der Welt zu beiden deutschen Staaten führt und damit einen Faktor der Störung sachlicher internationaler Beziehungen beseitigt.

Eine solche deutsche Friedensdoktrin liegt im Interesse nicht nur der Bürger der DDR, sondern auch der Bürger des westdeutschen Staates und des besonderen Territoriums Westberlin. Sie kann wesentlich dazu beitragen, die glimmenden Reste des zweiten Weltkrieges zu beseitigen. Sie kann dazu beitragen, den verschiedenen Staaten, die heute noch unter westdeutschem Druck vor der den Frieden gefährdenden Hallstein-Doktrin zurückweichen, Entscheidungen zur Wiederherstellung der Grundsätze des Völkerrechtes zu erleichtern ..."

(Schriftenreihe des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1964, Nr. 2/1964 [W].)

(Kampf der DDR für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1967, S. 294 bis 296 [A].)

12. 6. 64: Abschluß eines Freundschaftsvertrages DDR-UdSSR

Zum Abschluß seines Freundschaftsbesuches in der UdSSR unterzeichnen der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, und der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow zwei bedeutsame Dokumente: Den „Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" sowie das Kommuniqué über den Freundschaftsbesuch. (Wortlaut s. Neues Deutschland, 13. und 14. Juni 1964.)

Über die Bedeutung dieses historischen Dokuments macht Walter Ulbricht bei seiner Ankunft in Berlin am 13. Juni 1964 folgende Ausführungen:

„... Der Freundschaftsvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion ist ein entscheidender Baustein für eine umfassende Friedensordnung in Europa; er erstrebt und erleichtert die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges, den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Normalisierung der Lage in Westberlin ...

Ein friedliebendes, demokratisches und einheitliches Deutschland aber kann es nur geben, wenn entsprechend unseren Vorschlägen beide deutsche Staaten auf jede Art atomarer Bewaffnung verzichten, sich über die allgemeine und vollständige Abrüstung verständigen und ihren Beitrag zur Sicherung eines dauerhaften Friedens in Europa leisten. Es gibt eben nur einen Weg zur Lösung der nationalen Probleme unseres Volkes: Das ist der von der Deutschen Demokratischen Republik gewiesene Weg der Anerkennung der Realitäten, der sachlichen Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten und Westberlins im Interesse des Friedens!

In diesem Sinne verkünden wir unsere deutsche Friedensdoktrin als ein Mittel zur Verwirklichung der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten, zur Gewährleistung einer friedlichen Entwicklung im Herzen Europas.

In diesem Sinne ist der Vertrag über Freundschaft und gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR ein Vertrag zur Gewährleistung einer friedlichen und glücklichen Zukunft Deutschlands ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 14. Juni 1964.)

25. 6. 64: DDR-Protest gegen Lübke-Wahl in Westberlin

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR wendet sich mit Noten an die drei Westmächte und protestiert gegen das provokatorische Vorhaben der westdeutschen Regierung, den westdeutschen Bundespräsidenten in Westberlin zu wählen. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 27. Juni 1964.)

13. 7. 64: Memorandum zum Freundschaftsvertrag DDR-UdSSR und zur deutschen Friedensdoktrin

Die Regierung der DDR informiert in einem gleichlautenden Memorandum die Regierungen von 85 Staaten über den Inhalt des

Freundschaftsvertrages zwischen der DDR und der UdSSR und die vom Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, verkündete deutsche Friedensdoktrin. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 5. August 1964.)

18. 7. 64: DDR-Erklärung zum Abkommen zwischen den USA und den NATO-Staaten über die Weitergabe von Atominformationen

Ein Sprecher des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR gibt folgende Erklärung ab:

„Vor kurzem unterzeichnete der westdeutsche Vertreter bei der NATO ein Abkommen zwischen den USA und den NATO-Staaten über die Weitergabe von Atominformationen. Dieses Abkommen, das ein zwischen den USA und der NATO im Jahre 1955 geschlossenes Übereinkommen ablöst, bedeutet ein weiteres gefährliches Nachgeben der USA-Regierung gegenüber dem ständigen Drängen der Regierung in Bonn nach Kernwaffen. Die Unterzeichnung bedeutet einen neuen Schritt auf dem Wege zur atomaren Aufrüstung der westdeutschen Bundesrepublik. Darüber können auch nicht die zur Beruhigung sowohl der eigenen Bevölkerung wie auch der Weltöffentlichkeit abgegebenen Erklärungen der USA-Regierung hinwegtäuschen, das Abkommen beinhalte ‚nur' die Weitergabe von Atominformationen an die einzelnen NATO-Staaten, schließe aber die Weitergabe von Kernwaffen ‚als solche' aus.

Nach den vorliegenden Informationen wird der westdeutschen Regierung mit dem neuen Abkommen eine direkte Beteiligung an der atomaren Planung der USA eingeräumt. Es ermöglicht somit eine direkte Einflußnahme der aggressivsten Kräfte innerhalb der NATO auf die atomare Ziel- und Einsatzplanung der USA.

Ferner soll die westdeutsche Bundesrepublik künftig auf dem Wege der zweiseitigen Zusammenarbeit USA-Westdeutschland umfangreichere Atominformationen erhalten. Das ist um so gefährlicher, als in Westdeutschland schon seit längerer Zeit intensive Vorbereitungen zur Aufnahme einer eigenen Atomwaffenproduktion betrieben werden und somit jede Überlassung von Atomgeheimnissen eine Unterstützung der Atomrüstungspläne der westdeutschen Regierung darstellt. Damit wird sie in die Lage versetzt, mit geringsten Kosten die eigene Atomwaffenproduktion vorzubereiten.

Schließlich sieht das Abkommen die Überlassung von Informationen über moderne Trägersysteme vor, die bekanntlich für den Aufbau einer Atomstreitmacht ebenso von Bedeutung sind wie der Besitz von Atomsprengköpfen.

Die Politik der USA-Regierung in dieser Frage läuft faktisch — ob es in ihrer Absicht liegt oder nicht — darauf hinaus, den westdeutschen Revanchisten Schritt für Schritt die Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu übertragen. Das gilt für das erwähnte Abkommen über Atominformationen und in noch viel stärkerem Maße für das Projekt einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR warnt nachdrücklich vor der Fortsetzung dieses für den Frieden und die Sicherheit der Völker Europas und der Welt

äußerst gefährlichen Weges. Es ist der Auffassung, daß der Abschluß einer Vereinbarung über die Nichtweitergabe von Kernwaffen, die von der Mehrheit der Staaten der Welt unterstützt wird, angesichts dieser Tatsachen zu einer noch dringenderen Notwendigkeit wird."

(Kampf der DDR für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1967, S. 296 bis 297 [W].)

31. 7. 64: Aufruf Prof. Albert Nordens zur Verhinderung eines neuen Weltkrieges

Anläßlich des 50. Jahrestages des Beginns des ersten Weltkrieges berät das Präsidium des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland mit namhaften Vertretern aus 12 Ländern, zahlreichen Gästen aus Westdeutschland und 300 Vertretern der Nationalen Front aus den Bezirken der DDR, wie in ganz Deutschland eine feste Friedensordnung geschaffen werden kann. Prof. Albert Norden betont gegenüber den ausländischen Gästen, die Bürger der DDR und ihre Jugend seien von der Idee beseelt, daß um keinen Preis noch einmal ein Krieg von deutschem Boden ausgehen darf. Das Präsidium des Nationalrates übergibt eine Deklaration mit dem dringenden Appell an die Völker der Welt, die Bemühungen der DDR und aller friedliebenden Menschen Deutschlands zur Verhinderung eines neuen Weltkrieges zu unterstützen. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 1. August 1964; ddz 317/35 bis 38.)

1. 9. 64: Vorschläge Walter Ulbrichts zur Minderung der Atomkriegsgefahr

In einer Erklärung auf der 7. Sitzung der Volkskammer aus Anlaß des 25. Jahrestages des Ausbruchs des zweiten Weltkrieges und des 50. Jahrestages des Ausbruchs des ersten Weltkrieges weist der Vorsitzende des Staatsrates der DDR auf die besondere Verpflichtung beider deutscher Staaten hin, ihren Beitrag zum Frieden zu leisten.

Als Schritte zur Entspannung schlägt Walter Ulbricht folgende Maßnahmen vor:

„... Da gegenwärtig die Bonner Regierung noch nicht zu Verhandlungen über eine umfassende Sicherung des Friedens und eine Lösung der deutschen Frage bereit ist, treten wir dafür ein, daß die beiden deutschen Staaten wenigstens einige erste Maßnahmen zur Minderung der Spannungen und zur Abrüstung verwirklichen ...

1. Beide deutsche Staaten verpflichten sich durch selbständige Erklärungen

— weder auf eigenem Hoheitsgebiet noch auf dem Gebiet anderer Staaten selbst oder mit fremder Hilfe Kernwaffen zu produzieren;

— Kernwaffen oder diesbezügliche Produktions- und Forschungsunterlagen nicht zu erwerben oder anzunehmen;

— in keiner Form direkt oder indirekt über dritte Staaten oder Mächtegruppierungen allein oder im Bund mit anderen Staaten danach zu streben, Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erlangen;

— in keiner Weise an Versuchen mit Kernwaffen teilzunehmen;

— Kernwaffen jedweder Art auf dem eigenen Hoheitsgebiet nicht zu stationieren oder durch dritte Staaten oder Mächtegruppierungen stationieren zu lassen;
— Kernwaffen niemals selbst oder über dritte Staaten oder Mächtegruppierungen zum Einsatz zu bringen.

2. Beide deutsche Staaten wenden sich an die vier Mächte des Potsdamer Vertrages mit der Aufforderung, beide deutsche Staaten als dauernd kernwaffenfreie Gebiete zu achten und, soweit sie Kernwaffen auf deutschem Boden stationiert haben, diese zurückzuziehen.

3. Beide deutsche Staaten nehmen eine wesentliche Reduzierung ihrer Militärbudgets vor, wobei sie die frei werdenden Mittel für soziale Zwecke und für die Unterstützung ökonomisch schwach entwickelter Länder verwenden.

Selbstverständlich sind damit die Möglichkeiten eines aktiven Wirkens beider deutscher Staaten für Frieden und Entspannung bei weitem nicht erschöpft. Darüber hinaus könnten sie wirksam zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit beitragen. Das könnte zum Beispiel in folgender Weise geschehen:

— Entsprechend den Vorschlägen der Sowjetunion erklären sich beide deutsche Staaten bereit, auf Gewaltanwendung bei der Regelung strittiger Fragen zu verzichten.
— Beide deutsche Staaten treten für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages ein.
— Sie unterstützen den Vorschlag der Volksrepublik Polen über das Einfrieren der nuklearen Rüstungen in Mitteleuropa als ersten Schritt zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone.
— Um die Gefahr von Überraschungsangriffen herabzusetzen, erklären sie sich mit der Einrichtung von Bodenkontrollstationen unter der Voraussetzung einverstanden, daß diese Maßnahmen mit einer Reduzierung der ausländischen Truppen auf deutschem Territorium einhergehen.
— Auf der Grundlage einer Vereinbarung über das Einfrieren der nuklearen Rüstungen erklären beide deutsche Staaten ihre Bereitschaft, einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa beizutreten. Sie setzen sich für die Schaffung einer Zone des nuklearen Disengagements zwischen den beiden Militärgruppierungen von Nord- bis Südeuropa ein und unterstützen eine Vereinbarung über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen.
— Beide deutsche Staaten erklären sich bereit, zur Einhaltung der Abrüstungsverpflichtungen eine internationale Kontrolle auf ihrem Territorium zuzulassen, die sich paritätisch aus Vertretern der NATO und des Warschauer Vertrages zusammensetzt ..."

(Stenografische Niederschrift der Volkskammer der DDR, 4. Wahlperiode, 7. Sitzung, 1. September 1964 [W].)

(Kampf der DDR für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1967, S. 297 bis 300 [A].)

1. 9. 64: Appell der Volkskammer der DDR an die Staaten der Anti-Hitler-Koalition zur Schaffung einer stabilen Friedensordnung in Europa

In dem Appell heißt es u. a.:

„Getragen von der Verantwortung für das friedliche Leben der deutschen Nation und den Frieden in Europa, wendet sich die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik aus Anlaß des 25. Jahrestages des Ausbruchs des zweiten Weltkrieges und des 50. Jahrestages des ersten Weltkrieges an die Staaten und Völker der Anti-Hitler-Koalition mit dem eindringlichen Appell, aktiv daran mitzuwirken, daß eine stabile Friedensordnung in Europa geschaffen wird ...

Die Deutsche Demokratische Republik ist bereit, sofort auf der Grundlage einer Politik des gegenseitigen Beispiels folgende Maßnahmen zu verwirklichen:

— Verzicht beider deutscher Staaten auf Kernwaffen in jeder Form;

— Aufforderung an die vier Mächte, beide deutsche Staaten als dauernd kernwaffenfrei zu achten, und, soweit sie Kernwaffen auf deutschem Boden stationiert haben, diese zurückzuziehen;

— Reduzierung der Militärbudgets beider deutscher Staaten in beträchtlichem Ausmaß.

Um darüber hinaus wirksam zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit beizutragen, schlägt die Deutsche Demokratische Republik vor, daß beide deutsche Staaten für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages eintreten; sich bereit erklären, einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa beizutreten, und eine Vereinbarung über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen unterstützen ...

Noch immer gibt es keinen deutschen Friedensvertrag, noch immer bestehen anachronistische Reste aus der Zeit der alliierten Besetzung Deutschlands. Um eine feste Barriere gegen einen dritten Weltkrieg zu schaffen, muß der deutsche Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten endlich abgeschlossen und Westberlin in eine freie, neutrale Stadt umgewandelt werden. Solange die westdeutschen Revanchisten nicht in die Schranken gewiesen werden, gibt es weder Ruhe noch Sicherheit in Europa.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik richtet an diesem Tage an die Parlamente und Regierungen der Staaten der Anti-Hitler-Koalition erneut den eindringlichen Appell, dazu beizutragen, die längst fällige deutsche Friedensregelung endlich herbeizuführen. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich besonders eindringlich an die Parlamente und Regierungen der Westmächte, eingedenk der Verpflichtungen zu handeln, die diese Staaten in den Vereinbarungen der Anti-Hitler-Koalition für die Gewährleistung einer friedlichen Entwicklung auf deutschem Boden übernommen haben. Sie fordert die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich auf, endlich dafür zu sorgen, daß auch in Westdeutschland im Interesse des Friedens und der Sicherheit der Völker der Militarismus ausgerottet und eine neue deutsche Aggression verhindert wird. Die Westmächte können sich dieser Verpflichtung nicht entziehen.

Die Völker der Anti-Hitler-Koalition haben im zweiten Weltkrieg erkennen müssen, welcher Fehler es war, Hitlers Luft- und Panzerrüstung zuzulassen. Noch viel ver-

hängnisvoller wäre es, heute den alten Hitlergeneralen Atomwaffen in die Hände zu geben. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik fordert zur Sicherung des Friedens eine strenge Kontrolle der westdeutschen Rüstungsindustrie, insbesondere der Betriebe, die Raketen produzieren und der Vorbereitung auf eine eigene westdeutsche Kernwaffenproduktion dienen.

An alle Völker der Welt richtet die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik den Appell, die friedlichen Kräfte des deutschen Volkes im Ringen um eine stabile Friedensordnung zu unterstützen. Ohne dauerhaften Frieden im Herzen Europas gibt es keinen dauerhaften Frieden in der Welt ..."

(Volkskammer der DDR, 4. Wahlperiode, Drucksache Nr. 20 [W].) *(Kampf der DDR für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1967, S. 300 — 305 [W].)*

12. 11. 64: DDR bekräftigt Willen zur Unterstützung der Arbeit des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses

In einer Erklärung an die XIX. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen legt die Regierung der DDR ihren Standpunkt zum Tagesordnungspunkt „Frage der allgemeinen und vollständigen Abrüstung" dar und bekräftigt erneut ihren Willen, auch in Zukunft alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Arbeit des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses zu unterstützen. (Auszug s. Kampf der DDR für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1967.)

23. 12. 64: DDR-Protest gegen westdeutschen Plan zur Schaffung eines Atom-Minen-Gürtels an der Grenze zur DDR und zur ČSSR

Unter Hinweis auf den vom Generalinspekteur der Bundeswehr auf der Dezember-Tagung der NATO in Paris unterbreiteten Plan zur Schaffung eines Atom-Minen-Gürtels an der Grenze zur DDR und zur ČSSR stellt der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, in einem Telegramm an den westdeutschen Bundeskanzler, Prof. Dr. Ludwig Erhard, fest, daß dieser Plan in aller Welt einen Sturm der Empörung auslöste. Die Regierung der DDR erhebt scharfen Protest und fordert Erhard auf, den Weg der Atomkriegspolitik zu verlassen:

„... Dieser Plan offenbart die ganze Gefährlichkeit des Strebens der westdeutschen Bundesrepublik nach Verfügungsgewalt über Kernwaffen und ist eindeutig gegen die Erhaltung des Friedens und die friedliche Zukunft der Völker gerichtet. Über Atom-Minen soll die Welt in einen verheerenden Kernwaffenkrieg gezerrt werden.

Die Schaffung eines Atom-Minen-Gürtels im westdeutschen Grenzgebiet würde alle Bemühungen zur Annäherung und Verständigung der beiden deutschen Staaten zunichte machen. Sie widerlegt Ihre eigenen Erklärungen, Herr Bundeskanzler, wonach Sie angeblich eine Politik der Wiedervereinigung betreiben. Atom-Minen an der westdeutschen Grenze — das ist die sogenannte Deutschlandinitiative der Bundesregierung. Die Errichtung eines atomaren Todesstreifens auf westdeutschem Territorium an der Grenze

zur Deutschen Demokratischen Republik und die Wiedervereinigung sind miteinander unvereinbar ...
Mit allem Nachdruck fordern wir von der Bundesregierung, im Interesse der Sicherheit unseres Volkes und aller Völker Europas diesen gefährlichen Weg der Atomkriegspolitik endlich zu verlassen und auf den Besitz, die Produktion, den Erwerb, die Annahme, die Stationierung und die Anwendung von Kernwaffen zu verzichten. Eine solche Politik würde der Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt dienen."

(Kampf der DDR für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1967, S. 314 bis 315 [W].)

31. 12. 64: 7-Punkte-Vorschlag Walter Ulbrichts

In seiner Neujahrsansprache unterbreitet der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, der westdeutschen Regierung einen 7-Punkte-Vorschlag, der der Verständigung und der Sicherung des Friedens dient:

„...
1. Rüstungsstopp in beiden deutschen Staaten und Verwendung der eingesparten Gelder für soziale und Bildungszwecke.
2. Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomrüstung in jeglicher Form.
3. Verhandlungen über die Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und zwischen der DDR und dem besonderen Gebiet Westberlin.
4. Beseitigung der Diskriminierung im Handel zwischen den beiden deutschen Staaten und Abschluß eines Vertrages über die gegenseitige Errichtung von Handelsvertretungen.
5. Bildung von gemeinsamen Kommissionen für Fragen des Handels, des Verkehrs, der Finanzen und der Rechtshilfe, die auf gleichberechtigter Basis arbeiten.
6. Einstellung jeder Diskriminierung der Bürger der DDR im Reiseverkehr.
7. Abschaffung der westdeutschen Gesetze, die Bürger der DDR der Willkür westdeutscher Staats- und Justizorgane aussetzen ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 1. Januar 1965 [W].)
(Kampf der DDR für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1967, S. 316 [A].)

24. 1. 65: Fernsehinterview mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, zu den Ergebnissen der Warschauer Tagung vom 19./20. 1. 1965

Zu den auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages behandelten Fragen erklärt Walter Ulbricht u. a.:

„... Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik hatte allen Delegierten ein Memorandum mit handfesten Tatsachen über die atomare Aufrüstung, die aggressive ‚Vorwärtsstrategie' und über die Vorbereitung des ‚Verdeckten Krieges' der westdeutschen Bundesrepublik überreicht. In diesem Memorandum ist u. a. die militärstrategische Konzeption der westdeutschen Regierung als Ausdruck ihrer revanchistischen Zielsetzung gegenüber den sozialistischen Staaten, der ständig wachsende Einfluß der

westdeutschen Regierung auf die atomare Ziel- und Einsatzplanung ihrer kernwaffenbesitzenden NATO-Verbündeten und das schrittweise Vorgehen der westdeutschen Regierung mit dem Ziel, die Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erlangen, ausführlich, beweiskräftig und mit aller Offenheit dargelegt ...

Die Anmaßungen der Bonner Regierung bezüglich Westberlins, wie z. B. die illegale und provokatorische Durchführung von Ausschußsitzungen des westdeutschen Bundestages und das provokatorische Auftreten des westdeutschen Bundespräsidenten, sind ein wesentlicher Bestandteil der Revanchepolitik ebenso wie Vorwärtsstrategie, Atomminengürtel und Beteiligung an einer multilateralen Atomrüstung. Ich möchte keinen Zweifel darüber lassen: Westberlin gehört nicht zur westdeutschen Bundesrepublik und wird niemals zu ihr gehören. In der Westberlinfrage stehen für die Deutsche Demokratische Republik Interessen von lebenswichtiger Bedeutung auf dem Spiel. Diese Frage ist für uns etwa von ähnlicher Bedeutung wie für Volkspolen die Frage der Oder-Neiße-Friedensgrenze. Die Bonner Anmaßung, Westberlin sei ein Teil der westdeutschen Bundesrepublik, wird von uns, wie auch von den anderen Ländern des Warschauer Vertrages, kategorisch zurückgewiesen ...

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterstützen, wie im Kommuniqué unterstrichen wird, die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik für einen Verzicht beider deutscher Staaten auf Kernwaffen. Ich bin der Überzeugung, daß ein solcher Verzicht ein guter Beitrag der Deutschen zur Sicherung des Friedens in Europa wäre. Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses unterstützte darüber hinaus alle Initiativen, die darauf hinzielen, das vollständige Verbot und die vollständige Vernichtung aller Kernwaffen in der ganzen Welt und dazu eine weltweite Abrüstung zu erreichen ...

Unsere Politik dient einem Tauwetter in Europa. Wir sind bereit, mit allen europäischen Staaten und Völkern, ungeachtet ihrer gesellschaftlichen Ordnung, politischen Ziele und Weltanschauung, sowie mit allen Europäern guten Willens zusammenzuarbeiten.

Beginnen sollten wir mit der Herbeiführung einer echten Entspannung durch Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten und Völkern. Um das zu erreichen, sind vor allem der gute Wille aller Beteiligten und die Bereitschaft zu vertrauensvoller Zusammenarbeit notwendig. Wir sind davon überzeugt, daß ein solches Tauwetter den friedlichen Interessen aller Völker Europas nutzt. Wir sind für ein europäisches Sicherheitssystem, das die Sicherheit aller europäischen Länder gewährleistet und das von allen Europäern den Druck der Kriegsgefahr nimmt. Wir sind im Zusammenhang mit Abrüstungsmaßnahmen auch für Vereinbarungen über die Kontrolle der Rüstungsproduktion und für die Durchführung von Kontrollmaßnahmen in beiden deutschen Staaten zur Verhinderung von Überraschungsangriffen. Wir sind der Ansicht, daß eine gemeinsame Geschichte und eine in Jahrhunderten gewachsene Kultur, zu der alle europäischen Völker bleibende Beiträge geleistet haben, sowie das gemein-

same Interesse an der Sicherung des Friedens gute Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben und eine gute Zusammenarbeit ungeachtet aller weltanschaulichen Gegensätze und politischen Unterschiede bieten sollten ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 25. Januar 1965 [W].)

(ddz 328/47 — 50 [W].)

(Kampf der DDR für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1967, S. 321 bis 328 [W].)

29. 3. 65: DDR-Protest gegen Provokation in Westberlin

Der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, protestiert in einem Brief an den Regierenden Bürgermeister von Westberlin, Willy Brandt, gegen die provokatorische Absicht, eine Plenartagung des westdeutschen Bundestages in Westberlin durchzuführen. Außenminister Dr. Bolz fordert den westdeutschen Außenminister Dr. Schröder auf, die Provokation zu verhindern. (Wortlaut beider Dokumente: Neues Deutschland, Berlin, 30. und 31. März 1965.)

12. 4. 65: Erklärung des Nationalrats an die Völker der Welt

Auf einer internationalen Pressekonferenz in Berlin wendet sich der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland an die Völker der Welt mit dem Appell, die deutsche Frage friedlich durch die Abrüstung in Deutschland und durch Verhandlungen über eine deutsche Friedensregelung zu lösen:

„... Es liegt im Interesse des deutschen Volkes und aller Völker der Welt, daß die atomwütigen Revanchepolitiker, die an der Spitze der Bundesrepublik stehen, gezügelt werden. Dazu schlägt die Deutsche Demokratische Republik vor, die deutsche Frage friedlich durch die Abrüstung in Deutschland, die zwischen den beiden deutschen Staaten vorbereitet wird, zu lösen. Die deutsche Friedensregelung würde auch den Weg zur Wiedervereinigung frei machen.

Im Interesse des Friedens fordert die Deutsche Demokratische Republik, daß die Regierung Westdeutschlands sofort und endgültig auf solche friedensgefährdenden Provokationen verzichtet wie die Bundestagssitzung in Westberlin;

daß die Regierungen Westdeutschlands und der Deutschen Demokratischen Republik den Rüstungsstopp und den Verzicht auf atomare Aufrüstung in jeglicher Form in beiden deutschen Staaten vereinbaren;

daß Verhandlungen über die Herstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und zwischen der DDR und dem besonderen Gebiet Westberlin aufgenommen werden ...

Wir appellieren an die Völker der Welt:

Unterstützt dieses Programm der deutschen Friedensregelung! Helft die Überzeugung verbreiten, daß dieser einzige Weg zur Bannung der von Westdeutschland ausgehenden Kriegsgefahr allen Völkern nutzt,

weil er den Frieden in Europa gewährleistet,

weil er die Bonner Neokolonialisten zügelt,

weil er die Unabhängigkeit der Staaten sichert.

Laßt uns gemeinsam diesen Weg be-

schreiten im Gedenken an die Millionen Opfer des zweiten Weltkrieges, in Verantwortung vor der heutigen Generation und vor der Zukunft unserer Nation."
(Neues Deutschland, Berlin, 13. April 1965 [W].)
(ddz 333/13 — 14 [W].)

27. 4. 65: Walter Ulbricht über „Die nationale Mission der DDR und das geistige Schaffen in unserem Staat"

In seiner Rede auf der 9. Tagung des ZK der SED macht Walter Ulbricht folgende Ausführungen:

„... Eine Deutschlandinitiative muß ausgehen von den Interessen des deutschen Volkes, d. h. von der Sicherung des Friedens. Eine solche Initiative könnte folgende Vorschläge enthalten:
— Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomrüstung und auf jedwede Beteiligung an Atomrüstungen;
— Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Europa;
— Herstellung normaler Beziehungen mit der Regierung der DDR;
— Anerkennung aller bestehenden Grenzen in Europa;
— Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Vertrages;
— Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges;
— Maßnahmen zur Erweiterung der Zusammenarbeit der europäischen Staaten.
..."
(Neues Deutschland, Berlin, 28. April 1965 [W].)
(Kampf der DDR für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1967, S. 330 bis 331 [A].)

5. 5. 65: Walter Ulbricht begründet deutsche Staatsdoktrin

In einer Erklärung auf der 13. Sitzung der Volkskammer führt Walter Ulbricht zur deutschen Staatsdoktrin am Beginn des dritten Nachkriegsjahrzehnts u. a. folgendes aus:

„... Das oberste Gesetz der Staatsdoktrin der Deutschen Demokratischen Republik ist es, dafür zu sorgen, daß nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht ...
Frieden, Demokratie, sozialer und kultureller Fortschritt, internationale Zusammenarbeit und Völkerverständigung, das sind die großen Ziele, denen der deutsche Friedensstaat zustrebt, das sind die Grundlagen der deutschen Staatsdoktrin der Deutschen Demokratischen Republik ...
Deutsche Staatsdoktrin — das ist der unermüdliche Kampf um die Überwindung der Spaltung der deutschen Nation, das Streben nach Annäherung und gleichberechtigter Zusammenarbeit der deutschen Staaten, nach Schaffung der Voraussetzungen für ihr schrittweises Zusammenwachsen auf dem Wege einer deutschen Konföderation. Der Weg zur Vereinigung der deutschen Staaten führt über Abrüstung und Friedensvertrag, über die Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges und die Vollendung des großen Werkes der Befreiung von Militarismus und Imperialismus und Faschismus auch in Westdeutschland. Dabei könnte ein paritätisch aus Vertretern der beiden deutschen Regierungen zusammengesetzter gesamtdeutscher Rat nützliche Dienste leisten. Er könnte seinerseits befugt sein, Kommissionen für die Vorbereitung der Lösung von Spezialfragen zu bilden."

(Neues Deutschland, Berlin, 6. Mai 1965 [W].)
(ddz 334/45 — 50, 335/39 — 42 [W].)
(Kampf der DDR für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1967, S. 331 bis 332 [A].)

5. 5. 65: Manifest an das deutsche Volk und an die Völker und Regierungen der Welt

Aus Anlaß des 20. Jahrestages der Befreiung hält die Volkskammer eine Sitzung ab, auf der das „Manifest an das deutsche Volk und an die Völker und Regierungen der Welt" der Volkskammer, des Staatsrates, des Ministerrates und des Nationalrates der Nationalen Front angenommen wird.

In dem Manifest heißt es:

„... An der Schwelle des dritten Jahrzehnts nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges wenden sich die Volkskammer, der Staatsrat, die Regierung und die Nationale Front des demokratischen Deutschland an die Westdeutschen und fordern sie auf, das Ihre zu tun, damit aus Westdeutschland ein friedlicher Staat ohne Atomrüstung, ohne Revanchismus werde.

...

Wir fordern die Bürger Westdeutschlands auf, das Ihre zu tun, damit zwischen beiden deutschen Staaten eine Verständigung über Abrüstung und über den Verzicht auf Kernwaffen in jeder Form, einschließlich der Erlangung der Verfügungsgewalt über sie, zustande kommt.

Wir fordern die Bürger Westdeutschlands auf, die Herstellung normaler sachlicher Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten zu erzwingen.

Wir fordern die Bürger Westdeutschlands auf, ihre Regierung zu zwingen, alle Pläne des Eindringens in die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Länder und ihre Eroberung preiszugeben und endlich zu begreifen, daß die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges nicht ungeschehen gemacht werden können.

Wir fordern die westdeutschen Bürger auf, zu begreifen, daß am Anfang jeder Wiedervereinigungspolitik die Respektierung der in Deutschland und in Europa bestehenden Realitäten steht. Verhandlungen über die Lösung der deutschen Frage kann es weder ohne die Deutsche Demokratische Republik noch gegen sie geben ...

Wir bitten die Völker und Regierungen der ganzen Welt: Fördern Sie die friedliche Regelung des deutschen Problems, indem sie für die Abrüstung und eine atomwaffenfreie Zone in Europa, gegen das Mitverfügungsrecht der westdeutschen Bundesrepublik über atomare Waffen in irgendeiner Form und für normale und gleichberechtigte Beziehungen zu beiden deutschen Staaten eintreten.

Am 20. Jahrestag der Befreiung Deutschlands von der Hitler-Barbarei erklären wir den westdeutschen Bürgern, daß die Deutsche Demokratische Republik bereit ist, jeden aufrichtigen, sachlichen Vorschlag zur Entspannung und Verständigung zu erörtern ...

Es geht darum, den Gefahren zu begegnen, die sich infolge der westdeutschen Atomrüstungs- und Revanchepolitik in Europa ergeben. Es geht darum, allen europäischen Staaten wirksame gegenseitige Garantien zu schaffen, die sie vor neuen Aggressionen bewahren.

Es geht darum, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen ohne Diskriminierungen und zum gegenseitigen Nutzen zwischen allen europäischen Staaten zu entwickeln. Eine für alle Völker nützliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten auf der Grundlage der Achtung, der Souveränität und der Gleichberechtigung ist das Gebot unserer Zeit. Was not tut, ist eine Verständigung der europäischen Staaten über die Abrüstung und das friedliche Zusammenleben ...

Die Volkskammer, der Staatsrat, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Nationale Front des demokratischen Deutschland erklären am 20. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus feierlich:

Die Deutsche Demokratische Republik wird auch in Zukunft alle ihre Kräfte dafür einsetzen, daß niemals mehr ein Krieg von deutschem Boden ausgeht, daß Frieden und Sicherheit in Europa gefestigt werden, daß der ganzen Welt der Frieden erhalten bleibt, daß die deutsche Nation zu einem friedlichen demokratischen Staat zusammengefügt wird."

(Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 10, 20. Mai 1965 [W].)

(Kampf der DDR für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1967, S. 333 bis 335 [A].)

25. 5. 65: DDR gegen westdeutsche Notstandsgesetze

Die Regierung der DDR wendet sich in einem Appell an die Bürger Westdeutschlands, die Notstandsgesetzgebung zu verhindern. Sie sieht sich dazu veranlaßt, weil die Notstandsgesetze als ein Kernstück der westdeutschen Kriegsvorbereitung die Lage auf deutschem Boden und in Europa verschärfen und den Frieden gefährden.

(Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 26. Mai 1965.)

28. 6. 65: Appell des Friedensrates der DDR

Auf einer Tagung des Friedensrates der DDR nehmen die Tagungsteilnehmer einen Appell an die Friedensanhänger in Westdeutschland und in allen Ländern an.

In dem Appell heißt es:

„... Das Atomkomplott zwischen den USA und Westdeutschland muß zerbrochen werden! Die gegenwärtige Lage erfordert einen besonders klaren Blick und ein eindeutiges Bekennen. Nur wer die Friedensschänder kennt, wer ihre Umtriebe durchschaut, vermag sie zurückzudrängen und zu schlagen.

Eine Politik der Verständigung und Entspannung zwischen den Staaten unterschiedlicher Ordnung tut not.

Nutzen wir die Zeit bis zum Beginn des Weltkongresses für Frieden, nationale Unabhängigkeit und allgemeine Abrüstung in Helsinki. Machen wir diesen Kongreß zur Tribüne der schonungslosen Entlarvung der Kriegsgefahr! Decken wir das Geheimnis des Krieges auf!

Freunde des Friedens in Westdeutschland und Westberlin! Vereinen wir uns in ernster Stunde, indem wir alles Trennende hintansetzen in der Forderung:

Keine Atomwaffen für die Erhard-Regierung und ihre Generalität!

Sofortiger Stopp der westdeutschen Aufrüstung, die heute schon zur stärksten Militärmaschine West-

europas geführt hat. Schluß damit, da kein Staat und kein Volk Westdeutschland bedroht ...
Niemals wieder darf durch Deutschland die Pestbeule des Krieges aufbrechen. Das ist die Staatsdoktrin der Deutschen Demokratischen Republik. Sie ist uns heilige Verpflichtung vor der ganzen Nation und allen Völkern. Wir widmen uns dieser Aufgabe mit ganzer Hingabe. Am Vorabend des Weltkongresses für Frieden, nationale Unabhängigkeit und allgemeine Abrüstung erklären wir feierlich: Auf die Friedenskräfte der Deutschen Demokratischen Republik, auf die Friedensmacht DDR können sich die Völker zu jeder Stunde verlassen. Wachsamkeit und Stärke sind die Pfeiler unserer Zuversicht, daß die geeinten Friedenskräfte über Krieg und Kriegsgefahr triumphieren."

(Neues Deutschland, Berlin, 29. Juni 1965 [W].)

8. 7. 65: DDR-Regierung gegen westdeutsche Notstandsgesetzgebung

In einer Erklärung der Regierung der DDR wird der antidemokratische und friedensgefährdende Charakter der Notstandsgesetze enthüllt. Die Regierung der DDR appelliert an alle Staaten Europas, die Pläne der Bonner Militaristen rechtzeitig zu vereiteln:

„... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mahnt alle Bürger Westdeutschlands, sich dieser ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung bewußt zu sein und demgemäß zu handeln. Sie erklärt, daß die DDR, ihre Bevölkerung und ihre Regierung fest an der Seite der Widerstandskämpfer gegen die westdeutsche Kriegspolitik und Kriegsgesetze stehen und ihnen jede Unterstützung leisten werden. Sie erklärt, daß sie entsprechend dem Grundsatz des Artikels 10 der Verfassung der DDR diesen Kämpfern für Frieden und Demokratie Rechtsschutz gewähren wird.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik appelliert mit allem Nachdruck an die Regierungen und Parlamente der Staaten Europas und insbesondere an die Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition, ihren internationalen Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen nachzukommen, um rechtzeitig die abenteuerlichen Pläne des deutschen Militarismus zu vereiteln.
Sie appelliert an die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, gemäß ihren Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen, aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und aus den anderen Beschlüssen und Resolutionen der Vereinten Nationen zur Sicherung des Friedens und zur Verhinderung von Aggressionen der von Westdeutschland ausgehenden akuten Friedensbedrohung entgegenzutreten."

(Neues Deutschland, Berlin, 16. Juli 1965 [W].)
(ddz 339/33 — 35 [W].)

9. 8. 65: DDR-Memorandum zur Frage der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen

Der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Georg Stibi, übermittelt den Kopräsidenten des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses in Genf, Zarapkin (UdSSR) und Foster (USA), ein Memorandum, in dem die DDR-Regierung erneut dafür

eintritt, daß beide deutsche Staaten auf Kernwaffen verzichten.
(Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 11. August 1965.)

18. 10. 65: DDR-Erklärung an die XX. Tagung der UNO-Vollversammlung über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen

In der Erklärung heißt es:
„In konsequenter Befolgung der Grundlinie ihrer Außenpolitik und in dem Bestreben, zur Erhaltung des Weltfriedens und zur Abwendung der Gefahren beizutragen, die aus einer weiteren Verbreitung von Kernwaffen für die Sicherheit aller Völker erwachsen, wendet sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die XX. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Sie bekräftigt ihre Bereitschaft und Entschlossenheit, an der Erörterung von Maßnahmen zur Eindämmung der Kriegsgefahr und zur Verwirklichung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung teilzunehmen und hierzu eigene Beiträge zu leisten ...
Der Abschluß eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen entspricht auch den nationalen Interessen des deutschen Volkes. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die atomare Ausrüstung der westdeutschen Bundeswehr oder die Erlangung ihrer Mitverfügung über Kernwaffen in jeglicher Form einen groben Verstoß gegen Buchstaben und Geist des Potsdamer Abkommens darstellen und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vollständig blockieren würde. Der Abschluß eines internationalen Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen würde es der westdeutschen Bundesrepublik erschweren, Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erlangen und damit die Spaltung Deutschlands weiter zu vertiefen. Ein solcher Vertrag würde vielmehr die friedliche Verständigung und Annäherung der beiden deutschen Staaten als unerläßliche Voraussetzung für die nationale Wiedervereinigung Deutschlands erleichtern.
Im Interesse der Sicherung des Friedens in Deutschland und in Europa wendet sich deshalb die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen mit der Bitte, den von der Regierung der UdSSR vorgelegten Vertragsentwurf über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu unterstützen und den baldigen Abschluß eines solchen Vertrages zu fördern ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 28. Oktober 1965 [W].)

18. 11. 65: Tagung des Nationalrats

In Berlin tagt der Nationalrat der Nationalen Front unter dem Thema: „Für den Frieden der Nation — für die Zusammenarbeit aller friedliebender Deutscher". Sprecher aus beiden deutschen Staaten beraten über die Einigung aller Friedenskräfte und fordern, dem Bonner Regierungsprogramm der Millionäre ein Programm der Millionen Westdeutschen gegenüberzustellen. An der Tagung nehmen führende Repräsentanten aller in der Nationalen Front vereinten Parteien und Massenorganisationen, Wissenschaftler, Künstler, kirchliche Würdenträger, Ver-

treter des Diplomatischen Korps und westdeutsche Persönlichkeiten teil.

In seiner Rede betont Gerald Götting, Generalsekretär der CDU:

„... Nationale Politik hat zur Voraussetzung, daß sie den Interessen des deutschen Volkes entspricht. Es liegt im Interesse des deutschen Volkes, daß von deutschem Boden niemals mehr ein Krieg ausgeht. Es liegt im Interesse des deutschen Volkes, daß sein Vaterland als friedliebender und demokratischer Staat wiedervereinigt wird und selbst einen Beitrag zur europäischen Sicherheit leistet. Deutsche Politik setzt voraus, daß die bestehenden Realitäten in Rechnung gestellt werden.

Eine solche konstruktive Politik betreibt bisher nur die Deutsche Demokratische Republik. Sie hat die Ursachen des Krieges, die Macht der Monopole, beseitigt. Sie hat ein Programm der Sicherung des Friedens und der Annäherung, der Verständigung und Wiedervereinigung, das von den Realitäten ausgeht. Sie pflegt ehrlich freundschaftliche Beziehungen zu ihren Nachbarn.

Nationale Politik kann nur eine Politik im Interesse des Volkes sein, niemals aber jene Welle des Nationalismus, die heute in der Bundesrepublik regierungsoffiziell hochgepeitscht wird.

Deutsche Politik betreiben heißt, eingedenk der bitteren Lehren zweier Weltkriege, vor allem den Frieden zu sichern, auf Atomwaffen und jegliche revanchistische Forderungen zu verzichten und nach Vereinbarungen über Rüstungsstopp und Abrüstung zu streben. Wir sind für die sofortige Verwirklichung solcher Vorschläge.

Deutsche Politik ist es, der Staatsdoktrin die Friedenssehnsucht der Menschen zwischen Oder und Rhein, von der Nordsee bis zu den Alpen zugrunde zu legen. Das tut die Regierung der DDR.

Die Anerkennung der nunmehr seit zwanzig Jahren bestehenden Realitäten, den Weg für Zusammenarbeit und Annäherung beider deutscher Staaten durch die Herstellung sachlicher, gleichberechtigter, von Revanchismus befreiter Beziehungen zu ebnen — das ist wahrhaft deutsche Politik, wie wir sie mit unseren Vorschlägen und Angeboten seit eh und je verfolgen ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 19. November 1965 [W].)
(ddz 347/1 — 2 [A].)

18. 12. 65: Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten zur rechtswidrigen Bonner Westberlinpolitik

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten nimmt zur Ernennung des Bonner Staatssekretärs Krautwig zum sogenannten Bundesbevollmächtigten Westdeutschlands in Westberlin sowie zum „Sonderauftrag" des ausgeschiedenen Ministers Lemmer für Westberlin Stellung. In der Erklärung heißt es u. a.: „Diese dem Völkerrecht widersprechenden Maßnahmen können nichts an der Rechtssituation Westberlins ändern, das niemals zur westdeutschen Bundesrepublik gehörte noch gehören wird."
(ddz 350/59.)

31. 12. 65: Sechs Vorschläge Walter Ulbrichts an den Bonner Bundestag

In seiner Neujahrsbotschaft unterbreitet der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des

Staatsrates, Walter Ulbricht, u. a. dem Bonner Bundestag sechs Vorschläge:
1. Beide deutsche Staaten verzichten auf Atomrüstung und Beteiligung an der Verfügungsgewalt über atomare Waffen in jeglicher Form;
2. beide deutsche Staaten anerkennen die bestehenden Grenzen in Europa;
3. die Deutsche Demokratische Republik und die westdeutsche Bundesrepublik nehmen — im Interesse des europäischen Friedens und der europäischen Sicherheit — diplomatische Beziehungen zu allen Staaten der NATO bzw. des Warschauer Vertrages auf;
4. beide deutsche Staaten erklären ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die Abrüstung in Deutschland;
5. beide deutsche Staaten leisten feierlich Verzicht auf solche Maßnahmen, Gesetze und Anordnungen, die den Weg zur Überwindung der Spaltung und zur Wiedervereinigung blockieren, wie z. B. atomare Aufrüstung, Notstandsgesetzgebung usw.;
6. die Regierungen beider deutscher Staaten treten in Verhandlungen mit dem Ziel ein, die Beziehungen zwischen den deutschen Staaten und ihren Bürgern zu normalisieren. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 1. Januar 1966.)

22. 1. 66: Vorschläge zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa

Auf einer Pressekonferenz unterbreitet der Außenminister der DDR, Otto Winzer, der Öffentlichkeit Vorschläge der Regierung der DDR zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa. Den europäischen Regierungen wurden diese Vorschläge durch DDR-Vertretungen oder über befreundete Staaten übermittelt. Außenminister Winzer stellt in einer Erklärung fest, dieser eigene konstruktive Beitrag der DDR zur gesamtdeutschen Verständigung sei die logische Fortentwicklung der Friedenspolitik der DDR, die von der grundlegenden Maxime bestimmt ist, daß von deutschem Boden nie mehr ein Krieg ausgehen darf.

Folgende Vorschläge werden zur Diskussion gestellt:

„... Schrittweise Herbeiführung einer Entspannung in Europa durch Vereinbarung von Rüstungsbeschränkungen, insbesondere durch den Verzicht aller nichtkernwaffenbesitzenden europäischen Staaten auf Kernwaffen in jeder Form.
Respektierung der bestehenden Grenzen und strikte Achtung ihrer Unverletzlichkeit; Verzicht auf jedes Streben nach Grenzrevision. Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten einschließlich der Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten und den beiden deutschen Staaten ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 23. Januar 1966 [W].)
(ddz 352/3 — 4 [W].)

7. 2. 66: Vorschlag des ZK der SED über einen Gedankenaustausch zwischen SED und SPD

Das ZK der SED richtet einen „Offenen Brief an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD und an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland". Darin stellt das ZK fest, daß die Politik der An-

näherung der SPD an die CDU nur Niederlagen für die SPD gebracht hat. Das ZK schlägt vor, einen Gedankenaustausch zwischen SED und SPD, wie es in Deutschland weitergehen soll, durchzuführen.

Am Schluß des Briefes heißt es:

„. . . Werte sozialdemokratische Genossen!

Wir bitten Sie, diesen unseren Beitrag zur Befreiung der deutschen Frage vom Eis des kalten Krieges aufmerksam zu lesen und mit Ihren Freunden zu diskutieren. Einmal müssen wir doch beginnen, gemeinsam den Weg zur Überwindung der deutschen Spaltung zu suchen.

Gelingt das Werk einer Verständigung zwischen SED und SPD nicht, dann müßten die Gefahren für den Frieden in Deutschland und Europa weiter wachsen. Und die Wiedervereinigung rückte in immer weitere Ferne. Käme es dagegen — ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten in mancher grundsätzlichen Frage — zum Verständigungsfrieden, zur Versöhnung zwischen SED und SPD, zu ihrer Verständigung über die große Verantwortung der beiden stärksten deutschen Parteien für die Geschicke Deutschlands, dann wäre die weitere Entwicklung der deutschen Frage auf einen guten Weg gebracht . . ."

(Neues Deutschland, Berlin, 11. Februar 1966 [W].)

(ddz 353/20 — 23 [W].)

7. 2. 66: DDR-Erklärung zur Abrüstung

Der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Georg Stibi, übergibt den Kopräsidenten des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses in Genf, Zarapkin (UdSSR) und Foster (USA) eine Erklärung, in der die DDR-Regierung die Forderung nach „Abschluß eines weltweiten Vertrages über das Verbot der Weiterverbreitung von Kernwaffen, der jede Ausweichmöglichkeit ausschließt", bekräftigt.

In dem Dokument wird ausgeführt:

„. . . Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich deshalb erneut an die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik mit der Aufforderung gewandt:

Laßt uns als Deutsche in beiden deutschen Staaten auf den Besitz und die Verfügungsgewalt über Kernwaffen in jeder Form verzichten!

Laßt uns Deutsche gemeinsam dazu beitragen, daß die Hindernisse hinweggeräumt werden, die heute noch dem Abschluß eines weltweiten Vertrages über das Verbot der Weitergabe von Kernwaffen entgegenstehen!

Laßt uns gemeinsam durch den Kernwaffenverzicht einen ersten Schritt zur Abrüstung und damit zur Annäherung beider deutscher Staaten auf dem Wege zur nationalen Wiedervereinigung tun!

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt dem 18-Staaten-Abrüstungsausschuß feierlich, daß sie bereit ist, eine solche völkerrechtlich bindende Verpflichtung zum Kernwaffenverzicht einzugehen, sofern die westdeutsche Bundesrepublik ebenfalls dazu bereit ist.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fordert zugleich die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik auf, eine gleiche Erklärung gegenüber dem 18-Staaten-Abrüstungsausschuß abzugeben und

damit ein wesentliches Hemmnis zu beseitigen, das einen erfolgreichen Abschluß der Arbeiten für einen weltweiten Vertrag über ein striktes Verbot der Weiterverbreitung von Kernwaffen verhindert.
Indem die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik diesen Vorschlag an die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik richtet, wendet sie sich gleichzeitig an die kernwaffenbesitzenden Mächte mit der Aufforderung, sofern sie Kernwaffen auf deutschem Boden stationiert haben, diese Kernwaffen vom deutschen Territorium zu entfernen und es auch künftig von Kernwaffen frei zu halten ...
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik versichert erneut, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um zur erfolgreichen Lösung der Aufgaben beizutragen, die dem 18-Staaten-Abrüstungsausschuß zur Herbeiführung einer allgemeinen Abrüstung und zur Gewährleistung des Weltfriedens von der Vollversammlung der Vereinten Nationen übertragen wurden."
(Neues Deutschland, Berlin, 9. Februar 1966 [W].)
(ddz 354/23 — 24 [W].)

28. 2. 66: DDR-Antrag auf Mitgliedschaft in der UNO

Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, wendet sich an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, und beantragt die Aufnahme der DDR als Mitglied in die Organisation der Vereinten Nationen.
In dem dem Antrag beigefügten Memorandum des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR heißt es:
„... Die gleichberechtigte Mitarbeit der Deutschen Demokratischen Republik in der Organisation der Vereinten Nationen kann der friedlichen Regelung der noch ausstehenden Fragen wie auch der Herstellung normaler Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und anderen Staaten nur dienlich sein. Das beweist jedenfalls die Praxis der Aufnahme neuer Mitglieder in die Organisation. Es wurden zahlreiche Staaten aufgenommen, die zur Zeit ihrer Aufnahme noch nicht von allen Mitgliedstaaten der Organisation der Vereinten Nationen oder des Sicherheitsrates anerkannt waren oder die nur zu einigen Mitgliedstaaten diplomatische Beziehungen unterhielten ...
Wenn die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt, daß sie bereit ist, die in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Verpflichtungen zu übernehmen, so kann sie darauf verweisen, daß die ständige Praxis ihrer Außenpolitik diese Bereitschaft bereits unter Beweis gestellt hat. Ihre Politik war und ist auf die Sicherung des Weltfriedens und insbesondere darauf gerichtet zu verhindern, daß von deutschem Boden jemals wieder ein Krieg ausgeht. Sie tritt daher konsequent für eine allgemeine und vollständige Abrüstung sowie die friedliche Regelung internationaler Streitfälle ein und strebt nach der Herstellung freundschaftlicher, auf der Basis der Gleichberechtigung beruhender Beziehungen zu allen Staaten. Sie verurteilt entschieden jede Form des Kolonialismus und der Rassendiskriminierung und setzt sich tatkräftig für die Erfüllung der ‚Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker' ein. Ihre

Politik dient der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit auf ökonomischem, kulturellem und sozialem Gebiet ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 14. März 1966 [W].)
(ddz 355/34 — 37 [W].)

21. 3. 66: Vorschlag Walter Ulbrichts an Gerstenmaier, gemeinsame Schritte zur Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO zu besprechen

Der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, richtet ein Schreiben an den Präsidenten des Bundestages der DBR, Dr. Eugen Gerstenmaier, sowie an die Vizepräsidenten des Bundestages und informiert sie über den Antrag der DDR auf Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen. Walter Ulbricht unterbreitet den Vorschlag, zwischen der Volkskammer der DDR und dem Bundestag Besprechungen über die Einleitung entsprechender gemeinsamer Schritte aufzunehmen. Gleichzeitig werden alle Bundestagsabgeordneten davon in Kenntnis gesetzt. (s. ddz 356/51.)

21. 4. 66: Walter Ulbricht erneuert Vorschlag an westdeutsche Bundesrepublik zu einem Verständigungsfrieden

In seiner Festansprache anläßlich des 20. Jahrestages der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geht der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, u. a. besonders auf die Probleme der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ein:

„... Die erste Voraussetzung eines friedlichen Zusammenlebens der beiden deutschen Staaten und einer friedlichen Lösung der deutschen Frage ist die Herbeiführung einer Atmosphäre der Entspannung in Europa durch Verzicht der Bonner Regierung auf Revanchismus und Atomrüstung. Die Regierungen der UdSSR, der Volksrepublik Polen und der DDR haben den europäischen Staaten Vorschläge für einen Vertrag über europäische Sicherheit unterbreitet. Wir schlagen vor, darüber Verhandlungen zwischen allen europäischen Staaten zu führen.
Der westdeutschen Bundesrepublik schlagen wir einen Verständigungsfrieden vor. Wir schlagen vor, durch Abrüstung der Menschlichkeit zu dienen. Die von uns am 1. Januar 1966 verkündeten Vorschläge zu einem Verständigungsfrieden können von jedem Menschen guten Willens als Vorschläge für Verhandlungen angenommen werden ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 22. April 1966 [W].)
(Kampf der DDR für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1967, S. 369 [A].)

28. 4. 66: DDR zur Vereinbarung über Gewaltverzicht bereit

Otto Winzer, Mitglied des ZK und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, berichtet auf der 12. Tagung des ZK der SED über außenpolitische Fragen. Dabei geht er auf die Bedeutung des Vorschlages der Regierung der DDR vom Januar 1966 zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit ein, weist auf die Be-

drohung der europäischen Sicherheit durch die NATO hin und erläutert die Gefährlichkeit der Bonner Politik. Sicherheit durch Verständigung, die Frage der Aufnahme der DDR in die UNO und die konstruktive Friedenspolitik der DDR gegen das Bonner Aggressionsprogramm sind weitere wichtige Punkte seines Berichtes. Auf das Thema Gewaltverzicht geht Otto Winzer am Schluß seiner Ausführungen besonders ein und sagt:

„... Während der Außenministerkonferenz der vier Mächte mit den beiden deutschen Staaten in Genf hat der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, am 19. Juni 1959 dem Außenminister der westdeutschen Bundesrepublik, Heinrich von Brentano, den Entwurf für einen Nichtangriffsvertrag der beiden deutschen Staaten übermittelt, dessen erste drei Artikel besagen, daß sich die vertragschließenden Seiten in ihren gegenseitigen Beziehungen jeder Drohung mit Gewalt oder Anwendung von Gewalt enthalten werden, daß sie die feierliche Verpflichtung übernehmen, die territoriale Integrität und Souveränität des Vertragspartners zu achten ... Vor sieben Jahren haben wir also der Bonner Regierung schon den Gewaltverzicht angeboten, den Deutschland und Europa zu echter Entspannung und Friedenssicherung brauchen. Dieser Gewaltverzicht ist heute so aktuell wie damals. Die DDR ist bereit, diesen Gewaltverzicht beider deutscher Staaten auch durch den Austausch förmlicher Erklärungen zu vereinbaren, wie ihn die Bonner Regierung den anderen sozialistischen Staaten Europas in der durchsichtigen Absicht vorgeschlagen hat, sie gegen die Deutsche Demokratische Republik auszuspielen.

Der Gewaltverzicht beider deutscher Staaten wäre, territorial gesehen, auch eine Friedenssicherung für die östlichen Nachbarn Deutschlands ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 29. April 1966 [W].)
(ddz 358/14 — 19 [A].)

25. 5. 66: Erklärung des Ministerrates der DDR zur sogenannten Bonner „Friedensnote" vom 25. 3. 66

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik hebt in seiner Erklärung hervor, daß die zahlreichen Regierungen übermittelte sogenannte Bonner „Friedensnote" keine Wende in der aggressiven westdeutschen Politik erkennen läßt und daß durch sie das Bestreben nach Sicherung des Friedens nicht gefördert wird. Bonn versucht lediglich in dieser Note, seine aggressive und revanchistische Politik erneut zu rechtfertigen. Außerdem hält Bonn weiter an der unrealistischen und völkerrechtswidrigen Behauptung fest, daß Deutschland in den Grenzen von 1937 fortbesteht.

Dieser offen proklamierte Kurs auf die Revision der in Europa bestehenden Grenzen, verbunden mit dem unverändert aggressiven Charakter der Politik der westdeutschen Bundesrepublik beschwört ernste Gefahren für den Frieden und die Sicherheit in Europa herauf. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 26. Mai 1966; ddz 359/11 — 12.)

26. 5. 66: Vorschlag des ZK der SED

an SPD-Führung über gemeinsame Beratung konkreter Abrüstungsvereinbarungen der beiden deutschen Staaten

Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, übermittelt dem Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, einen Offenen Brief an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD und an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland (dritter Brief).
Darin wird vorgeschlagen:

„. . . Beschäftigen wir uns daher mit den so notwendigen konkreten Abrüstungsvereinbarungen der beiden deutschen Staaten. Sie tragen vor dem deutschen Volk und vor der ganzen Welt die Verantwortung dafür, daß von deutschem Boden nie mehr ein Krieg ausgeht. Wir Deutschen müssen mit der Abrüstung beginnen. Das sind wir der Sache des Friedens schuldig.
Wir schlagen der SPD-Führung eine besondere Beratung darüber vor, wie Abrüstung und Frieden in Deutschland und für Deutschland gesichert werden können . . ."
(Neues Deutschland, Berlin, 29. Mai 1966 [W].)
(Kampf der DDR für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1967, S. 373 [A].)

13. 6. 66: Albert Norden fordert Magna Charta der europäischen Sicherheit

Auf der Tagung des Weltfriedensrates in Genf stellt das Mitglied des Politbüros des ZK der SED und des Weltfriedensrates, Albert Norden, in einem Referat folgende fünf Grundsätze für eine Magna Charta der europäischen Sicherheit auf:
1. Verzicht auf Kernwaffen
2. Anerkennung der bestehenden Grenzen
3. Gleichberechtigte Zusammenarbeit
4. Auflösung der Militärgruppierungen
5. Deutsche Friedensregelung.
(Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 14. Juni 1966.)

2. 7. 66: „Offenes Wort des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die Mitglieder und Freunde der westdeutschen Sozaldemokratie und der Gewerkschaften, an die westdeutschen Arbeiter und Angestellten, an die Bauern und Geistesschaffenden, an alle Bürger der westdeutschen Bundesrepublik, denen die Sicherung des Friedens in Deutschland am Herzen liegt"

In diesem Dokument wird eine Zwischenbilanz des nationalen Dialogs gezogen, insbesondere die doppelbödige SPD-Politik einer kritischen Betrachtung unterzogen und die Bonner Rechtsanmaßung gegen Verständigung und Wiedervereinigung klargestellt.
Es wird die Notwendigkeit der verstärkten Fortsetzung des Dialogs betont und als Zielstellung angegeben:

„. . . Sicherung des Friedens in Deutschland und für Deutschland, Verzicht auf Alleinvertretungsanmaßung und andere Revancheforderungen sowie die Annäherung und Verständigung der deutschen Staaten.
Erfüllt vom Geiste wahrer Menschlichkeit, ersuchen wir die Mitglieder der Bundestagsfraktion der SPD:

1. Im Bundestag zu protestieren gegen die Bombardierung der Demokratischen Republik Vietnam und gegen die Unterstützung des barbarischen Krieges der USA gegen Vietnam durch die Regierung der Bundesrepublik.
2. Im Bundestag den Verzicht auf die Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung zu beantragen, damit eine Entspannung in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten möglich wird.
3. Im Bundestag die Notverordnungen grundsätzlich abzulehnen, damit eine weitere Machtvergrößerung der CDU, des Rüstungskapitals und des Militarismus verhindert wird.
4. Im Bundestag gegen jede Form der nuklearen Rüstung und des Mitverfügungsrechtes über Kernwaffen aufzutreten.
5. Im Bundestag die Ungültigmachung der Dokumente zur Vorbereitung des verdeckten Krieges zu fordern.
6. Im Bundestag den ‚Grauen Plan' des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen zu verurteilen und jede weitere Mitarbeit im sogenannten ‚Forschungsrat' einzustellen.

Das sind elementare Vorschläge, die den Interessen wahrer Menschlichkeit dienen ...

In der zweiten Phase des nationalen Dialogs, in die wir jetzt eingetreten sind, geht es vor allem — daran kann kein Zweifel bestehen — um die Schaffung der Gemeinsamkeit aller friedliebenden und demokratischen Kräfte ...

Wie muß eine auf den Sieg der Menschlichkeit gerichtete Politik der deutschen Staaten aussehen?

Die Menschlichkeit gebietet beiden deutschen Staaten den Verzicht auf jegliches Streben nach Verfügung oder Mitverfügung über Atomwaffen. Die DDR hat das vorgeschlagen.

Die Menschlichkeit gebietet beiden deutschen Staaten, die aus der Konkursmasse des schuldbeladenen Hitlerreiches der deutschen Imperialisten entstanden sind und sich konsolidiert haben, mit der konkreten Abrüstung in Deutschland zu beginnen. Damit werden sie der europäischen Sicherheit, Frieden und Abrüstung und auch sich selbst den besten Dienst erweisen.

Die DDR hat das vorgeschlagen.

Die Menschlichkeit gebietet es beiden deutschen Staaten, mit der Anerkennung der bestehenden Grenzen den Grund zu legen für Frieden und gute Nachbarschaft mit allen europäischen Staaten und Völkern. Das ist seit jeher die Politik der DDR.

Die Menschlichkeit gebietet beiden deutschen Staaten, den kalten Krieg und die Feindschaft abzubauen, den Realitäten in Deutschland Rechnung zu tragen, durch gleichberechtigte Verhandlungen die Entspannung zu fördern ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 3. Juli 1966 [W].)

5. 8. 66: Präsidiumstagung des Nationalrates der Nationalen Front

Das Präsidium des Nationalrates berät über die nächsten Aufgaben der Nationalen Front. Im Mittelpunkt der Tagung steht das Referat von Prof. Albert Norden „Die Stärkung der DDR ist die Grundaufgabe des Friedens in Europa". Im Ergebnis der Beratungen wird eine Erklärung zu den Grundfra-

gen der Gegenwart veröffentlicht. Darin heißt es:

„...Die bedeutsamste Aufgabe für die Völker Europas ist heute die Schaffung eines vertraglichen Systems der kollektiven Sicherheit. Das scheitert allein an der revanchistischen Politik der westdeutschen Bundesregierung. Der Nationalrat hat auf seiner internationalen Pressekonferenz am 29. Juni 1966 vor aller Welt die vom Bonner System ausgehende Gefahr für den Frieden in Europa eingehend dokumentiert. Die Bundesrepublik ist der einzige Staat unseres Kontinents, der die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges nicht akzeptiert. Die Bundesrepublik weigert sich beharrlich, die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik anzuerkennen, und blockiert damit jede Friedensregelung in Europa ...

Das Präsidium des Nationalrates unterstützt voll und ganz die Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa. Im Sinne dieses konstruktiven Friedensprogramms wird die Bevölkerung der DDR alle Kräfte dafür einsetzen, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht ...

An die westdeutschen Bürger richten wir den dringenden Appell: Zwingt die Bundesregierung endlich zur Aufgabe der wahnwitzigen Atomrüstung, der Revanchepolitik und der Aggressionsvorbereitung. Die Kernfrage der europäischen Sicherheit ist die Anerkennung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges durch die Bundesregierung. Wir sagen den westdeutschen Bürgern mit aller Eindringlichkeit: Eine Friedensregelung in Europa ist unabdingbar verknüpft mit der Beteiligung der DDR als gleichberechtigter Partner an einem umfassenden Sicherheitsabkommen ...

National denken heißt heute für jeden einzelnen, sich mit allen demokratischen Kräften in Westdeutschland zusammenzuschließen. National handeln heißt heute für alle friedliebenden Kräfte, den Initiatoren der Revanchepolitik und des Militarismus — den Monopolen und ihrer CDU/CSU-Regierung — in den Arm zu fallen. Ein dritter Versuch des deutschen Imperialismus zur gewaltsamen ‚Neuordnung' Europas kann und muß verhindert werden. Der Weg dazu ist die Übernahme der Führung des westdeutschen Staates durch die demokratischen Kräfte des Volkes. Dann wird — im Sinne des nationalen Dialogs — auch die Bundesrepublik den Kurs des Friedens steuern."

(Neues Deutschland, Berlin, 6. August 1966 [W].)
(ddz 365/11 — 12 [W].)

13. 8. 66: Walter Ulbricht über den vernünftigen Weg zur Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten

In einer Ansprache anläßlich des 5. Jahrestages der Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls geht der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, auf die durch die Pläne der westdeutschen Imperialisten zur wirtschaftlichen und militärischen Vernichtung der DDR notwendig gewordenen Schutzmaßnahmen ein.

„Am 13. August 1961", so sagt

Walter Ulbricht, „wurden die Grenzen der DDR, aber auch die Grenzen des Einflußgebietes des Westberliner Senats, die Grenzen der Macht der westdeutschen Bundesrepublik eindeutig markiert.“

Über den Weg zur Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten führt Walter Ulbricht aus:

„... Der vernünftige Weg — das sind vorbereitende Verhandlungen zwischen den Vertretern der Regierungen beider deutscher Staaten sowie zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat von Westberlin zur Normalisierung der Beziehungen.

Der vernünftige Weg — das sind staatliche Vereinbarungen über den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen ohne diskriminierende Maßnahmen ...

Der vernünftige Weg — das ist die Bereitschaft der Regierungen beider deutscher Staaten, an Beratungen zwischen den europäischen Staaten über die europäische Sicherheit teilzunehmen ...“

(Neues Deutschland, Berlin, 14. August 1966 [W].)

(ddz 365/1 — 4 [W].)

16. 9. 66: Referat des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, auf der 13. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Auf der 13. Tagung des ZK der SED (15. bis 17. September 1966) referiert Walter Ulbricht über „Die DDR, die europäische Sicherheit und die Entspannung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten“.

Er sagt u. a.:

„... Wir sind der Meinung, daß Sicherheit und Frieden in Europa die Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten und nicht zuletzt zu den beiden deutschen Staaten erfordern. Deshalb sind wir für normale Beziehungen auch zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und allen sozialistischen Ländern. Logischerweise aber setzt diese Normalisierung der Beziehungen seitens der westdeutschen Bundesrepublik die Anerkennung der gültigen völkerrechtlichen Normen, den Verzicht auf Revanchepolitik, auf Alleinvertretungsanmaßung, den Verzicht auf Gebiete anderer Staaten und das Bekenntnis zu einer Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung voraus. Anderenfalls könnte wohl kaum von normalen Beziehungen die Rede sein ...

Die gegenwärtige Politik der Bonner Regierung und der im westdeutschen Parlament vertretenen Parteien hat die Kluft, die die beiden deutschen Staaten voneinander trennt, Jahr um Jahr tiefer und breiter gemacht. Wenn wir die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten betrachten, so können wir zu unserem Bedauern nur feststellen: Sie sind permanent schlechter geworden. Durch die Schuld der herrschenden Parteien und ihrer Politiker in Westdeutschland wurde die Atmosphäre zwischen den beiden deutschen Staaten gegen unseren Willen immer feindseliger. Wir haben Dutzende konstruktiver Vorschläge zur Verbesserung der Beziehungen und der Atmosphäre, zur sachlichen Zusammenarbeit und schrittweisen Annäherung und Verständigung ge-

macht. Doch von seiten Bonns wurde nur noch mehr mit Quertreibereien gegen Frieden und Sicherheit in Deutschland und in Europa geantwortet.
Die Bürger Westdeutschlands, allen voran die Arbeiterklasse und ihre Organisationen sowie alle an Frieden und Sicherheit interessierten Kräfte, sollten wenigstens aus der jüngsten Entwicklung die Schlußfolgerungen ziehen, daß die Stunde der Wahrheit gekommen ist. Niemand soll sich mehr etwas vormachen.
Die Wahrheit ist: Der zweite Weltkrieg hat stattgefunden, seine Ergebnisse und Folgen sind nicht rückgängig zu machen. Wenn Bonn sich weiterhin einer Politik verschreibt, die zum Ziel hat, den Hitlerkrieg nachträglich zu gewinnen, dann landet Westdeutschland in der Katastrophe.
Die Wahrheit ist: Wenn die westdeutsche Bundesrepublik sich weiterhin allen Bemühungen um Frieden und Sicherheit in Europa in den Weg stellt, wenn die Regierung in Bonn sich weiterhin weigert, einen Beitrag für die Sicherheit in Europa zu leisten, dann wird Westdeutschland immer mehr isoliert und am Pranger der Geschichte stehen. Die Entwicklung wird über die ewigen Ostlandritter und Revanchepolitiker hinweggehen.
Die Wahrheit ist: Es gibt seit nunmehr fast 17 Jahren auf dem Gebiet, das vom früheren Deutschen Reich übriggeblieben ist, zwei unabhängige souveräne deutsche Staaten und dazu das besondere Territorium Westberlin. Die Deutsche Demokratische Republik, die erfolgreich den Sozialismus aufbaut, ist — 17 Jahre nach ihrer Gründung — konsolidiert und bedarf zu ihrer eigenen Weiterentwicklung nicht der westdeutschen Bundesrepublik! An diesem Tatbestand können weder die Bonner Bundeswehr noch die NATO noch die USA irgend etwas ändern. Wenn die westdeutsche Bundesrepublik sich weigert, die geschichtlichen Tatsachen anzuerkennen, dann blockiert sie damit nur die so notwendige Befriedung in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, ihre friedliche Zusammenarbeit, ihr Miteinanderleben, die Sicherheit in Deutschland und in Europa und macht jedes Streben nach Wiedervereinigung illusorisch.
Die Wahrheit ist: Nur die Annäherung, Verständigung und Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, nur die gegenseitige Anerkennung ihrer Gleichberechtigung kann den Weg zur Lösung der deutschen Frage öffnen.
Wenn die Westdeutschen diese Wahrheit erkennen, über sie gebührend nachdenken, wenn die Repräsentanten der westdeutschen Bundesrepublik beginnen, der Wahrheit entsprechend zu handeln, dann werden wir uns auch über vieles verständigen können, was heute unlösbar erscheint ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 17. September 1966 [W].)
(ddz 367/1 — 8 [W].)

16. 9. 66: Außenminister Otto Winzer erläutert Standpunkt der DDR zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit

In einer Rede auf der 13. Tagung des ZK der SED stellt Otto Winzer der imperialistischen Europakon-

zeption folgende Forderungen zur Sicherung des Friedens gegenüber:
„... Es (erscheint) vom Standpunkt der Deutschen Demokratischen Republik notwendig, zur Gewährleistung der Sicherheit und des Friedens in Europa vor allem folgende Forderungen zu erheben und für ihre Verwirklichung das Verständnis und die Unterstützung aller europäischen Staaten zu gewinnen:
1. Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten durch Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Regierungen unter Wahrung der souveränen Rechte der Deutschen Demokratischen Republik.
2. Anerkennung der bestehenden Nachkriegsgrenzen einschließlich der Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik.
3. Verzicht der Bonner Regierung auf den Alleinvertretungsanspruch. Anerkennung Westberlins als selbständige politische Einheit.
4. Anerkennung der Nichtigkeit des Münchener Abkommens.
5. Verzicht auf atomare Rüstung und auf Zugang zu Atomwaffen in jeder Form.
Die Antwort der Bonner Regierung auf diese berechtigten Forderungen wird zugleich der Prüfstein für ihre Ostpolitik sein ..."
(Kampf der DDR für Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Staatsverlag der DDR, Berlin 1967, S. 381 bis 383 [A].)

16. 9. 66: Erklärung der Regierung der DDR an die UNO zur Nichtweiterverbreitung und zum Verbot der Anwendung von Kernwaffen

In einer Erklärung an die XXI. Tagung der UNO-Vollversammlung weist die Regierung der DDR auf die Gefahren hin, die sich aus dem Streben der westdeutschen Regierung nach Kernwaffen ergeben. Gleichzeitig betont die Regierung der DDR ihre Bereitschaft,
„... eine völkerrechtlich bindende Verpflichtung zum Kernwaffenverzicht einzugehen, sofern die westdeutsche Bundesrepublik ebenfalls dazu bereit ist. Eine entsprechende Erklärung der Bundesrepublik wäre ein entscheidender Beitrag, um zu erreichen, daß alle Kernwaffen von deutschem Boden abgezogen werden und deutsches Territorium künftig von Kernwaffen frei gehalten wird.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Vollversammlung der Vereinten Nationen und der 18-Staaten-Abrüstungsausschuß bei einem Kernwaffenverzicht beider deutscher Staaten und bei einem Abzug ausländischer Kernwaffen von deutschem Territorium allen kernwaffenbesitzenden Mächten gegenüber dafür eintreten werden, feste und dauerhafte Garantien zu geben, daß deutsches Land, deutsche Städte und Dörfer niemals das Ziel von Kernwaffeneinsätzen sein werden.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bringt ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß die Verwirklichung dieser Vorschläge ein wesentlicher Beitrag zur Gewährung der Sicherheit in Europa wäre. Die Annahme dieser Vorschläge durch die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik und ihre Unterstützung durch die Staaten der Welt könnten der Beginn eines Prozesses sein, in dem alle nichtkernwaffenbesitzenden Staaten Europas auf die Produktion, den Erwerb, die

Erprobung und die Anwendung von Kernwaffen sowie auf jedweden Zugang zu diesen Waffen verzichten und ein umfassender Vertrag über die Nichtweitergabe von Kernwaffen abgeschlossen werden könnte.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, ihren Beitrag zum Zustandekommen und zum erfolgreichen Verlauf einer internationalen Konferenz zur Herbeiführung eines Abkommens über das Verbot der Anwendung von Kernwaffen zu leisten.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterstützt den Abschluß einer Vereinbarung über die Einstellung der unterirdischen Kernwaffenversuche. Sie ist der Auffassung, daß die Realisierung der in der Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses der Länder des Warschauer Vertrages über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa enthaltenen Vorschläge wirksam zur Abrüstung und Entspannung beitragen würde ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 27. Oktober 1966 [W].)
(ddz 370/1 — 2 [W].)

13. 10. 66: Walter Ulbricht über die Voraussetzungen der europäischen Sicherheit

Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, gibt auf der 22. Tagung der Volkskammer einen Bericht über die Ergebnisse seines Staatsbesuches in der SFRJ (26. 9.–2. 10.), in dessen Verlauf er zur aggressiven Bonner Alleinvertretungsanmaßung und zu einigen Fragen der europäischen Sicherheit Stellung nimmt:
„... Man darf ... nicht übersehen, daß sich 21 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg beide deutsche Staaten konsolidiert haben. Jeder Realpolitiker sollte von dieser historischen Tatsache ausgehen. Notwendig und zugleich politisch real ist die Entspannung in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und ihre friedliche Koexistenz. Wer einseitig normale Beziehungen nur zu dem westdeutschen Staat unterhält, der fördert die europäischen Spannungen, die Versteinerung der deutschen Spaltung und trägt zur Verhinderung einer Entspannung in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten bei.
Einseitige diplomatische Beziehungen mit der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik sind letztlich auch eine demonstrative Unterstützung der Expansionspolitik der westdeutschen Imperialisten. Das gereicht auch den Staaten, die sich in solcher Weise einseitig festlegen, zum Schaden ...
Die Regierung in Bonn sollte endlich einsehen: Die Völker aller europäischen Staaten sind für eine nachhaltige Entspannung auf der Grundlage des Status quo. Das trifft auch auf die Mehrzahl der NATO-Verbündeten der westdeutschen Bundesrepublik zu. Die europäischen Völker und ihre Regierungen verstehen dabei recht gut, daß die Entspannung die Normalisierung der Beziehungen aller europäischen Staaten zur DDR — und auch der Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten — erfordert ...
Wir streben danach, daß die Nachkriegszeit in Deutschland beendet wird. Die Nachkriegszeit beenden aber heißt: den Status quo anerkennen und alle militaristischen und faschistischen Überreste bewältigen.

Wir sind davon überzeugt, daß alle Völker Europas einer solchen Politik des Friedens und der Verständigung, des Verzichts beider deutscher Staaten auf eine irgendwie geartete Verfügungsgewalt über Kernwaffen, einer Vereinbarung zwischen beiden deutschen Staaten über ihre Abrüstung, zustimmen werden.

Es geht schließlich um Leben und Zukunft der Menschen, der Menschen in beiden deutschen Staaten und in allen anderen europäischen Ländern. Gegenwärtig blockiert die Bonner Regierung durch ihre Forderung auf Änderung der Grenzen, auf Mitverfügung über Kernwaffen, durch ihre Notverordnungen und Ermächtigungsgesetze, durch die Begünstigung der früheren SA- und SS-Leute im Staatsapparat, durch ihre Alleinvertretungsanmaßung usw. die Entspannung und Verständigung in Europa. Wir sind der Überzeugung, daß sich schließlich die Friedenssehnsucht der europäischen Völker und Staaten durchsetzen wird und daß es reale Fortschritte zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit geben wird. Wir wünschen, daß die Vertreter der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik in der Familie der europäischen Völker aktiv bei der Herbeiführung der europäischen Sicherheit mitwirken werden. Möge sich Westdeutschland nicht selbst ausschließen und isolieren ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 14. Oktober 1966 [W].)
(ddz 369/1 — 7 [W].)

22. 10. 66: „Sechs Fragen an die SPD-Führung, die der Sicherung des Friedens dienen"

Das Organ des ZK der SED, „Neues Deutschland", veröffentlicht „Sechs Fragen an die SPD-Führung, die der Sicherung des Friedens dienen":

„... Das von der CDU/CSU dem Bundestag aufgezwungene Handschellengesetz dient nicht nur der Unterbrechung des Dialogs zwischen den Führungen der SED und der SPD sondern durch die Alleinvertretungsanmaßung auch der Zementierung der Spaltung Deutschlands. Die CDU/CSU bestätigt damit nur, daß sie überhaupt gegen eine friedliche Regelung der deutschen Frage ist. Angesichts dessen fragen wir:

Ist die Führung der SPD bereit, in politische Verhandlungen mit der Führung der SED einzutreten

1. über Wege zur Überwindung der Revanchepolitik und Anerkennung der bestehenden Grenzen,
2. über Wege zur Aufhebung des völkerrechtswidrigen Gesetzes über die Ausdehnung der Bonner Gerichtsbarkeit auf alle Deutschen,
3. über die Herbeiführung offizieller Verhandlungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten, um normale Beziehungen herzustellen,
4. über das gemeinsame Auftreten gegen den USA-Krieg in Vietnam und für die Beendigung dieses Krieges auf der Grundlage der Genfer Abkommen,
5. über den Verzicht beider deutscher Staaten auf Mitverfügung über Kernwaffen und schrittweise Abrüstung,
6. über die Verhinderung solcher gesetzlicher Maßnahmen wie der Notstandsverfassung, die der Kriegsvorbereitung dienen? ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 22. Oktober 1966 [W].)

28. — 29. 10. 66: Plenartagung des Friedensrates der DDR unter dem

Motto: „Durch Verständigung und gleichberechtigte Zusammenarbeit zur Sicherheit in Europa"

In Erfurt findet eine Plenartagung des Friedensrates der DDR statt. Prof. Albert Norden, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und des Weltfriedensrates, hält das Hauptreferat und das Schlußwort. Er betont darin u. a., daß die Frage der europäischen Sicherheit noch nie so dringend war wie jetzt, daß aber auch angesichts der Krise der Bonner Politik die Chancen für die Lösung dieser Frage noch nie so günstig und vielversprechend waren wie jetzt. Prof. Norden geht ausführlich auf die NATO-Übung „Fallex 66" ein und umreißt drei Hauptaufgaben, die den Kern der europäischen Sicherheit bilden. Die Plenartagung nimmt folgende Dokumente an: Einen Ruf „An alle Bürger der Bundesrepublik"; zwei Adressen an die Friedenskomitees der nord- und der westeuropäischen Länder; ein Solidaritätstelegramm an die Friedenskomitees der Demokratischen Republik Vietnam und Südvietnam. — An der Tagung nehmen prominente Vertreter der Friedensbewegung aus vielen Ländern teil. (Wortlaut s. ddz 371 — 72/1 — 8.)

15. 12. 66: Vorschläge Walter Ulbrichts für ein Minimalprogramm zur Verständigung zwischen der DDR und Westdeutschland

Auf der 14. Tagung des ZK der SED (15. — 17. 12. 66) nimmt der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, in einem Diskussionsbeitrag zur Regierungserklärung des westdeutschen Bundeskanzlers Kiesinger (vom 13. 12. anläßlich der Bildung der großen Koalition) Stellung und unterbreitet folgende Vorschläge für ein Minimalprogramm zur Verständigung:

„. . . Wir wenden uns an die westdeutsche Sozialdemokratie, an die Gewerkschaften, an die werktätigen Bauern, an die westdeutsche Intelligenz, an die Jugend und Frauen und an die demokratischen Kräfte in der Bourgeoisie mit dem Vorschlag, uns über ein Minimalprogramm der Gemeinsamkeiten und über das gemeinsame Tun zu verständigen.

1. Die Förderung des Zustandekommens eines internationalen Vertrages, der das Verbot der Weitergabe von Kernwaffen in jeglicher Form zum Inhalt hat.
2. Die Förderung des Zustandekommens einer Sicherheitskonferenz aller europäischen Staaten, die dem Ziel dient, Frieden und Sicherheit für alle europäischen Völker und Staaten zu gewährleisten.
3. Die Aufnahme und Pflege normaler und korrekter Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten mit dem Ziel der Sicherung ihres friedlichen und gleichberechtigten Neben- und Miteinanderlebens.
4. Vereinbarung über eine Kürzung der Rüstungshaushalte in der westdeutschen Bundesrepublik wie auch in der Deutschen Demokratischen Republik um 50 Prozent.
5. Verständigung über eine von den Mächten garantierte Neutralität der beiden deutschen Staaten. Das wäre unseres Erachtens zugleich ein entscheidender Fortschritt auf dem Wege zur friedlichen Regelung der deutschen Frage . . ."

(Neues Deutschland, Berlin, 16. Dezember 1966 [W].)
(ddz 373/24 — 29 [W].)

31. 12. 66: Neue Vorschläge Walter Ulbrichts für das geregelte Neben- und Miteinander der beiden deutschen Staaten

In seiner Neujahrsansprache unterbreitet der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, folgende konstruktive Vorschläge:

„...
— Die Regierungen der beiden deutschen Staaten treffen eine Vereinbarung über die Aufnahme normaler Beziehungen zueinander.
— Die Regierungen der beiden deutschen Staaten schließen einen Vertrag, der den Verzicht auf die Anwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen zum Inhalt hat.
— Die Regierungen der beiden deutschen Staaten anerkennen in gleichlautenden vereinbarten Erklärungen die gegenwärtig bestehenden Grenzen in Europa.
— Die Regierungen der beiden deutschen Staaten vereinbaren vertraglich die Herabsetzung ihrer Rüstungsausgaben um jeweils die Hälfte.
— Die Regierungen der beiden deutschen Staaten erklären ihren Verzicht auf Besitz, Verfügungsgewalt oder Beteiligung an der Verfügungsgewalt über Atomwaffen in irgendeiner Form. Zugleich vereinbaren und versichern sie verbindlich in gleichlautenden und gleichzeitigen Erklärungen ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer atomwaffenfreien Zone in Europa.
— Die Regierungen beider deutscher Staaten setzen sich für die Herstellung normaler Beziehungen beider deutscher Staaten zu allen anderen europäischen Staaten und für die Herstellung diplomatischer Beziehungen aller europäischen Staaten zu beiden deutschen Staaten ein.
— Die Regierungen der beiden deutschen Staaten schließen einen Vertrag, durch den sie sich verpflichten, gemeinsam und gleichzeitig für beide deutsche Staaten den Status einer von den Mächten garantierten Neutralität anzunehmen.
— Die Regierungen der beiden deutschen Staaten schließen einen Vertrag, in welchem sie sich zur Respektierung der unabhängigen Entwicklung Westberlins als besonderes eigenständiges Territorium verpflichten.
— Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Senat von Westberlin schließen einen Vertrag, in dem sich der Senat verpflichtet, den kalten Krieg gegen die Deutsche Demokratische Republik einzustellen, während die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sich verpflichtet, den Transitverkehr zunächst für den Zeitraum bis zur Bildung einer deutschen Konföderation zu gewährleisten.
— Die Regierungen der beiden deutschen Staaten beauftragen eine auf paritätischer Basis aus bevollmächtigten Vertretern gebildete Kommission, zu prüfen, wieweit die grundlegenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, welche die Sicherung des Friedens und der Demokratie in Deutschland garantieren sollten, in den beiden deutschen Staaten durchgeführt worden sind. Diese Kommission erstattet öffentlich Bericht über das Prüfungsergeb-

nis und macht Vorschläge für eventuell notwendige Maßnahmen.
Das, liebe Mitbürger der Deutschen Demokratischen Republik und werte Bürger Westdeutschlands, wäre die erste Etappe auf dem Weg zu einer Konföderation der beiden deutschen Staaten.
Wir sind uns bewußt, daß die Herbeiführung solcher Vereinbarungen bedeutende Fortschritte auf dem Wege der europäischen Sicherheit notwendig macht. Die Bürger beider deutscher Staaten sind interessiert am Zustandekommen einer Konferenz aller europäischen Staaten für europäische Sicherheit und an Vereinbarungen über die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Europa ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 1. Januar 1967 [W].)
(ddz 374/30 — 33 [W].)

6. 1. 67: Erklärung des Außenministeriums der DDR zur widerrechtlichen Anmaßung Bonns gegenüber Westberlin

Zu der in einem Brief an den Regierenden Bürgermeister von Westberlin vom westdeutschen Bundespräsidenten Lübke geäußerten Absicht, auch in Zukunft zu versuchen, den Anschein der „unlöslichen Bindung" Westberlins an die westdeutsche Bundesrepublik aufrechtzuerhalten, erklärt ein Sprecher des Außenministeriums der DDR gegenüber ADN:
„... Die Äußerung des Präsidenten der westdeutschen Bundesrepublik unterstreicht die Bestrebungen, Westberlin als Werkzeug gegen die DDR zu mißbrauchen und den kalten Krieg zu forcieren.

Offenkundig soll dieser Kurs, der stets den Westberliner Bürgern selbst zum Schaden gereicht, durch die neue Koalitionsregierung fortgesetzt werden. Jedoch können keinerlei Deklamationen, und wenn sie noch so oft wiederholt werden, etwas daran ändern, daß Westberlin weder ein Bestandteil der westdeutschen Bundesrepublik war, noch ist, noch jemals sein wird.
Den Interessen von Ruhe und Sicherheit in Europa und den Bedürfnissen der Westberliner Bürger würde es entsprechen, wenn sich der Senat von Westberlin endlich gegen die fortwährende Einmischung in die Angelegenheiten Westberlins von Seiten der herrschenden Kräfte der Bundesrepublik verwahrt, sich zu normalen Beziehungen mit der DDR bereit findet und sich daher den Vorschlägen zuwendet, die der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, in seiner Neujahrsbotschaft entwickelt hat."
(ddz 375/40 [A].)

26. 1. 67: Erklärung des Außenministeriums der DDR über die Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zwischen den europäischen Völkern

Bezugnehmend auf die heuchlerischen Erklärungen der Bonner Regierung über ihr vermeintliches Streben nach Normalisierung der Beziehungen zu europäischen sozialistischen Ländern, stellt das Außenministerium u. a. fest:
„... In letzter Zeit spricht die Regierung Kiesinger viel von ihrem vermeintlichen Streben nach Normalisierung der Beziehungen zu europäischen sozialistischen Ländern.

Der westdeutsche Minister Schmükker nannte in einem Interview derartige Bestrebungen einen ‚überzeugenden Beweis für die (west)deutsche Friedenspolitik'. Derartige Beteuerungen erweisen sich jedoch als heuchlerisch, denn die Kiesinger-Regierung läßt in gleichem Atemzug verlauten, daß eine ‚Respektierung ihres Rechtsstandpunktes' Voraussetzung für eine Normalisierung der Beziehungen sei ...
Dieses Auftreten des Bonner Ministers Schmücker erinnert deutlich an die Praxis der nazistischen Diplomatie, die auch stets die Duldung bzw. Erfüllung ihrer aggressiven Bedingungen als Voraussetzung ‚für die Erhaltung des Friedens' forderte. Die Völker haben aber aus der Geschichte gelernt. Man kann dem deutschen Militarismus nicht mit einer Politik der Beschwichtigung begegnen. Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten und Völkern sind unvereinbar mit einer gleichzeitigen Aufrechterhaltung revanchistischer Forderungen. Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa verlangen die Anerkennung der Realitäten. Dieser Erkenntnis haben die Staaten des Warschauer Vertrages in ihrer im Juli 1966 beschlossenen Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa klar und unmißverständlich Ausdruck gegeben. Wenn die Regierung Kiesinger/Strauß einen echten Beitrag zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen leisten wollte, so kann sie das dadurch beweisen, daß sie in ihrer Außenpolitik die in dieser Deklaration enthaltenen Grundsätze für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit und für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten ernsthaft berücksichtigt ..."
(ddz 376/33 [W].)

17. — 22. 4. 67: VII. Parteitag der SED weist den Weg zur Regelung der deutschen Frage

Im Bericht des ZK an den VII. Parteitag werden die bis zu diesem Zeitpunkt gemachten Bemühungen der DDR aufgezeigt, Voraussetzungen für ein friedliches Neben- und Miteinanderleben der beiden deutschen Staaten sowie für eine spätere Vereinigung zu schaffen, und festgestellt, daß es nunmehr notwendig sei, aufgrund der ständigen Spaltungspolitik des westdeutschen Imperialismus, die Politik der SED und der Regierung gegenüber Westdeutschland neu zu präzisieren.
Der extrem aggressive Kurs der Regierung Kiesinger/Strauß macht immer deutlicher, daß die Kernfrage die Überwindung von Imperialismus, Militarismus und Neonazismus in Westdeutschland ist. Diese Politik hat gegenwärtig den Weg zur Konföderation beider deutscher Staaten blockiert. Auf der Tagesordnung muß folglich nunmehr der Kampf um die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten stehen. Fallen muß die aggressive Alleinvertretungsanmaßung Bonns.
In seinem Referat fordert der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, von der westdeutschen Bundesrepublik:
entschiedenes Einsetzen für die Abrüstung,
Verzicht auf den Abbau demokra-

tischer Bestimmungen des Grundgesetzes,
Aufgabe der Positionen der Revanchepolitik,
Trennung von NATO und Pariser Verträgen sowie den Übergang zu einer wahrhaft deutschen, friedlichen Politik,
Abkehr vom Neokolonialismus,
Überführung von Großbanken, Versicherungsgesellschaften und Monopolbetrieben in das Eigentum des Volkes.
Nur so, erklärte Walter Ulbricht, kann sich in Westdeutschland der Übergang von der formierten Herrschaft der CDU/CSU zur Demokratie vollziehen.
Zum geregelten Nebeneinander beider deutscher Staaten führt Walter Ulbricht aus:

„... Angesichts der nun einmal gegebenen Lage und dazu der realen Situation in Europa ist mit dem Nebeneinanderleben zweier deutscher Staaten, eines sozialistischen und eines imperialistischen, zu denen noch die besondere politische Einheit Westberlin kommt, für einen längeren, heute nicht fixierbaren Zeitraum zu rechnen.

Die Vereinigung der deutschen Staaten ist und bleibt unser Ziel. Aber wir sind uns darüber klar, daß sie eine demokratische Umgestaltung Westdeutschlands voraussetzt und daß der Weg dorthin für Westdeutschland lang und beschwerlich sein kann.

Die Regelung der deutschen Frage, von der im Zusammenhang mit den Bemühungen um die Gewährleistung der europäischen Sicherheit die Rede ist, kann sich gegenwärtig und wahrscheinlich noch für einen längeren Zeitraum nur auf die Ordnung des friedlichen Nebeneinanderlebens der beiden deutschen Staaten und der besonderen politischen Einheit Westberlin, auf die Entspannung zwischen den deutschen Staaten und die Normalisierung ihrer Beziehungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz und auf die Durchsetzung der in der DDR bereits verwirklichten Grundsätze des Potsdamer Abkommens auch in der westdeutschen Bundesrepublik beziehen ...

Das, was heute zwischen den beiden deutschen Staaten möglich, aktuell und dringend notwendig ist, habe ich in der Neujahrsbotschaft der DDR dargelegt. Ich erneuere heute unsere Vorschläge für folgende nächste Schritte:

Wir schlagen vor, daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten eine Vereinbarung über die Aufnahme normaler Beziehungen zueinander treffen.

Wir schlagen vor, daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten einen Vertrag schließen, der den Verzicht auf die Anwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen zum Inhalt hat.

Wir schlagen vor, daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten in gleichlautenden vereinbarten Erklärungen die gegenwärtig bestehenden Grenzen in Europa anerkennen.

Wir schlagen vor, daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten vertraglich die Herabsetzung ihrer Rüstungsausgaben um jeweils die Hälfte vereinbaren.

Wir schlagen vor, daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten ihren Verzicht auf Besitz, Verfügungsgewalt oder Beteiligung an der Verfügungsgewalt über Atomwaffen in jeglicher Form erklären. Zugleich vereinbaren und versichern sie ver-

bindlich in gleichlautenden und gleichzeitigen Erklärungen ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer atomwaffenfreien Zone in Europa. Wir schlagen vor, daß sich die Regierungen beider deutscher Staaten für die Herstellung normaler Beziehungen beider deutscher Staaten zu allen europäischen Staaten und für die Herstellung diplomatischer Beziehungen aller europäischer Staaten zu den beiden deutschen Staaten einsetzen ..."
(Sicherheit und friedliche Zusammenarbeit in Europa. Staatsverlag der DDR, Berlin 1968, S. 376—382 [A].)

10. 5. 67: Brief des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, an den Bundeskanzler der westdeutschen Bundesrepublik, Kurt Georg Kiesinger

Der Vorsitzende des Ministerrates, Willi Stoph, schlägt in einem Schreiben dem westdeutschen Bundeskanzler, Kurt Georg Kiesinger, vor, in Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten einzutreten. Der Brief wird am 11. 5. im Bundeskanzleramt übergeben.
Folgende Fragen werden angeschnitten:
Aufnahme normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten;
Verzicht beider deutscher Staaten auf die Anwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen;
Anerkennung der gegenwärtig bestehenden Grenzen in Europa, insbesondere der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten;
Herabsetzung der Rüstungsausgaben beider deutscher Staaten um jeweils die Hälfte;
Verzicht beider deutscher Staaten auf Besitz, Verfügungsgewalt oder Beteiligung an der Verfügungsgewalt über Kernwaffen in jeglicher Form sowie über ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa;
Eintreten der Regierung der DDR und der Bundesrepublik für normale Beziehungen beider deutscher Staaten zu den, anderen europäischen Staaten und für die Herstellung diplomatischer Beziehungen aller europäischen Staaten zu beiden deutschen Staaten.
Diese Vorschläge der DDR sind ein Minimalprogramm der friedlichen Koexistenz. Sie stellen den ersten Schritt über jene Schwelle dar, die anmaßendes, friedensgefährdendes Großmachtstreben von ehrlichem Eintreten für gutnachbarliches Nebeneinander trennt.
(Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 10. Mai 1967.)

27. 6. 67: Offener Brief des ZK der SED an die Mitglieder und Anhänger der CDU und der CSU in der westdeutschen Bundesrepublik

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands richtet an die Mitglieder und Anhänger der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union in der westdeutschen Bundesrepublik einen Offenen Brief, in dem festgestellt wird, daß seit Jahren „die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik für ein friedliches Nebeneinander der beiden deutschen Staaten von den regierenden Krei-

sen der westdeutschen Bundesrepublik abgelehnt, ja mit grober Feindseligkeit beantwortet" werden.

Am 10. Mai habe die Regierung der DDR in einem Brief dem westdeutschen Bundeskanzler vorgeschlagen, in sachliche, gleichberechtigte Verhandlungen mit der Regierung der DDR einzutreten.

Der Brief schließt mit der Mahnung:

„... Was die Deutschen brauchen, sind Frieden, Demokratie, Abrüstung und freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern der Welt. Die in Bonn herrschenden imperialistischen Kreise blockieren den Weg zu diesem Ziel. Daß diese Blockade gebrochen wird, sollte das gemeinsame Anliegen der Bürger der DDR und aller friedliebenden Menschen der Bundesrepublik sein. Nur so ist zu verhindern, daß die Deutschen in beiden deutschen Staaten sich weiter auseinanderleben, nur so sind Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten denkbar. Kein Deutscher — weder in der Deutschen Demokratischen Republik noch in der Bundesrepublik — würde durch solche Beziehungen etwas verlieren. Alle Deutschen würden dabei nur gewinnen."

(Neues Deutschland, Berlin, 27. Juni 1967 [W].)

22. 7. 67: Memorandum der Regierung der DDR an die Regierungen und Völker aller Staaten zu Grundfragen der europäischen Sicherheit

„Neues Deutschland" veröffentlicht ein Memorandum der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierungen und Völker aller Staaten, das über den Stand der jüngsten Bemühungen unterrichtet, die die Regierung der DDR zur Herstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten im Interesse der Gewährleistung der europäischen Sicherheit und des Friedens in der Welt unternommen hat (s. 10. 5. 67). Im Memorandum gibt die Regierung der DDR der Erwartung Ausdruck,

„... daß die Völker und Regierungen sich der ernsten Gefahren bewußt sind, die durch die Unterstützung oder Duldung der aggressiven Alleinvertretungsanmaßung der westdeutschen Bundesrepublik für den Frieden und die Sicherheit heraufbeschworen werden. Um diese Gefahren abzuwenden und auf dem Wege zur europäischen Sicherheit reale Fortschritte zu erzielen, ist die Herstellung normaler Beziehungen aller Staaten zur Deutschen Demokratischen Republik notwendig. Dies würde auch wesentlich zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten beitragen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird ihrerseits weiterhin alles in ihren Kräften Stehende tun, um normale und gleichberechtigte Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten herbeizuführen ...

Eingedenk der Tatsache, daß allein in diesem Jahrhundert von deutschem Boden zwei verheerende Weltkriege ausgegangen sind und sich die beiden Weltsysteme hier unmittelbar gegenüberstehen, ist es dringend erforderlich, auf deutschem Boden dauerhafte Garantien für die Gewährleistung des Friedens zu schaffen. Deshalb wendet sich die

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierungen aller Staaten mit der Bitte, die in diesem Memorandum dargelegten Gesichtspunkte zu prüfen und in geeigneter Form zur Verwirklichung der von der Deutschen Demokratischen Republik unterbreiteten Vorschläge beizutragen ...“
(Neues Deutschland, Berlin, 22. Juli 1967 [W].)
(ddz 388/47 [W].)

25. 8. 67: DDR für Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR unterstützt in einer Erklärung den von der UdSSR im 18-Staaten-Abrüstungsausschuß vorgelegten Entwurf eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und erklärt:

„... Das deutsche Volk, das die verheerenden Folgen der Wiederaufrüstung des deutschen Imperialismus in Vorbereitung des zweiten Weltkrieges am eigenen Leibe zu spüren bekam, trägt eine besonders hohe Verantwortung für die Gewährleistung des Friedens und ist in besonders hohem Maße verpflichtet, alle Bestrebungen aktiv zu unterstützen, die der Sicherung des Friedens dienen.

Die DDR betrachtet deshalb eine Vereinbarung über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen als ein wichtiges Erfordernis zur Minderung der internationalen Spannungen und zur Schaffung einer Atmosphäre, die wirksame Schritte zur Herbeiführung von Abrüstungsvereinbarungen ermöglicht ...

Im Interesse der Gewährleistung des Friedens erklärt das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, daß die Deutsche Demokratische Republik entschieden für das Zustandekommen eines wirksamen Vertrages der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen eintritt ...“
(Neues Deutschland, Berlin, 26. August 1967 [W].)
(ddz 390/34 [W].)

18. 9. 67: DDR unterbreitet Entwurf eines Vertrages über die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten

In einem Schreiben an den westdeutschen Bundeskanzler Kiesinger weist der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, die in der Antwort des westdeutschen Kanzlers vom 13. 6. 67 auf die DDR-Vorschläge vom 10. 5. 67 enthaltenen Anmaßungen zurück und erneuert seine Bereitschaft, Verhandlungen mit dem westdeutschen Kanzler über praktische Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten aufzunehmen.

Dem Schreiben ist der „Entwurf eines Vertrages über die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland“ beigefügt.

In dem Brief Willi Stophs heißt es u. a.:

„... Die Wahrung und Festigung des europäischen Friedens und die elementaren Interessen des Volkes in der Deutschen Demokratischen Republik wie in der Bundesrepublik gebieten, daß die Regierungen beider

deutscher Staaten normale Beziehungen zueinander aufnehmen. Damit würde die Erfüllung einer Grundbedingung für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit, die Herstellung normaler Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten, gefördert werden. Das würde der Lösung der menschlichsten aller Fragen, der Sicherung des Friedens, dienen. Es versteht sich von selbst, daß positive Ergebnisse bei diesem Bemühen für die Regelung anderer, beide Seiten interessierender Fragen gute Voraussetzungen schaffen würden. Damit würden auch die von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vorgeschlagenen Verhandlungen auf den Gebieten der Wirtschaft und des Handels, des Verkehrs und des Post- und Fernmeldewesens günstig beeinflußt werden.

Geleitet von der Verantwortung für den Frieden in Europa, ist die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereit, unmittelbare praktische Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten einzuleiten.

Ich übersende Ihnen daher beiliegend den Entwurf eines Vertrages über die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Zusammenhang schlage ich Ihnen vor, umgehend Verhandlungen hierüber und über den Verzicht beider deutscher Staaten auf die Anwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen sowie entsprechend den in meinem Brief vom 10. Mai 1967 unterbreiteten Vorschlägen (aufzunehmen) ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 20. September 1967 [W].)
(ddz 392/27 [W].)

9. 10. 67: Walter Ulbricht befürwortet Sicherheitskonferenz aller europäischen Staaten

Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, richtet an die in Berlin tagende Konferenz der Friedenskomitees Europas eine Grußbotschaft.

Darin heißt es u. a.:

„... Die Europapolitik der DDR geht davon aus, daß eine stabile europäische Friedensordnung auf der strikten Achtung aller bestehenden Grenzen, der Souveränität und nationalen Würde, der völligen Gleichberechtigung der großen und der kleinen Staaten beruhen muß. Vertragliche Vereinbarungen über einen Gewaltverzicht aller europäischen Staaten und, geltend für alle europäischen Staaten, der rasche Abschluß des Vertrages über die Nichtweitergabe von Atomwaffen, die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und weitere Vereinbarungen über die Abrüstung könnten am besten den Weg zu dieser europäischen Friedensordnung bahnen helfen.

In dieser Politik unseres Staates für die Schaffung einer stabilen europäischen Friedensordnung wissen wir die Völker des Kontinents an unserer Seite. Uns verbinden gemeinsame Interessen und Erfahrungen aus zwei vom deutschen Imperialismus und Militarismus vom Zaune gebrochenen Weltkriegen.

Seien Sie deshalb versichert, daß Regierung und Bevölkerung der DDR alle Ihre Bemühungen unterstützen werden, entsprechend Ihrer nationalen Gegebenheiten und den Interessen Ihrer Völker für das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben aller europäischen Völker zu wirken. Diesem Ziel

würde auch die Durchführung einer Sicherheitskonferenz aller europäischen Staaten und deren Vorbereitung durch eine entsprechende Völkerkonferenz dienen, weshalb sie von der DDR entschieden befürwortet werden ..."
(ddz 393/38 [W].)

10. 10. 67: DDR bekundet Interesse am raschen Abschluß des Atomwaffensperrvertrages

Die Regierung der DDR begrüßt in einer Erklärung an den 18-Staaten-Abrüstungsausschuß den von der Sowjetunion vorgelegten Entwurf eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. In dem Dokument legt die Regierung der DDR ihre Auffassung zu einigen Fragen des Inhalts eines solchen Vertrages dar, bekundet ihr Interesse am raschen Abschluß und erneuert ihre Bereitschaft, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Abschluß des Vertrages zu erleichtern. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 11. Oktober 1967; ddz 393/19—20.)

2. 11. 67: Ministerrat fordert normale Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR

Das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates gibt über den Deutschen Fernsehfunk eine Mitteilung bekannt, in der es heißt:
„Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik hat immer wieder den Versuch unternommen, normale Beziehungen mit dem Senat von Westberlin herzustellen, und hat hierfür zahlreiche Vorschläge unterbreitet. Die Regierung der DDR geht dabei davon aus, daß Westberlin eine selbständige politische Einheit inmitten der DDR und auf ihrem Territorium ist, in der von den USA, Großbritannien und Frankreich noch ein Besatzungsregime aufrechterhalten wird. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen, aus denen sich die Zuständigkeiten des Westberliner Senats ergeben, besteht die Regierung der DDR darauf, daß die Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR normalisiert werden ...
Die Unterordnung des Senats unter die revanchistische Politik der westdeutschen Regierung kann der Westberliner Bevölkerung auch in Zukunft nur zum Schaden gereichen. Ihre Interessen erfordern daher eine wirkliche Neuorientierung der Politik Westberlins. Vor allem ist es erforderlich, daß normale und sachliche Beziehungen mit der Deutschen Demokratischen Republik hergestellt werden. Solche Beziehungen geben die Möglichkeit, sich über alle Fragen zu verständigen, die im Interesse Westberlins und seiner Bürger liegen."
(ddz 395/39 [W].)

3. 11. 67: Appell an alle Völker und Staaten zum baldigen Abschluß des Kernwaffensperrvertrages

Die Regierung der DDR gibt zum Stand der Verhandlungen über den Vertrag zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen eine Erklärung ab und appelliert angesichts des Atomwaffenstrebens der westdeutschen Bundesrepublik an alle Völker und Staaten, alles zu tun, um den baldigen Abschluß des Sperrvertrages zu gewährleisten. (Wortlaut s. ddz 395/40.)

1. 12. 67: Walter Ulbricht begründet Ausarbeitung der sozialistischen Verfassung der DDR als Grundgesetz für eine Politik des Friedens, der Demokratie, des Sozialismus und der Völkerfreundschaft

Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, gibt auf der 4. Tagung der Volkskammer eine Erklärung zur Ausarbeitung einer sozialistischen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik ab. Die Volkskammer stimmt dieser Erklärung zu und bildet eine Kommission zur Ausarbeitung einer sozialistischen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik.

In seinen Schlußausführungen sagt Walter Ulbricht:

„... Die Verfassung des Jahres 1949 hat uns und unserem sozialistischen deutschen Staat gute Dienste beim Voranschreiten in eine glückliche Zukunft und bei der Errichtung der Fundamente des Sozialismus geleistet. Die neuen Bedingungen unserer gesellschaftlichen Entwicklung, die wir selbst geschaffen haben, die neuen Aufgaben und die weiteren Horizonte der sozialistischen Gesellschaft und des sozialistischen deutschen Staates erfordern die neue Verfassung...

Unsere sozialistische Republik leistet ihren Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt und vor allem zur Entwicklung der sozialistischen Völkergemeinschaft. Die Liebe zu unserem sozialistischen Vaterland, der Deutschen Demokratischen Republik, ist verbunden mit der Treue zu den hohen Ideen des sozialistischen Internationalismus. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik schließen sich noch enger zusammen und festigen ihre sozialistische Gemeinschaft. Die Deutsche Demokratische Republik braucht und prägt schöpferische Menschen. Sie ermöglicht und gewährleistet allen ein sinnerfülltes, kulturvolles, glückliches Leben.

Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, die wir nun ausarbeiten, soll das Grundgesetz für eine deutsche Politik des Friedens, der Demokratie, des Sozialismus und der Völkerfreundschaft sein."

(Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, zur Ausarbeitung der sozialistischen Verfassung der DDR. Hrsg. Volkskammer der DDR und Nationalrat der Nationalen Front, 1967 [W].)

31. 12. 67: Walter Ulbricht: Neuen Anfang in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten machen!

In seiner Neujahrsansprache erläutert der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, die geschichtliche Mission der DDR und nimmt zu den Kernfragen der europäischen Sicherheit Stellung. In diesem Zusammenhang verweist Walter Ulbricht auf die konstruktiven Vorschläge der DDR zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, die leider alle bisher von der Bonner Regierung abgelehnt wurden, die statt dessen unverändert ihre Politik der rechtswidrigen Alleinvertretungsanmaßung und der Revanche fortsetzt. Walter Ulbricht erklärt, daß es erforderlich ist, einen neuen Anfang für das friedliche Neben- und Miteinander der beiden deut-

schen Staaten zu suchen, und schlägt vor:

... . .

1. Wir erneuern unseren Vorschlag auf Abschluß eines Vertrages über Gewaltverzicht zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten. Jeder Westdeutsche, der nicht auf die DDR und ihre Bürger schießen will, kann — so meine ich — diesen Vorschlag unterschreiben.
2. Unseren Entwurf eines Vertrages über die Herstellung und Pflege gleichberechtigter Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, der auf dem Tisch der Bonner Regierung liegt, halten wir aufrecht.
3. Wir schlagen Verhandlungen vor zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten sowie zwischen den gewählten Leitungen der Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen über die vollständige Abrüstung der beiden deutschen Staaten, über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, über den Verzicht auf Herstellung, Mitverfügung und Anwendung von Kernwaffen und über das Verbot der Lagerung von nuklearen Sprengköpfen auf dem Gebiet der beiden deutschen Staaten.
4. Schritte der Entspannung können nur dann real sein, wenn die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik auf die aggressive Alleinvertretungsanmaßung und Revanchismus in jeglicher Form verzichtet, die bestehenden Grenzen in Europa einschließlich der Grenze zwischen der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik anerkennt und jede revanchistische Propaganda unterbindet.
5. Auf Grund des völkerrechtlich gültigen Potsdamer Abkommens der vier Mächte gehört es zu den Pflichten beider deutscher Staaten und ihrer Bürger, Militarismus und Nazismus auszuschalten und die Vormachtstellung des Monopolkapitals zu brechen. Das ist in der Deutschen Demokratischen Republik geschehen. In der westdeutschen Bundesrepublik steht die Erfüllung dieser Pflichten noch aus. Die Erfüllung dieser Pflicht ist eine Grundbedingung für die Zukunft der Nation.

Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger anerkennen ihre völkerrechtliche Verpflichtung, den friedliebenden und demokratischen Kräften der westdeutschen Bundesrepublik bei der Erfüllung der genannten vom Potsdamer Abkommen gestellten Aufgaben politisch und moralisch zu helfen.

Unabhängig von dem, was in Westdeutschland geschieht, gehen wir in der Deutschen Demokratischen Republik unseren klaren und guten Weg weiter ..."

(Neues Deutschland, Berlin 1. Januar 1968 [W].)
(ddz 399/15—18 [W].)

31. 1. 68: Verfassungsentwurf deklariert DDR zum Staat des Friedens und der Völkerfreundschaft

Auf der 7. Tagung der Volkskammer gibt der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, im Namen der von der Volkskammer bestellten Kommission den Bericht über den vorgelegten Entwurf der neuen Verfassung. Zu den außenpolitischen Aspekten führt Walter Ulbricht aus:

„... In dem Entwurf der Verfassung ist der außenpolitische und völkerrechtliche Standort der sozialistischen Deutschen Demokratischen

Republik eindeutig umrissen. Als sozialistischer Staat deutscher Nation, der die Lehren aus der Geschichte gezogen und treu der internationalen Verpflichtung aller Deutschen auf seinem Gebiet Militarismus und Nazismus ausgerottet hat, betreibt die DDR eine dem Sozialismus, dem Frieden, der Sicherheit und der Völkerverständigung verpflichtete Außenpolitik ...
Es ist verfassungsrechtliche Pflicht der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Bürger, bei der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und einer stabilen Friedensordnung in der Welt aktiv mitzuarbeiten. Jegliche militaristische und revanchistische Propaganda, Kriegshetze und Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß sollen als Verbrechen geahndet werden.
Der Entwurf der Verfassung erhebt die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts zum verbindlichen Recht für die Staatsgewalt und für jeden Bürger der DDR. Die neue Verfassung verpflichtet die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger, niemals einen Eroberungskrieg zu unternehmen oder ihre Streitkräfte gegen die Freiheit eines anderen Volkes einzusetzen.
In dem Entwurf der neuen Verfassung wird die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik als Bollwerk des Friedens in Mitteleuropa gebührend gekennzeichnet. Die sozialistische Deutsche Demokratische Republik wird also verfassungsrechtlich auf eine friedliche Außenpolitik, auf eine aktive und schöpferische Zusammenarbeit mit allen friedlichen Völkern der Welt, auf Beziehungen freundschaftlicher Zusammenarbeit mit allen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung festgelegt.
Das ist von großer und nachhaltiger Bedeutung für die Lage in Europa, für die Schaffung eines wirksamen und dauerhaften Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und auch für eine stabile Friedensordnung in der Welt. Die sozialistische Deutsche Demokratische Republik wird so zur unüberwindlichen Barriere gegen die friedensfeindliche Revanchepolitik der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik ausgebaut ...“

(Bericht des Vorsitzenden der Kommission zur Ausarbeitung einer sozialistischen Verfassung der DDR, Walter Ulbricht, Vorsitzender des Staatsrates, auf der 7. Tagung der Volkskammer der DDR. Hrsg. Volkskammer der DDR und Nationalrat der Nationalen Front, 1968 [W].)

28. 2. 68: Offener Brief des ZK der SED an die Bürger Westdeutschlands

Das Zentralkomitee der SED fordert in einem Offenen Brief die Arbeiter und Angestellten, die Geistesschaffenden, die Bauern und Gewerbetreibenden, die Frauen und die Jugend in der westdeutschen Bundesrepublik auf, sich für die Verständigung mit der DDR einzusetzen. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 29. Februar 1968.)

13. 3. 68: Erklärung Walter Ulbrichts über das Schicksal und die Zukunft der deutschen Nation

Walter Ulbricht, Erster Sekretär des ZK der SED und Vorsitzender

des Staatsrates der DDR, gibt im Fernsehfunk der DDR eine Erklärung ab, in der er die Frage beantwortet, wie es zwischen den beiden deutschen Staaten weitergehen soll:

„... Das Schicksal und die Zukunft der deutschen Nation liegen uns allen am Herzen. Wer sich mit dem Entwurf der neuen Verfassung unserer Deutschen Demokratischen Republik befaßt hat, der findet das auch darin bestätigt. In dieser Verfassung wird ausdrücklich die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen und die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung zum nationalen Anliegen der Deutschen Demokratischen Republik erklärt. Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger, so heißt es in dem Entwurf weiter, erstreben darüber hinaus die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus. Das ist der nationale Auftrag, den die Verfassung unserer Volkskammer, dem Staatsrat, der Regierung und jedem einzelnen Bürger erteilt ...

Über die Zukunftsaufgaben vergessen wir aber nicht die Notwendigkeit, schon heute die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu normalisieren. Dazu bedarf es vor allem des Realismus und der Vernunft. Gerade das ist es jedoch, was in Bonn fehlt. Es gibt nun einmal die beiden deutschen Staaten. Und ohne die gegenseitige Anerkennung und völlige Gleichberechtigung wird der Graben immer tiefer. Es muß also endgültig Schluß gemacht werden mit der Hallstein-Doktrin und allen anderen Versuchen, die Deutsche Demkoratische Republik und ihre Bürger zu diskriminieren.

In den Händen der Bonner Regierung befindet sich seit Monaten der Entwurf eines Vertrages ‚Über die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland'. Diesen Entwurf hat der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Willi Stoph, dem westdeutschen Bundeskanzler, Herrn Kiesinger, übersandt. Die Regierung in Bonn jedoch hat diesen Entwurf abgelehnt ...

Schon morgen könnten autorisierte Regierungsdelegationen beider deutscher Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit Verhandlungen über diesen Vertrag beginnen. Das hieße nicht nur über die Lage der Nation zu sprechen, sondern für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und somit für die Verbesserung der Lage der Nation und zugleich für den Frieden in Europa etwas zu tun. Natürlich kann Bonn nicht als Vorbedingung für die Verhandlungen so wie bisher verlangen, daß wir unsere Existenz als sozialistischer Staat verleugnen und die Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung akzeptieren.

Sind normale vertragliche Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten hergestellt, die der Natur der Sache nach völkerrechtliche Beziehungen sind, und ist zugleich der Verzicht auf Anwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen

vertraglich gesichert, dann könnten wir auch über manche andere Frage der Beziehungen zwischen den deutschen Staaten sprechen, dann könnten sicherlich auch leichter entsprechende Lösungen gefunden werden.
Das ist der einzig reale Weg, das ist ein guter Weg.
Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik gehen zielbewußt ihren Weg des Friedens und des Sozialismus weiter, so wie er in dem Entwurf unserer neuen, sozialistischen Verfassung vorgezeichnet ist. Das ist zugleich auch der Weg der Zukunft der ganzen deutschen Nation ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 14. März 1968 [W].)
(ddz 405/24 — 28 [W].)

6. 4. 68: Volksentscheid über neue Verfassung: Bekenntnis zum Sozialismus und zum Frieden

Mit 11 536 803 Ja-Stimmen (94,49 Prozent der Stimmberechtigten) entscheidet sich die Bevölkerung der DDR für die neue, sozialistische Verfassung und damit für eine Politik des Sozialismus, der Demokratie, des Friedens und der Völkerverständigung. (s. ddz 406/33.)

8. 4. 68: Sozialistische Verfassung verkündet

In einem festlichen Staatsakt im Amtssitz des Staatsrates nimmt der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, in Anwesenheit führender Persönlichkeiten der DDR den Bericht der Zentralen Abstimmungskommission über das Ergebnis des Volksentscheides entgegen und verkündet feierlich die durch das Volk am 6. April 1968 beschlossene Verfassung der DDR.
Walter Ulbricht gibt anschließend eine kurze Erklärung ab. Gemäß Paragraph 10 des von der Volkskammer am 26. März 1968 beschlossenen Gesetzes zur Durchführung eines Volksentscheides über die Verfassung der DDR sowie Artikel 83 der Verfassung vom 7. Oktober 1949, stellt der Vorsitzende des Staatsrates fest, daß mit dem endgültigen Abstimmungsergebnis die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, um die vom Volk beschlossene neue Verfassung der DDR zu verkünden. (s. ddz 406/33.)

6. 5. 68: Zustimmung zum Entwurf eines Kernwaffensperrvertrages

Im New-Yorker Hauptquartier der Vereinten Nationen wird eine Erklärung der Regierung der DDR an die XXII. UNO-Vollversammlung als offizielles UNO-Dokument veröffentlicht. Darin erklärt die DDR ihre Zustimmung zu dem vom 18-Staaten-Abrüstungsausschuß an die UNO-Vollversammlung übermittelten Entwurf eines Kernwaffensperrvertrages und spricht die Hoffnung aus, daß das Jahr 1968 zum Jahr des Abschlusses des Vertrages werden möge. Die Regierung der DDR bekundet ihre Entschlossenheit, ihren Beitrag zur Erreichung dieses Zieles zu leisten. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 8. Mai 1968; ddz 408/26.)

14. 5. 68: Regierung der DDR warnt vor Verabschiedung der westdeutschen Notstandsverfassung

Unter Hinweis auf die für den 15. Mai vorgesehene Sitzung des Bonner Bundestages weist der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, in einem Schreiben an den westdeutschen Bundeskanzler Kiesinger auf den friedensgefährdenden Charakter der westdeutschen Notstandsgesetzgebung hin und erklärt:

„... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erhebt nochmals warnend ihre Stimme und weist darauf hin, daß eine Verabschiedung der Notstandsverfassung die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten weiter verschärfen und verschlechtern würde. Kriegsvorbereitende Notstandsgesetze stehen dem Verlangen der europäischen Völker nach Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa diametral entgegen. Sie stellen eine schwerwiegende Verletzung der friedenssichernden, antimilitaristischen und demokratischen Grundprinzipien des Potsdamer Abkommens und anderer Vereinbarungen der Anti-Hitler-Koalition dar ...

Im Auftrag der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, namens des Volkes der Deutschen Demokratischen Republik fordere ich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf, alle Arbeiten an der Notstandsgesetzgebung sofort einzustellen. Mit dieser Forderung befindet sich die Regierung der DDR, wie besonders die letzten Monate eindeutig gezeigt haben, in Übereinstimmung mit der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung.

Geht die Regierung der Bundesrepublik den Weg der Notstandsgesetzgebung weiter, so trägt sie die volle und alleinige Verantwortung dafür, daß sich die Spannungen im Herzen Europas erhöhen. Der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten würden neue, ernste Hindernisse in den Weg gelegt.

Frieden und Sicherheit in Europa verlangen von der Bundesregierung, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß die Notstandsgesetze von der Tagesordnung des Bundestages abgesetzt und alle bereits in Kraft getretenen Notstandsgesetze unverzüglich aufgehoben werden ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 15. Mai 1968 [W].)

(ddz 408/21 [W].)

11. 6. 68: Beschlüsse der Volkskammer zur Zurückweisung der Bonner Alleinvertretungsanmaßung

Auf Grund der Annahme der westdeutschen Notstandsgesetze durch den Bonner Bundestag am 30. Mai 1968 beschäftigt sich die Volkskammer der DDR mit Maßnahmen zur Zurückdrängung der Bonner Expansionspolitik. Der Minister des Innern, Friedrich Dickel, und der 1. Stellvertreter des Ministers der Finanzen, Horst Kaminsky, begründen dadurch notwendig gewordene Schritte der DDR, die die Volkskammer zum Beschluß erhebt.

In der Begründung des Ministers Friedrich Dickel zur Einführung der Paß- und Visapflicht bei Reisen durch und in die DDR wird erklärt:

„... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat bekanntlich seit den ersten Tagen ihrer Existenz nichts unversucht gelassen, um sachliche und gleichberechtigte Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten herzustellen.

Die westdeutsche Regierung hat jedoch alle Verständigungsvorschläge mit einer Verschärfung der Alleinvertretungsanmaßung beantwortet. Mit der Annahme der Notstandsgesetze im westdeutschen Bundestag wurden die Gefahren für den Frieden und die europäische Sicherheit weiter erhöht. Die Notstandsgesetze dienen der Errichtung einer militaristischen Polizeidiktatur gegen die westdeutsche Bevölkerung und der Herstellung der Aggressionsbereitschaft nach außen ...

All das ist Ausdruck der verschärften Annexionspolitik der Bonner Regierung und der Versuche, das Fehlen ordnungsgemäßer vertraglicher Vereinbarungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik sowie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin für ihre revanchistischen Zwecke auszunutzen. Daraus ergibt sich, daß die vorgesehenen Regelungen zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden sind.

Die beabsichtigten Maßnahmen werden die Autorität der Deutschen Demokratischen Republik, des deutschen Staates des Friedens, der Freiheit und der Menschenwürde, des sozialen Fortschritts und der Gerechtigkeit erhöhen ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 12. Juni 1968 [W].)

(Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, 11. Juni 1968, Teil I, Nr. 10 [W].)

12. 6. 68: Walter Ulbricht über die Haltung der DDR zur europäischen Sicherheit

Die niederländische Fernseh- und Rundfunkgesellschaft AVRO bringt in ihrem Fernsehprogramm ein Interview mit dem Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, über die Haltung der DDR zur europäischen Sicherheit. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 14. Juni 1968.)

21. 6. 68: Vorschläge des Staatsrates der DDR zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit und Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten

Der Staatsrat der DDR beschließt auf seiner 9. Sitzung eine Erklärung, in der u. a. allen Bürgern Westdeutschlands, den Mitgliedern des Bundestages und der Bonner Regierung folgende Vorschläge für eine echte Entspannung unterbreitet werden:

"...

1. Die Regierungen beider deutscher Staaten verpflichten sich, dem der Verhütung eines Kernwaffenkrieges dienenden internationalen Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen unverzüglich beizutreten. (Alle Bürger der beiden deutschen Staaten sollten verstehen, daß die Weiterverbreitung von Kernwaffen für Europa, insbesondere für seine so dicht besiedelte Mitte, verheerende Folgen haben könnte.)

2. Abschluß eines völkerrechtlich gültigen Vertrages zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik, welcher die Lagerung von Kernsprengköpfen auf den Territorien der beiden deutschen Staaten ausschließt.

3. Abschluß eines völkerrechtlich gültigen Vertrages zwischen der Regierung der Deutschen Demokrati-

schen Republik und der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik über die Nichtanwendung von Gewalt in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

4. Abschluß eines völkerrechtlich gültigen Vertrages zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik über die Anerkennung des Status quo und der bestehenden Grenzen in Europa.

Die hier vorgeschlagenen Aktionen bzw. Verträge zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten würden einer echten Entspannung und der Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa den Weg bahnen. Das wäre zugleich eine sichere und unabdingbare Grundlage für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 23. Juni 1968 [W].)
(ddz 411/34 [W].)

1. 7. 68: DDR unterzeichnet Kernwaffensperrvertrag

Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Otto Winzer, unterzeichnet in Moskau den von der UNO-Vollversammlung mit großer Mehrheit angenommenen Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Nach der Unterzeichnung gibt Otto Winzer vor dem großen Forum der anwesenden Regierungsvertreter und Journalisten aus aller Welt eine Erklärung ab.

Er stellt u. a. fest:

„Staatsrat und Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik haben dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zugestimmt, da sie im Abschluß des Vertrages eine der bedeutendsten Maßnahmen für die Wahrung des Weltfriedens sehen ...

Als Vertreter des sozialistischen Staates deutscher Nation fühle ich mich verpflichtet, bei diesem welthistorisch wichtigen Akt festzustellen: Zwei Weltkriege wurden verursacht und ausgelöst vom einheitlichen imperialistischen Deutschland, dessen herrschende Kräfte und Militärs ihre Aggressionen jeweils mit den modernsten Waffen vorbereiteten.

Heute bestehen zwei deutsche Staaten, von denen nur die Deutsche Demokratische Republik ihre Verpflichtungen aus dem Potsdamer Abkommen erfüllt hat und sich verantwortungsbewußt bemüht, nicht zuzulassen, daß von deutschem Boden erneut ein Krieg ausgeht. Aus diesem Verantwortungsbewußtsein und Friedenswillen heraus bekennt sich die DDR vorbehaltlos zum Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen ...

Es ist Wunsch und Vorschlag der Deutschen Demokratischen Republik, daß die beiden deutschen Staaten einen international verbindlichen Vertrag abschließen, dessen Ziel es ist, die Lagerung von Kernwaffen auf ihren Territorien auszuschließen. Im Geiste der Präambel des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen wäre eine solche Verständigung ein wirkungsvoller Friedensdienst, den die beiden deutschen Staaten den europäischen Völkern, der Menschheit und dem Weltfrieden erweisen könnten. Die DDR ist dazu jederzeit bereit."

(ddz 412/28 [W].)

17. 7. 68: Ministerrat der DDR für völkerrechtlich verbindlichen Gewaltverzicht

Der Ministerrat der DDR begrüßt und unterstützt in einer Stellungnahme die von der Regierung der UdSSR veröffentlichten Dokumente zu den Problemen des Gewaltverzichts zwischen den sozialistischen Staaten Europas und der westdeutschen Bundesrepublik.
In der Stellungnahme wird u. a. erklärt:
„... In Befolgung ihrer Politik der Friedenssicherung unterstreicht die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erneut die Notwendigkeit der Vereinbarung eines völkerrechtlich verbindlichen Gewaltverzichts zwischen den beiden deutschen Staaten. Dafür hat die Regierung der DDR der westdeutschen Regierung konkrete und realisierbare Vorschläge unterbreitet. Sie bekräftigt erneut ihre Bereitschaft, auf der Grundlage der Vorschläge des Staatsrates der DDR vom 21. Juni 1968 ... in gleichberechtigte Verhandlungen mit der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik einzutreten.
Die Verwirklichung der Vorschläge der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ebenso wie die der Deutschen Demokratischen Republik wäre ein entscheidender Beitrag zur Gewährleistung des Friedens in Europa. In völliger Übereinstimmung mit der Haltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und anderer sozialistischer Staaten wird die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik — getreu ihrem Verfassungsauftrag — ihre auf Entspannung und Sicherheit gerichtete Politik des Gewaltverzichts konsequent fortsetzen."
(Neues Deutschland, Berlin, 20. Juli 1968 [W].)

9. 8. 68: Neue Initiative der DDR für europäische Sicherheit

Auf der 10. Sitzung der Volkskammer gibt der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Otto Winzer, einen Bericht über den Kampf der DDR für die europäische Sicherheit. Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR und Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, begründet neue Initiativen der DDR für die europäische Sicherheit und unterbreitet folgende 7 Vorschläge zur friedlichen Koexistenz:
1. Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten
2. Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO und ihre Organisationen
3. Unterzeichnung des Vertrages über Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen durch die Bundesregierung
4. Abschluß eines Vertrages über die Nichtanwendung von Gewalt in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten
5. Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa und des Status quo
6. Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik
7. Schaffung bevollmächtigter Missionen. Das setzt voraus, daß die westdeutsche Seite auf solche Vorbedingungen wie Alleinvertretungsanmaßung und Hallstein-

Doktrin verzichtet und zum Abschluß eines völkerrechtsgültigen Vertrages über Verzicht auf Gewalt und Anerkennung der Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik bereit ist.
Die Volkskammer stimmt dem Bericht Otto Winzers sowie den Vorschlägen Walter Ulbrichts zu und beauftragt den Vorsitzenden des Ministerrates, die sich daraus ergebenden Maßnahmen einzuleiten. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 10. August 1968.)

20. 8. 68: Regierung der DDR begrüßt Wiederaufnahme der Verhandlungen des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses

Die Regierung der DDR richtet an den Genfer 18-Staaten-Abrüstungsausschuß eine Erklärung, deren Wortlaut Botschafter Alexej Rostschin, Kopräsident des Ausschusses und Leiter der sowjetischen Delegation, dem Abrüstungsgremium zur Kenntnis bringt.
In der Erklärung heißt es u. a.:
„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt die Wiederaufnahme der Verhandlungen des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses und beglückwünscht den Ausschuß zu dem erfolgreichen Abschluß des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Sie gibt der Erwartung Ausdruck, daß der Ausschuß in seiner weiteren Arbeit bald neue positive Ergebnisse erzielen wird, die geeignet sind, zur Entspannung und zur Festigung des Friedens beizutragen ...
Mit dem Abschluß des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, der weitere Verhandlungen über Schritte zu einer effektiven Abrüstung ausdrücklich vorsieht, sind neue günstige Möglichkeiten für konkrete Maßnahmen auf diesem Gebiet geschaffen worden. Die von der Regierung der UdSSR in ihrem Memorandum über einige unaufschiebbare Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens und zur Abrüstung unterbreiteten Vorschläge werden diesen Möglichkeiten in hervorragender Weise gerecht. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat auf ihrer Sitzung am 17. Juli 1968 dem Memorandum der Regierung der UdSSR ihre volle Zustimmung gegeben und möchte auch gegenüber dem 18-Staaten-Abrüstungsausschuß erklären, daß sie die darin vorgeschlagenen Schritte zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, insbesondere zur atomaren Abrüstung, nachdrücklich unterstützen wird ...
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik betrachtet es als ihre vordringliche nationale Aufgabe und internationale Verpflichtung, zu verhindern, daß von deutschem Boden jemals wieder ein Krieg ausgeht. Angesichts der Tatsache, daß die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten zugleich die Hauptlinie der Konfrontation der beiden mächtigsten Militärkoalitionen der Welt ist, gebieten die Lebensinteressen der Völker, daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten entschieden für die weltweite wie auch für die regionale Abrüstung eintreten und alle darauf gerichteten Schritte tatkräftig unterstützen ...
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die sich stets davon leiten läßt, daß beide deut-

sche Staaten moralisch und rechtlich zu besonderen Anstrengungen auf dem Gebiet der Abrüstung und der Einschränkung des Wettrüstens verpflichtet sind, erneuert und bekräftigt ihre Vorschläge, daß

— die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik ihren Widerstand gegen den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen aufgibt und den Vertrag unverzüglich und ohne Vorbehalte unterzeichnet;

— beide deutsche Staaten einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa beitreten;

— die Regierungen beider deutscher Staaten die dem 18-Staaten-Abrüstungsausschuß vorliegenden Vorschläge über einige unaufschiebbare Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens und zur Abrüstung aktiv unterstützen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik versichert den 18-Staaten-Abrüstungsausschuß ihrer Bereitschaft, an der Verwirklichung dieser Aufgaben nach Kräften mitzuwirken und ihrer Verantwortung vor der deutschen Nation und vor den Völkern der Welt in vollem Umfange gerecht zu werden."

(Neues Deutschland, Berlin, 21. August 1968 [W].)
(ddz 414/18 [W].)

12. 9. 68: Memorandum an die Konferenz der nichtatomwaffenbesitzenden Staaten

Der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Georg Stibi, übergibt dem Exekutivsekretär der Konferenz nichtatomwaffenbesitzender Staaten, Rolf Bjoernstedt, offiziell ein Memorandum der Regierung der DDR, das allen Teilnehmerstaaten der Konferenz (17. bis 23. September in Genf) übermittelt wird. In dem Memorandum bekräftigt die DDR ihr Bestreben zur Schaffung einer stabilen Friedensordnung.

Wörtlich heißt es:

„... Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der festen Überzeugung, daß die Verwirklichung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu einer erheblichen Verbesserung der Lage in Europa führen wird und zur Gewährleistung der Sicherheit auf diesem Kontinent unerläßlich ist ...

In diesem aggressiven Anspruch auf die Änderung der Grenzen und die Eroberung von Gebieten anderer Staaten, der hier als offizielle Regierungspolitik der westdeutschen Bundesrepublik proklamiert wird, liegt gegenwärtig die Hauptgefahr für den Frieden und die Sicherheit in Europa. Die Sicherheitsinteressen der Völker erfordern die völlige Abkehr von dieser Politik.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik appelliert an die Konferenz der nichtkernwaffenbesitzenden Staaten, mit ihren Entscheidungen wirksam zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und zu einer dauerhaften Friedensordnung in der Welt beizutragen ..."

Angesichts der Bedeutung, die der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen für die Erhaltung des Friedens in der Welt und die Sicherheit der europäischen Völker hat, appelliert die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Konferenz der nicht-

kernwaffenbesitzenden Staaten, alles zu tun, um die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik zum Beitritt zu dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu veranlassen."
(Neues Deutschland, Berlin, 20. September 1968 [W].)
(ddz 416/19 [W].)

20. 11. 68: DDR erneuert Bereitschaft zur Mitwirkung bei Durchsetzung allgemeiner Abrüstungs- und Entspannungsmaßnahmen

Im Hauptquartier der Vereinten Nationen wird eine Erklärung der Regierung der DDR an die XXIII. UNO-Vollversammlung zum Tagesordnungspunkt „Memorandum der Regierung der UdSSR über einige unaufschiebbare Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens und zur Abrüstung" als offizielles UNO-Dokument veröffentlicht. Das Dokument, in dem die DDR-Regierung erneut die Durchsetzung allgemeiner und regionaler Abrüstungs- und Entspannungsmaßnahmen unterstützt, ist unter Inanspruchnahme der guten Dienste der Delegation der Ungarischen Volksrepublik allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zugeleitet worden.
Darin wird festgestellt:
„... Die Lage in Europa und die von der westdeutschen Bundesrepublik betriebene Politik des Wettrüstens machen regionale Rüstungsbeschränkungen in Europa, die geeignet sind, die Gefahr eines Kernwaffenkrieges zu vermindern, zu einer vordringlichen Aufgabe aller europäischen Staaten. Die Bildung atomwaffenfreier Zonen, die von der DDR und anderen Staaten Europas unterstützt wird, wäre ein bedeutsamer Schritt zur Entspannung und zur Erhaltung des Friedens. Die DDR teilt den Standpunkt vieler europäischer Staaten, daß die Unterzeichnung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen durch die westdeutsche Bundesrepublik die Bildung kernwaffenfreier Zonen und die Realisierung anderer regionaler Abrüstungsschritte in Europa erleichtern würde. Sie stimmt mit der Mehrheit der Staaten der Welt in der Forderung überein, daß die westdeutsche Bundesrepublik im Interesse des Weltfriedens unverzüglich den Kernwaffensperrvertrag unterzeichnen und auf ihre Atomwaffenambitionen verzichten muß.
Die Regierung der DDR versichert erneut, daß sie in konsequenter Fortführung ihrer aktiven Friedenspolitik auch weiterhin alle ihre Kräfte einsetzen wird, um bei der Durchsetzung allgemeiner und regionaler Abrüstungs- und Entspannungsmaßnahmen mitzuwirken.
Die Regierung der DDR appelliert an alle Mitglieder der Vereinten Nationen, alles zu tun, um effektive Schritte der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung zu erreichen."
(Neues Deutschland, Berlin, 26. November 1968 [W].)

31. 12. 68: Friedensappell des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR an alle Völker, Regierungen und Staatsmänner Europas

In seiner Neujahrsbotschaft appelliert der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, an alle Völker, Regierungen und Staatsmänner Europas:
„... Vergessen Sie bitte nie, daß von deutschem Boden zwei Weltkriege

ausgegangen sind und daß die Wurzeln dieser Katastrophenpolitik in Westdeutschland erhalten blieben. Gegenwärtig — 24 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges — setzen in Westdeutschland die Bankherren, die Rüstungsindustriellen, der Generalstab und die Neonazis diesen Weg fort. Wenn die Völker Europas in Frieden leben wollen, dann können sie das nur erreichen, wenn sie mit vereinter Kraft den Frieden gegen den westdeutschen Revanchismus und Neonazismus sichern.

Wer Grenzen ändern will — und das will die in Westdeutschland herrschende Partei, die CDU —, der spielt mit dem Krieg.

Eine Regierung, welche zur DDR, dem deutschen Friedensstaat, keine normalen diplomatischen Beziehungen unterhält, die ermutigt die Revanchepolitiker in Westdeutschland.

Wer Entspannung und Verständigung will, der setze sich für die unverzügliche Unterzeichnung des Kernwaffensperrvertrages durch die westdeutsche Bundesrepublik ein.

Wer den Frieden erhalten will, der setze sich dafür ein, daß die Forschung auf dem Gebiet der ABC-Waffen in Westdeutschland verboten und daß eine Vereinbarung zwischen den Staaten über das Verbot der Lagerung von Kernsprengköpfen auf deutschem Boden abgeschlossen wird.

Wer der Entspannung dienen will, der unterstütze die Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland in die UNO und ihre Nebenorganisationen ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 1. Januar 1969 [W].)

16. 1. 69: Thesen zum 20. Jahrestag der DDR

Das Komitee zum 20. Jahrestag der DDR veröffentlicht die Thesen „20 Jahre Deutsche Demokratische Republik". In 11 Kapiteln wird der historische Weg der DDR von der antifaschistisch-demokratischen Revolution zur Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus aufgezeigt und anhand der bisherigen zwanzigjährigen Politik bewiesen, daß die DDR zu einer festen Bastion des Friedens und der Sicherheit in Europa geworden ist. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 16. Januar 1969.)

6. 2. 69: Note an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur geplanten Provokation in der selbständigen politischen Einheit Westberlin

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR übermittelt im Auftrage der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dem Auswärtigen Amt der westdeutschen Bundesrepublik eine Note, in der gegen die am 5. März beabsichtigte Durchführung der westdeutschen Bundesversammlung zur Wahl des westdeutschen Staatsoberhauptes in Westberlin — außerhalb des Territoriums der westdeutschen Bundesrepublik — protestiert wird. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 7. Februar 1969.)

7. 2. 69: Aufforderung an den Senat von Westberlin, geplanten Bruch internationaler Vereinbarungen zu verhindern

Der Minister des Innern der DDR,

Generalmajor Friedrich Dickel, richtet im Auftrage der Regierung der DDR an den Westberliner Regierenden Bürgermeister ein Schreiben, in dem gegen die für den 5. März geplante Provokation der Bonner Regierung protestiert und der Senat aufgefordert wird, den geplanten Bruch internationaler Vereinbarungen zu verhindern. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 8. Februar 1969.)

8. 2. 69: Maßnahmen zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit

Angesichts der ernsten Gefahren, die durch die geplante provokatorische Veranstaltung der Bonner Regierung in Westberlin heraufbeschworen werden, legt die Regierung der DDR zusätzliche Maßnahmen zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit und zum Schutze der DDR und ihrer Bürger fest. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 9. Februar 1969.)

12. 2. 69: Appell an die Westmächte zur Einhaltung des Potsdamer Abkommens

Die Regierung der DDR übermittelt den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs Noten, in denen die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Westmächte ihren Verpflichtungen aus dem Potsdamer Abkommen nachkommen und dahin wirken, daß der westdeutschen Annexionspolitik gegenüber Westberlin Einhalt geboten und die rechtswidrige Wahl des westdeutschen Präsidenten in der besonderen politischen Einheit Westberlin verhindert wird. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 13. Februar 1969.)

13. 2. 69: Appell des Ministerrates der DDR an die Westberliner Bevölkerung

In einer Erklärung weist der Ministerrat der DDR die Westberliner Bevölkerung auf den völkerrechtswidrigen Charakter der geplanten Bonner Bundesversammlung und auf die Bestrebungen westdeutscher und Senatspolitiker zur Veränderung des Westberlin-Status hin. Die Westberliner werden aufgefordert, dafür zu sorgen,

„...daß sich Ihre Stadt aus der Abhängigkeit von der Bonner Revanchepolitik befreit und nicht länger für gefährliche Störaktionen mißbraucht werden kann."

(Neues Deutschland, Berlin, 14. Februar 1969 [W].)

21. 2. 69: Neue Initiativen zum Abbau der Spannungen um Westberlin

In Anbetracht der gespannten Situation, die durch die vorsätzlich gegen den Frieden und die Sicherheit gerichtete Provokation der Bonner Regierung mit der Einberufung der westdeutschen Bundesversammlung zur Wahl des Bonner Bundespräsidenten nach Westberlin hervorgerufen wurde, ergreift der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, in einem Schreiben an den SP-Vorsitzenden Brandt eine neue Initiative zum Abbau der Spannungen. (Wortlaut s. Neues Deutschland, Berlin, 27. Februar 1969.)

1. 3. 69: Protest gegen die verstärkte Einbeziehung Westberlins in die Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Bundesrepublik

Das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR veröffentlicht eine Mitteilung, daß die staatlichen Organe der DDR im Besitz von Unterlagen sind, die unwiderlegbar beweisen, daß die Wirtschaft der selbständigen politischen Einheit Westberlin von der westdeutschen Bundeswehr zunehmend als Rüstungslieferant für die Durchführung ihrer auf Expansion und Revanche gerichteten Politik mißbraucht wird.

In der Mitteilung heißt es:

„... In der Wahrung der Prinzipien und völkerrechtlich verbindlichen Festlegungen des Potsdamer Abkommens, im Interesse der Sicherung des Friedens und des Schutzes der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Bürger betrachtet es die Regierung der DDR als ihre Pflicht, den sich aus der verstärkten Einbeziehung Westberlins in die westdeutsche Rüstungsproduktion ergebenden Gefahren wirksam zu begegnen ..."

(Neues Deutschland, Berlin, 1. März 1969 [W].)

21. — 22. 3. 69: Friedensappell des Kongresses der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

In Berlin tagt der Kongreß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, das höchste Forum der sozialistischen Volksbewegung.

Prof. Dr. Karl-Heinz Wirzberger referiert über „Die Rolle und die Aufgaben der Nationalen Front des demokratischen Deutschland bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR".

Den Höhepunkt der Beratungen bildet die richtungweisende Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, der in seinen grundlegenden Ausführungen die Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft als die wichtigste Aufgabe bezeichnet. Der Nationalkongreß verabschiedet zwei historische Dokumente:

1. „Alle Bürger für die Stärkung der DDR gewinnen und die sozialistische Gemeinschaft fördern!"

2. „Für Frieden und Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt".

In dem Friedensappell wendet sich der Nationalkongreß an die Bürger Westdeutschlands:

„... Die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa erfordert unverzüglich eine grundlegende Änderung der Politik der westdeutschen Bundesregierung. Zwingt die Bonner Regierung, endlich ihre friedensgefährdenden Verschleppungsmanöver aufzugeben und den Kernwaffensperrvertrag zu unterzeichnen! Die herrschenden Kreise der westdeutschen Bundesrepublik müssen die Versuche aufgeben, durch die Hintertür auf indirektem Wege zur Mitverfügung über Kernwaffen zu gelangen. Die Völker Europas wollen von den regierenden Kreisen Westdeutschlands nicht leere Worte über Entspannung, sondern konkrete Taten zur Minderung der Spannungen in Europa. Dazu gehört in erster Linie: Die westdeutsche Bundesrepublik muß endlich und endgültig die permanente Aggressionsbedrohung

der Alleinvertretungsanmaßung aufgeben und auf ihre revanchistischen Vorbedingungen Verzicht leisten, den territorialen Status quo in Europa und die DDR als gleichberechtigten Staat anerkennen. Notwendig ist die Unterbindung jeder Kriegs- und Nazipropaganda und das Verbot der Verbreitung rassistischer, völkerverhetzender und revanchistischer Ideen.
Die westdeutsche Bundesrepublik darf nicht länger der Stoßtrupp der imperialistischen Globalstrategie sein, sondern sie muß die elementaren Voraussetzungen für die europäische Sicherheit und die Minderung der Spannungen respektieren.
Der Kongreß der Nationalen Front begrüßt die bevorstehende internationale Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien, die für die Gewährleistung des Friedens und der internationalen Sicherheit von großer Bedeutung ist ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 23. April 1969 [W].)
(Wortlaut der Reden und weiterer Dokumente s. Neues Deutschland, Berlin, 22. und 23. April 1969.)

31. 3. 69: Staatsrat der DDR begrüßt Budapester Friedensappell und fordert baldige Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz

Unter Leitung seines Vorsitzenden, Walter Ulbricht, stimmt der Staatsrat der DDR auf seiner 15. Sitzung den Beschlüssen der Budapester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 17. März zu. Der Staatsrat begrüßt insbesondere — im Einvernehmen mit dem Ministerrat der DDR — den Appell der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages an alle europäischen Regierungen und Völker, ihre Anstrengungen zu vereinen, damit eine gesamteuropäische Konferenz zur Erörterung von Fragen der europäischen Sicherheit und der friedlichen Zusammenarbeit so bald wie möglich einberufen werden kann.
(s. Neues Deutschland, Berlin, 1. April 1969 [A].)

16. 4. 69: DDR beantragt Mitgliedschaft im 18-Staaten-Abrüstungsausschuß

Im Auftrage der Regierung der DDR übermittelt der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Otto Winzer, den beiden Kopräsidenten des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses in Genf ein Telegramm, in dem die Aufnahme der DDR als gleichberechtigtes Mitglied in den 18-Staaten-Abrüstungsausschuß beantragt wird.
In dem Telegramm wird auf die tatkräftige Unterstützung der Arbeiten des Ausschusses seit seiner Gründung im Jahre 1962 durch die DDR hingewiesen und betont, daß es im Interesse des erfolgreichen Wirkens des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses liegt, die DDR als gleichberechtigtes Mitglied aufzunehmen.
Weiter heißt es:
„... In Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen, in Erfüllung der völkerrechtlich verbindlichen Festlegungen des Potsdamer Abkommens und angesichts der besonderen Verpflichtung der beiden deutschen Staaten, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, damit niemals mehr von deutschem

Boden ein Krieg ausgeht, erklärt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Bereitschaft und Entschlossenheit, alle Maßnahmen und Schritte zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung entschieden zu fördern und als Mitglied des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses aktiv zur Verwirklichung der dem Ausschuß durch die Organisation der Vereinten Nationen gestellten Aufgaben beizutragen ..."
(Neues Deutschland, Berlin, 17. April 1969 [W].)

Redaktionsschluß: 30. April 1969